Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

09.09.1971 - 63. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

63. Sitzung

am Donnerstag, dem 9. September 1971

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Unentschuldigt fehlt der Abgeordnete Hinz.

INHALT

Antrag: Bericht des Senats über einen Erlaß zur Rauschgiftgefahr in den bremischen Schulen (Drucksachenabteilung II Nr. 555) (Neufassung: Drucksachenabteilung II Nr. 576)

Abg. Marta Kruse (NPD) 3619
Abg. Dr. Lienhoop (FDP) 3622
Abg. Meurer (CDU) 3623
Abg. Wilma Landwehr (SPD) 3623
Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend 3624
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 3626
Abg. Fischer (CDU) 3626
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 3627
Abg. Menke (CDU) 3628
Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend 3628
Abg. Fichtner (NPD) 3629
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 3629
Abg. Fichtner (NPD) 3629
Abstimmung 3629

Antrag: Erstattung eines Berichts über die Arbeit der Schülerzeitungen im Lande Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 561)

Abg. John (FDP) 3630
Abg. Wilma Landwehr (SPD) 3632
Abg. Hannelore Spies (CDU) 3633
Senator für das Bildungswesen Thape . . . 3636
Abg. John (FDP) 3638
Abstimmung 3639

Antrag (Entschließung): Äußerungen des Gründungsrektors der Universität Bremen, Dr. von der Vring (Drucksachenabteilung II Nr. 586) 3640

Antrag: Maßnahmen des Senats wegen falscher eidesstattlicher Aussagen des Mitgliedes des Gründungssenats für die Universität Bremen, Professor Dr. Wiethölter (Drucksachenabteilung II Nr. 568)

Antrag: Maßnahmen des Senats wegen möglicher Dienstpflichtverletzungen durch Bedienstete der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 569)

Antrag: Berufung von Hochschullehrern für die Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 575)

Abg. John (FDP) 3641
Abg. Dr. Franke (SPD) 3644

Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 3645
Abg. Fischer (CDU) 3646
Abg. Klein (CDU) 3646
Abstimmungen 3647

Antrag: Bericht des Senats über die Auswirkungen der internationalen Währungskrise auf die bremische Wirtschaft (Drucksachenabteilung II Nr. 574)

Abg. Brouwer (NPD) 3648
Abg. Klein (CDU) 3651
Abg. Dr. Franke (SPD) 3654
Abg. Dr. Borttscheller (FDP) 3656
Abg. Ingeborg Förster (CDU) 3658
Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für die Finanzen Schulz 3659
Abstimmung 3661

Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen 3662

Präsident Dr. Klink: Schlußworte 3662

Abg. Boljahn (SPD): **Schlußworte** 3663

Präsidium

Präsident **Dr. Klink** Vizepräsident **Bugla**

Schriftführer **Hardegen**

Am Senatstisch

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für das Bauwesen und für Justiz und Verfassung **Seifriz** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für die Finanzen **Schulz** (SPD)

Präsident des Rechnungshofs **Hartmann**

Senatsdirektor **Göhler** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Dr. Koch** (Senator für das Gesundheitswesen)

Senatsdirektor **Kreuser** (Senator für das Bildungswesen)

Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 10.19 Uhr.

Präsident Dr. Klink: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Eingänge liegen nicht vor.

An unserer heutigen Vormittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil zwei Gruppen der Bildungsanstalten für Frauenberufe aus Bremen-Nord. Ich begrüße unsere Gäste sehr herzlich.

(Beifall)

Als Vertreter des Senats begrüße ich Frau Bürgermeister Mevissen, die Herren Senatoren Thape, Seifriz und Schulz, sowie die Herren Senatsdirektoren Kreuser und Dr. Koch. Außerdem ist der Präsident des Rechnungshofs, Herr Hartmann, wieder in unserer Mitte.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich würde Sie herzlich darum bitten, daß wir heute gestrafft und etwas konzentriert diskutieren, damit wir nach Möglichkeit am frühen Nachmittag, wenn es geht, am späten Vormittag, mit der Tagesordnung fertig werden.

Antrag: Bericht des Senats über einen Erlaß zur Rauschgiftgefahr in den bremischen Schulen (Drucksachenabteilung II Nr. 555) (Neufassung: Drucksachenabteilung II Nr. 576)

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Kreuser.

Der Antrag trägt die Unterschriften der Abgeordneten Marta Kruse, Vorsatz und NPD-Fraktion. Er ist gedruckt an die Abgeordneten verteilt:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten, ob mit Wirkung für alle bremischen Schulen ein Erlaß folgenden Wortlauts für zweckmäßig erachtet wird:

1. Bei allen sich bietenden Gelegenheiten ist im Unterricht in geeigneter Weise immer wieder auf die Gefahr der Rauschgifte hinzuweisen. Besondere Unterrichtsveranstaltungen hierüber sollen im Benehmen mit den Schülervertretungen regelmäßig durchgeführt werden, wobei nach Möglichkeit sachkundige Vertreter des Gesundheitsamtes, der Ärzteschaft und der Polizei zu beteiligen sind.
2. Wird festgestellt oder besteht eine erhebliche Vermutung, daß Schüler Rauschgift nehmen, so ist dies unverzüglich den Erziehungsberechtigten mitzuteilen."

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD) *): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Zum sechsten Mal stellen wir hier in der Bürgerschaft einen Antrag betreffs Rauschgiftgefahren. Der hier vorliegende Antrag ist Ihnen im Inhalt bekannt, und ich möchte sofort auf den Punkt eins eingehen: „Bei allen sich bietenden Gelegenheiten ist im Unterricht in geeigneter Weise immer wieder auf die Gefahr der Rauschgifte hinzuweisen".

Entgegen der früheren Gepflogenheit, in den Schulen nicht in genügendem Maße darüber zu sprechen, wird heute in den Schulen im Unterricht auf die Gefahren des Rauschgifts aufmerksam gemacht, und zwar dadurch, weil das Schulpraktische Institut inzwischen eine kleine Anzahl von Lehrkräften in Lehrgängen zusammengefaßt hat und über dieses Thema gesprochen wird.

Ich habe an einer Konferenz teilgenommen, wo eine Junglehrerin über ihre Erfahrungen aus dem Schulpraktischen Institut berichtete, und dort wurde von ihr folgender Standpunkt vertreten, daß erstens die Gefährlichkeit des Rauschgifts und die Folgen des Giftes überhaupt nicht zu übersehen seien, und zweitens, daß man aber doch mehr die Anonymität innerhalb dieser Rauschgiftdelikte bewahren sollte, das Verhältnis vom Schüler zur Schule das Hauptvertrauensverhältnis darstellen solle und die Eltern sich aus diesem Rahmen heraushalten sollten.

Auf eine Frage der anwesenden Elternschaft, warum man die Eltern nicht direkt informiere, wurde von dieser Lehrerin ausgeführt, man wäre zu der Erkenntnis gekommen, daß die Jugendlichen sich in der Anonymität eher mal einem Andersdenkenden beziehungsweise einem Neutralen aufgeschlossener zeigten, als dem eigenen Elternhaus gegenüber.

Dieser Standpunkt wurde auch vertreten anläßlich einer Diskussion, die in Radio Bremen stattfand und der Vertrauenslehrer auf demselben Standpunkt stand, die Anonymität zu wahren, zumal das Vertrauensverhältnis der anfälligen Schüler zu dem Lehrer dann mehr gewährleistet sei, als wenn die Schüler das Gefühl haben, es wird den Eltern bekanntgemacht, daß sie mit Rauschgift in Berührung gekommen sind.

Ich werde bei Punkt zwei unseres Antrags noch auf dieses Thema zurückkommen und möchte erst weiter in unseren Darlegungen fortfahren. Wir bedauern im Grunde genommen — das wird Ihnen sicher klar sein —, daß diese Art der Auffassung vom Schulpraktischen Institut bei den Lehrern gefördert wird.

Ich komme kurz auf den zweiten Bericht des Arbeitskreises Drogenmißbrauch bei Jugendlichen zurück, und zwar liegt er uns seit Freitag letzter Woche vor. Wir fragen, ob all diese Erfahrungen, die man inzwischen hier in eineinhalbjähriger Arbeit gesammelt hat, nicht auch schon früher zu einem Bericht hätten zusammengefaßt werden können, weil ja viele Erfahrungen von anderen Gremien und Kapazitäten darüber vorlagen, was durch die Rauschgiftwelle auf uns zukommt. Die Gefahr, daß es hier doch weiter um sich greifen würde, war uns doch seit langem bekannt, und Sie werden sich alle erinnern, daß wir aus unseren Anträgen heraus immer wieder

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

auf die Schwere der Gefahr von Rauschgift hingewiesen haben.

Wenn ich vielleicht jetzt noch einmal polemisch etwas sagen muß, dann das, was uns eigentlich da immer sehr betroffen hat: daß man diese Anträge nicht bemerken wollte oder mit „viel Lärm um Nichts" oder „Schauantrag" einfach abgewertet hat, während man auf der anderen Seite schon ganz genau wußte, wie stark dieses Ansteigen der Rauschgiftwelle war, und wie man auch aus anderen Städten und Ländern wußte, was auf uns zukommt.

(Beifall bei der NPD)

Ich könnte hier eine ganze Reihe von Beispielen nennen, wie es uns hier ergangen ist. Im Juni 1970 hatten wir eine Aufklärungsschrift für Eltern und Erzieher über Suchtgefahren beantragt, und gerade bei der Diskussion wurde unter anderem von dem Sprecher der Deputation auf unseren Hinweis festgestellt, daß an den Bremer Schulen gehascht würde, ihm sei kein einziger Fall von Schülern bekannt, die mit Rauschgift in Berührung gekommen seien. Das Fernsehen hat dann im Regionalprogramm genau einen Tag später eine Sendung ausgestrahlt über Bremer Schüler, die inzwischen mit Rauschgift Berührung hatten, und ihre Erfahrungen, die sie auf diesem Gebiet gesammelt hatten. Es hätte dem Deputationssprecher ja sehr wohl bekannt sein müssen, daß, wenn das Fernsehen das Material gesammelt hat, ihm das auch hätte zugänglich sein können. Zumindest hätte er das zugeben müssen, was hier in den Bremer Schulen ist. Aber man kann sich nicht auf den Standpunkt stellen, was ich nicht weiß, das kann nicht sein!

Bei einer Diskussion haben wir unter anderem Zahlenwerte gebracht und haben auch auf die Dunkelziffer hingewiesen, daß sie mindestens 95 Prozent von dem beträgt, was an der Oberfläche sich zeigt. Da wurde auch hier im Parlament wieder der Standpunkt vertreten, einmal sei es ja wahrscheinlich zu schwarz gesehen, und zum anderen glaubte man nicht, daß diese Dunkelziffern so hoch seien.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Herr Senator Jantzen persönlich!)

Wiederum am nächsten Tag stand in der Zeitung, daß die Rauschgiftwelle in Bremen sich um 500 Prozent gesteigert habe.

Ja, meine Damen und Herren, da kann man doch nur zu sagen, wie ist es denn möglich, daß bei all dieser Entwicklung und dem, was wir hier klar auf der Hand hatten, solange gebraucht werden mußte, damit dieser Bericht jetzt hier vor uns liegt. Es bestand ja immer an der senatorischen Dienststelle für Jugend und Wohlfahrt eine Stelle, die auch Suchtgefahren bearbeitete. Sie bekam haushaltsmäßig zwar nur geringe Mittel, und ich hatte im März vergangenen Jahres ein Gespräch mit dem Herrn, der mir dann auch sagte, daß er bisher noch nicht so aktiv in dieser Weise hätte wirken können. Warum und weshalb, entzieht sich unserer Kenntnis.

Aber eins ist doch wohl klar: Wenn wir eine solche Stelle überhaupt in Bremen hatten und da haushaltsmäßig Investitionen gemacht wurden, dann hätte man doch auch schon genügend Material haben müssen, damit wir schneller an irgendwelche Maßnahmen herangehen konnten, wie sie uns heute in diesem Bericht vorgelegt werden, und wie sie ja auch ohne weiteres notwendig sind. Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen bestreiten wir nicht, und wir sind auch froh, daß auch jetzt diese Erkenntnis hier gesammelt ist. Ich bin nur deshalb überrascht, daß das eben solange gebraucht hat.

Wenn ich jetzt zum Punkt zwei komme, zur Entwicklung des Drogenmißbrauchs bei Jugendlichen, dann steht man natürlich vor der Frage: Wie ist es möglich, daß Schüler und Schülerinnen, ganz gleich, wo sie herkommen, mit diesen Drogen konfrontiert werden? Ich möchte in dem Zusammenhang fragen: Bei unserem letzten Antrag machten wir darauf aufmerksam, daß morgens vor den Schulen die Schüler Gelegenheit haben, Rauschgift zu erwerben. Was ist bisher von der Schulbehörde getan worden, um diesen Händlern das Gewerbe abzuschneiden? Denn nur, wenn es ihnen angeboten wird, können es ja die Schüler letzten Endes bekommen, und man sollte auch von daher die Aufsichtspflicht der Schulbehörde erweitern, daß sie sich auch darum kümmern muß, daß die Schüler nicht vor dem Unterricht schon Hasch erwerben können.

Auf der anderen Seite werfen wir die ganz konkrete Frage auf: Wie ist es möglich, daß die Anfälligkeit der Schüler so groß ist? Sie ist gleich. Sie ist auch nicht von mehr oder weniger intakten Familienverhältnissen abhängig. Ich habe im März vorigen Jahres, und, ich glaube auch, in der Begründung, die ich seinerzeit gab, über diese Sache gesprochen und eine Unterredung gehabt mit einem Professor einer Klinik in Eppendorf. Und zwar haben wir uns auch über diesen Fall unterhalten, wie ist es möglich, daß die Jugendlichen nun schon so frühzeitig mit Hasch in Berührung kommen beziehungsweise daß sie überhaupt so anfällig sind.

Vielleicht darf ich Ihnen aus meinem Aktenvermerk — Herr Präsident, Sie gestatten, daß ich vorlese — einige Sätze vorlesen. Der Herr Professor führte aus, die Jugend rebelliert gegen etwas, zum Beispiel gegen die Vergangenheit, von der sie instinktiv fühlt, nicht objektiv unterrichtet zu sein. Diese verunsicherte Einstellung sei bedingt durch die Umwelterziehung. Von den Eltern her würde jedoch über diese Zeit häufig anders gesprochen, weil gewisse Ordnungsfaktoren ihren Wert hatten. Hier in der Betrachtung der Vergangenheit entstehe der Bruch der Glaubwürdigkeit der jetzigen Generation.

Früher habe der Einfluß des Elternhauses zirka 55 Prozent betragen, heute betrage er im Höchstfall bis zu 38 Prozent, und der größte Prozentsatz sei der Umwelteinfluß auf die Jugendlichen. Die Jugendlichen ringen natürlich um ein eigenes Bild. Sie müssen entgegen zur früheren Zeit einmal das Elernte des Elterhauses abwerfen, um es neu zu

erlernen und zweitens den aufgezwungenen Umweltseinfluß, so daß die geistige Reife heute später einsetze. Der Jugendliche unterscheide sich vom Erwachsenen nur dadurch, daß sein Denkvermögen geprägt sei von den Einflüssen der anderen. Erwachsen sei er erst, wenn er selbst eine festumrissene Einstellung habe. Aus dieser Entwicklung erkläre sich die opponierende Jugend schlechthin, die gegen alles und jeden angehe, und — ich möchte, daß Sie das hier vielleicht einmal besonders beachten — die Mentalität, mit keinen Komplikationen, keinen Schwierigkeiten konfrontiert zu werden, nur alles aus dem Wege räumen und glatt durchs Leben zu gehen. — Soweit der Professor!

Ich wollte Ihnen diesen Aktenvermerk deshalb zur Kenntnis geben, um vielleicht auf dem Weg zu der Frage, wie ist es möglich, daß die Jugendlichen so anfällig sind, auch einen Hinweis zu geben. Weiterhin — und jetzt komme ich auf den Punkt 2 unseres Antrags —, indem wir sagen, wenn festgestellt wird oder eine erhebliche Vermutung besteht, daß Schüler Rauschgift nehmen, es unverzüglich den Erziehungsberechtigten mitzuteilen.

Meine Damen und Herren, es ist bisher immer noch so, daß die Eltern die primären Erzieher ihrer Kinder sind. Die Schulen übernehmen die Aufgabe der Erziehung weiterhin, aber das Recht der Eltern darf dadurch keineswegs beschnitten werden. Letzten Endes wird ja auch hier, wenn irgendetwas schief gelaufen ist, ob es jetzt bei Schülerdemonstrationen ist oder ob es sonst irgendetwas ist, immer gesagt, das Elternhaus hat versagt. Das Elternhaus hat gar nicht so stark versagt! Aber es muß dem Elternhaus auch das Recht gegeben werden, das es haben muß!

In erster Linie meinen wir in diesem Fall, daß Schüler, wenn sie mit Hasch in Berührung gekommen sind, den Eltern genannt werden sollten. Denn wie wollen sie sonst die Merkmale, die sich bei dem Kind jetzt vielleicht fremd auswirken, anders feststellen, als die Erklärung dann darin zu suchen, sie sind da mit Hasch in Berührung gekommen? Und sie tappen nicht solange im dunkeln und brauchen nicht solange abzuwarten, bis ihnen durch irgendwelche Vorfälle dann klar wird, wenn es vielleicht zu spät ist, und können schon vorher mit dem Kind sprechen, und schon vorher in Verbindung mit der Lehrerschaft und auch mit den Institutionen, die ja Gott sei Dank da sind, einen Weg finden. Ich meine, in Verbindung mit dem Elternhaus müssen diese Wege gesucht werden, und nicht in der Anonymität.

Aus diesem Grund stellten wir den Antrag, es den Eltern sofort mitzuteilen. Es ist gar nicht so abwegig, und wir stehen mit dieser unserer Meinung, die Eltern zu benachrichtigen, nicht allein. Ich habe mich mit verschiedenen Institutionen und auch verschiedenen Fachleuten unterhalten, die immer wieder darauf hinwiesen, daß das Elternhaus heute zwar teilweise ein bißchen ins Schwanken gekommen sei. Es gibt ja auch absolut Leute, die die Institution des Elternhauses und der Familie anzweifeln. Es war ja nicht umsonst, daß bei einer Diskussion hier in Bremen der Politologe Runzel sagte, nun schreit man nach dem Verbot des Rauschgifts, aber man hat ganz vergessen, auch das Verbot der Familie zu fordern, von der man seit Jahren weiß, daß sie auch nicht mehr in Ordnung ist.

So etwas konnte aber auch nur Herr Runze sagen. denn auf der anderen Seite sagen auch hier in Bremen andere Fachleute: Natürlich kann nur das Elternhaus und die Familie die Sache wieder mit in den Griff bekommen. Man kann daran zweifeln, aber die Familie ist der Träger, der letzten Endes doch wieder die Ordnung wiederherstellen könnte. Ich möchte da Herrn Runze entgegenhalten, daß zum Beispiel der Herr Professor Theodor Leeds von der Universität in New Haven das mit folgendem Satz umreißt: Es gibt gute Gründe für die Vermutung, daß es, wenn die Familie, und zwar irgendeine Form von Familie, sich nicht mehr für unsere Gesellschaft eignet, eher unsere Gesellschaft, denn die Familie sein dürfte, die aufhört, in höherem Wert zu existieren.

Auch der Professor in Hamburg kam zu der Ansicht — und ich lese Ihnen da noch einmal aus dem Protokoll vor —, daß es auch die Familie sein müßte, die in diesem Fall wieder funktionsfähig gemacht werden müßte. Er sah die Familie als rettende Institution an, falls es einem gelänge, sie wieder in Ordnung zu bekommen. Daß dieses nur mit unpopulären Mitteln zu erreichen sei, sei ihm völlig klar.

Aus diesen Ausführungen ersehen Sie, wie sehr uns daran liegt, daß die Elternschaft in Zukunft davon unterrichtet wird, wenn ein Kind mit Hasch in Berührung gekommen ist und man die Vermutung hat, daß es auch hascht.

Wir haben Ihnen bei unseren Ausführungen ein Gutachten hier zur Kenntnis gegeben. Da wurde zwar von der Senatsbank gesagt, das sei veraltet. Es hat sich aber insofern bestätigt, daß bei einer Untersuchung, die in Bielefeld durchgeführt worden ist — und zwar sind da Hasch-Anfällige zwei Jahre lang untersucht worden —, ganz klar war, daß solche Schädigungen auch durch geringe Einnahmen von Hasch auftreten, daß Gehirnzellen einfach nicht mehr funktionsfähig sind. Und zwar hatten sich in diesem Fall Jugendliche zur Verfügung gestellt, die auf dem Standpunkt standen: Gelegentliches Haschen ist nicht schlimm, das können wir ruhig machen. Man hat durch diese zweijährige Untersuchungsreihe hindurch ganz klar und deutlich bewiesen, daß eben diese Schädigungen auftreten.

Wenn wir das alles wissen, dann, meine ich, müßten wir verschärft sehen, daß alles getan werden muß, um sämtliche in Frage kommenden Stellen einmal zu aktivieren. Immer wieder muß ich es Ihnen raten, das Elternhaus nicht außer Acht zu lassen! Das Interesse der Eltern ist ganz gewiß vorhanden. Sie würden auch jederzeit in der Lage sein und von sich aus dafür einsetzen, Kinder wieder in den Familienverband hineinzubekommen.

Ich möchte Sie deshalb bitten, unseren Antrag betreffend Absatz 2 — Unterrichtung des Elternhauses — so ernst zu nehmen, wie ich es Ihnen hier vorgetragen habe und bitte in diesem Sinne, unseren Antrag zu unterstützen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Lienhoop.

Ich bitte Sie wirklich sehr herzlich, daß wir heute die Diskussionsbeiträge gestrafft und kurz fassen, damit wir die Tagesordnung möglichst zügig abschließen können!

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Präsident, es ist mir ein herzliches Anliegen, Ihren Worten zu folgen. Ich will mich so kurz fassen, wie es nur irgendwie geht!

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir haben schon so oft über das Rauschgift und seine Probleme gesprochen, daß ich mir Gedanken machen muß, um etwas zu sagen, das noch nicht gesagt worden ist. Aber ich glaube, es ist unser aller Anliegen — und nicht nur das der NPD —, die Gefahren von unseren Kindern wegzuhalten. Nur, auf das „Wie" kommt es an!

Es gibt drei Möglichkeiten, den Rauschgiftgefahren und seinen Folgen zu begegnen. Das ist einmal die Unterbrechung des Weges vom Hersteller zum Händler und zum Konsumenten, glatt gesagt: Aufgabe der Polizei, der Kriminalpolizei, vielleicht noch des Zolls, die Rauschgifte, die eingeführt werden, wegzuhalten. Gewiß, sind in Bremen vier oder fünf Kommissariate gebildet worden, die sich damit befassen sollen. Aber wenn man von der Aufklärung einiger — eines Bruchteils — der Apothekeneinbrüche absieht, ist der Erfolg fast gleich null. Das soll keinen Vorwurf gegen die Polizei bedeuten! Ich weiß, wie schwer die Materie ist. Der ganz große Schlag ist ihr eben noch nicht gelungen. Das wird erst dann sein, wenn sie zusammen mit der internationalen Polizei die Quellen der Gangster faßt, die das Rauschgift in einer gewissenlosen Weise produzieren und die durch Zwischenhandel in ebenso gewissenloser Art aus dem Elend, aus der Verseuchung der Jugendlichen, ihr Geld ziehen.

Da dies aber nun sehr schwierig ist — und ich weiß die Schwierigkeit der Polizei bei dieser Aufgabe zu würdigen —, so meine ich, läge es zum zweiten bei den Ärzten, die dann helfen sollen, wenn Folgen eingetreten sind. Nun, die Kliniken nehmen Entgiftungen vor. Eine Entwöhnungsbehandlung können sie kaum vornehmen. Und selbst wenn sie vorgenommen wird, zeigen die Erfahrungen, daß nur zwei Prozent der Entwöhnungskuren Erfolg haben. Fast alle werden sie wieder rückfällig.

Das dritte — und wohl noch am wirkungsvollsten — ist die Prophylaxe, die Vorbeugung, also das Sichwenden an die „Konsumenten" selbst. Wenn ich hier Konsumenten sage, dann meine ich einen Sonderbegriff, die jetzt Dreizehnjährigen bis etwa Fünfundzwanzigjährigen. Danach hört der Rauschgiftkonsum wieder auf. Dieses Problem, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist aber recht sublim.

Wenn ich Frau Kruses Antrag höre, die Eltern zu informieren, sobald der Lehrer irgendwie einen Verdacht hat oder meint, daß eines der Kinder Rauschgift nimmt, ist dieser von verschiedenen Seiten aus zu betrachten. Denn gerade die Kinder nehmen am ehesten die Rauschgifte ein, wo das Elternhaus selbst nicht in Ordnung ist und sozial schwankt. Wenn jetzt der Lehrer aufgefordert wird, als Denunziant an die Eltern heranzugehen, dann weiß ich nicht, wie er bei diesen sublim veranlagten Kindern das Vertrauen erhalten soll. Das ist die eine Seite!

Es gibt auf der anderen Seite selbstverständlich Fälle, wo die Familie, wenn sie intakt ist, von dem Lehrer unterwiesen werden soll. Ich meine, es sollte dem Verantwortungsbewußtsein des geschulten Lehrers überlassen bleiben, welche Schritte er ergreift. Wir müssen hier das Vertrauen in die Lehrer setzen, die und die Eltern zu benachrichtigen, jene besser nicht. Denn das Kind steht in einem gewissen Zwiespalt zwischen seiner Umgebung der Gleichaltrigen, die es auffordern, sich zu „bewähren", selbständig zu sein und Hasch zu rauchen als Zeichen der Selbstbestätigung, der Männlichkeit oder des „Erwachsenenähnlichtuns" und auf der anderen Seite in der Angst vor dem Elternhaus oder vor der Konfliktsituation, die dort besteht. Denn das Kind, das doch noch im Werden ist, nun wie einen Erwachsenen zu behandeln und ihm zu drohen, jetzt kommst Du vor die Eltern, das halte ich, meine Damen und Herren, pauschal gesehen, für schädlich.

Den Antrag von Frau Kruse möchte ich insofern ablehnen und nur empfehlen, dafür einzutreten, daß die Lehrer, wenn es richtig zu sein scheint, die Eltern unterrichten.

Ich habe hier ein Protokoll des Zentralelternbeirats vom 15. Juni

(Abg. Fichtner [NPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

— darf ich den Satz zu Ende führen, ich werde gleich antworten —, der sich mit diesen Fragen befaßt hat. Ich glaube, wenn der Zentralelternbeirat spricht, dann dürfen wir diesem Organ doch sicherlich das Ohr schenken. Da wurde etwa folgender Katalog vorgebracht — Sie erlauben, daß ich ihn vorlese:

Man sollte an die Eltern herangehen. Übrigens eines: Die Eltern müßten natürlich, wenn eine allgemeine Aufklärung erfolgt, die Priorität der Prophylaxe haben, denn daß sie die Symptome kennen müssen, ist natürlich selbstverständlich. Auch Beratung der Jugendlichen ohne Hilfe der Jugendlichen selbst ist ein Torso.

Jedenfalls Rauschmittelgebrauch ist gefährlich, Rauschmittelhandel verbrecherisch. Bei den Eltern sollte gesagt werden: Wir sind alle der Auffassung, daß der Übergang von dem einmaligen Probieren zur Gewöhnung bei manchen sehr leicht ist. Dann sollen sich die Eltern möglichst rechtzeitig über die Folgen des Rauschmittelgebrauchs informieren. Rauschmittelgefährdet sind insbesondere Schüler — und das ist hier auch schon im Zentralelternbeirat ausgelegt worden —, die Schwierigkeiten in der Bewältigung ihrer jeweiligen sozialen Situation haben, und die den Anforderungen nicht gerecht werden können, die Schule, Elternhaus und Gesellschaft an sie stellen, die also irgendwie gefährdet sind.

Wenn Sie — heißt es weiter — vermuten, daß Ihr Sohn oder Ihre Tochter mit Rauschmittel in Berührung kommt, wenden Sie sich an die sachverständigen Lehrer ihrer Schule um Rat und dann die folgenden Stellen.

Meine Damen und Herren, daß ein Teil der Lehrer speziell dafür ausgebildet werden muß, ist wichtig. Damit sind die Möglichkeiten noch nicht erschöpft, sondern die Eltern können sich noch an Beratungsstellen wenden, wie Release, Beratungsstelle beim Gesundheitsamt, Landesstelle gegen Suchtgefahren. Auch die werden dabei weiterhelfen.

Meine Damen und Herren, nach meinen Erfahrungen, die ich habe, ist auch hier die Erfolgsquote sehr gering. Aber es ist jedenfalls ein Ansatz da. Ich glaube, immerhin mit Überzeugung sagen zu können, daß das Problem am besten mit einem sehr vorsichtigen Prozedieren und in Verbindung mit Jugendlichen selbst gelöst wird, die vielleicht einmal selbst mit Hasch in Berührung gekommen sind und sich von der Sucht frei gemacht haben. Einige gibt es ja von denen. Aber Gewaltmaßnahmen halte ich für schädlich. Dafür ist das Problem bei den Jugendlichen, bei den Dreizehn-, Vierzehnjährigen zu schwierig. — Danke schön!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Meurer.

Abg. **Meurer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte der Bitte des Herrn Präsidenten entsprechen und mich so knapp wie möglich fassen.

Zur Rauschgiftgefahr sind soeben genügend sachliche Ausführungen gemacht worden. Wir sehen die Bedeutung des Problems nicht weniger ernst an als die NPD. Das beweist unser Antrag im März oder April auf Einsetzung eines Ausschusses, der leider vom Parlament abgelehnt wurde.

Zum Antrag selbst: Jetzt, am Ende der Legislaturperiode solch einen Antrag zu stellen, halten wir für wenig sinnvoll. Wenn Sie sich die Formulierung ansehen: „Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft zu berichten". Wann kann er das? Frühestens in der nächsten Sitzung! Dann besteht diese Bürgerschaft jedoch nicht mehr. Die Geschichte müßte wieder von neuem aufgegriffen und angefangen werden, und ich bin sicher — —

(Abg. Vorsatz [NPD]: Entschließungsanträge können wir nicht stellen, Herr Meurer, das wissen Sie doch!)

Ja, dann lassen Sie so etwas auch bleiben.

Dann die Formulierungen! Offengestanden, ich habe das xmal lesen müssen, um überhaupt zu begreifen, wie hintenherum der Senat ersucht wird: Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft zu berichten, ob mit Wirkung für alle bremischen Schulen ein Erlaß folgenden Wortlauts für zweckmäßig erachtet wird und so weiter. Ich meine, das hätte man vielleicht auch ein bißchen klarer ausdrücken können!

(Abg. Vorsatz [NPD]: Sie werden jetzt zu pädagogisch!)

Es kann niemand aus seiner Haut heraus, Herr Vorsatz!

Also was soll's! Wir sind der Meinung, dieser Antrag hat so, wie er hier liegt, in der Sache und auch im Verfahren wenig Sinn. Deswegen lehnt die CDU diesen Antrag als nicht mehr realisierbar ab.

Ich erspare mir jeden Hinweis auf Wahlkampf und die entsprechenden Slogans, die man auf den roten Plakaten sieht.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Vielen Dank, Herr Meurer, für die Kürze Ihrer Ausführungen!

Als nächster hat das Wort die Abgeordnete Frau Frau Landwehr.

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sicher befaßt sich dieses Haus nicht zum ersten Mal mit dem sehr ernsten Problem der Rauschgiftgefahr bei den Jugendlichen. Aber, meine Damen und Herren, jede Fraktion, die hier im Hause vertreten ist, hat nach der Pressekonferenz des Senats, in der der Senat Stellung genommen hat zu diesem Problem und auch einen Bericht erstellt hat, wohl diesen schriftlichen Bericht der Arbeitsgemeinschaft, die ja schon den zweiten Bericht gibt, bekommen. — Frau Kruses Ausführungen hören sich so an, als ob in dieser Hinsicht überhaupt nichts getan würde!

(Abg. Fichtner [NPD]: Lesen Sie doch einmal den Antrag!)

Wenn Sie den Bericht der Arbeitsgemeinschaft gelesen haben mit den konkreten Zahlenangaben, dann bin ich überzeugt, daß diese Zahlen nicht der Wahrheit letzter Schluß sind, daß es vielmehr eine große Zahl von Dunkelziffern gibt, die man zur Zeit nicht erfassen kann.

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Also doch!)

Aber, Frau Kruse, ich bin der Meinung, daß auch

die Dunkelziffer nicht zu erfassen ist mit diesem komischen Antrag, den Sie gestellt haben.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Den haben wir dem Land Hessen abgelauscht!)

Man kann, Herr Vorsatz, mit Erlassen diesem Problem nicht zu Leibe rücken, davon bin ich überzeugt. Mit Erlassen ist gar nichts zu tun!

Meine sehr verehrte Frau Kruse, ich bin auch der Meinung, wenn wir jede Schule rundum mit Polizisten bestücken würden, würden die Händler — und das ist doch die Gefahr — doch an die Jugendlichen herankommen. Dann stehen sie eben 50 Meter von der Schule entfernt. Irgendwo gibt es Kanäle. In dieser Hinsicht möchte ich nur das unterstützen, was Herr Dr. Lienhoop hier gesagt hat: Ganz entscheidend ist die Zusammenarbeit aller Institutionen.

Ich bin kein Experte für Rauschgift, nur eines ist mir klar: daß man den Jugendlichen nicht mit Erlassen verbieten kann, Rauschgift zu nehmen. Das ist sinnlos. Deswegen werden wir auch Ihren Antrag ablehnen. Man muß andere Wege gehen. Für alle die Vorschläge, die die Arbeitsgemeinschaft gemacht hat, die allerdings Geld kosten, wird sich meine Fraktion einsetzen, damit sie auch verwirklicht werden können. Sie wird in Zukunft — heute werden wir ja nicht darüber beschließen können — sich dafür einsetzen, daß für diese vorgeschlagenen Einrichtungen die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir glauben, daß das ein besserer Weg ist.

Nun zum Elternhaus ein Wort! Frau Kruse, im Grundgesetz, auch in unserer Landesverfassung steht es geschrieben, daß für die Erziehung der Kinder die Eltern verantwortlich sind, und der Staat hilft ihnen dabei mit seinen Einrichtungen. Das heißt also, in erster Linie sind die Eltern verantwortlich,

(Abg. Brouwer [NPD]: Mit Unterstützung des Staates!)

und der Staat hilft ihnen dabei. Aber es steht nicht in der Verfassung, daß die Lehrer Kriminalpolizei spielen sollen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Aber wenn das Haus brennt, kann man die Feuerwehr holen!)

Wir und die Pädagogen, und die Leute, die etwas mehr davon verstehen als ich — ich bin Laie, ich sagte es schon —, haben in diesem Hause auch noch nicht zu diesem Problem Stellung genommen. Wen Sie vorhin mit dem Sprecher gemeint haben, weiß ich nicht. Ich war es nicht!

(Abg. Marta Kruse [NPD]: Herr Schelter!)

Na ja, Sie sprachen ja zu Schulfragen, und der Sprecher der Schuldeputation bin ich, und nicht Herr Schelter!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Landwehr, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fichtner zu beantworten?

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Ausnahmsweise ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Fichtner!

Abg. **Fichtner** (NPD): Frau Landwehr, darf ich aus Ihren Ausführungen entnehmen, daß Sie im Gegensatz zu Herrn Dr. Lienhoop der Meinung sind, daß die Familie, das Elternhaus kein Tribunal ist?

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Ich glaube nicht, daß Herr Dr. Lienhoop das ausgeführt hat.

(Abg. Fichtner [NPD]: Genau das hat er!)

Nein, das hat Herr Dr. Lienhoop absolut nicht gesagt! Wenn Sie das so auslegen wollen, Herr Fichtner, ist das Ihre persönliche Sache.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das steht wieder in der NPD-Zeitung als Eigenbehauptung!)

Aber daß in manchen Elternhäusern das Verhältnis Jugend/Eltern gestört ist, wollen Sie doch auch wohl nicht bestreiten.

(Abg. Fichtner [NPD]: Bestreite ich gar nicht!)

Aus den Ausführungen von Herrn Dr. Lienhoop konnte ich nicht heraushören, daß er das Elternhaus als ein Tribunal ansieht.

(Abg. Fichtner [NPD]: Gestatten Sie mir noch eine Frage, Frau Landwehr?)

Nein, Herr Fichtner, ich habe meine Ausführungen hiermit beendet und möchte sagen, daß die SPD Ihren Antrag keinesfalls unterstützen kann. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat Frau Bürgermeister Mevissen.

Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend: Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich nicht gemeldet, um zu der Frage des direkten Antrags Stellung zu nehmen. Hier ist in den Ausführungen sehr deutlich geworden, daß das Elternhaus ein Erziehungsrecht, aber auch eine Erziehungspflicht hat, und daß der Staat und alle seine Institutionen dazu aufgerufen sind, dem Elternhaus bei der Erziehung zu helfen. Das ist jedoch unmöglich durch einen Erlaß, der die Lehrer verpflichtet, in jedem Fall Informationen zu geben. In solch einem Fall handelt es sich um die Hilfe für ein Kind. Und

hier zeigt sich aufgrund der Erfahrungen breitester Kreise, daß zum Teil eine solche Verpflichtung gegen eine Hilfe ausfällt, als für eine Hilfe.

Dieses ist aber nicht der Punkt, zu dem ich hier Stellung nehme. Frau Kruse hat zu einigen Punkten generell Stellung genommen, insbesondere zu der Frage der Verharmlosung. Hier ist von der federführenden Deputation, ihrem Sprecher und dem Senator, nie eine Verharmlosung dieses Problems betrieben worden. Im Gegenteil, der Senator für Wohlfahrt und Jugend hat immer wieder darauf hingewiesen, daß die Entwicklung zu einer wachsenden Gefährdung führt. Die Ergebnisse zeigen, daß auch die Altersschichten sehr viel niedriger in den Altersstufen werden und wir keine Veranlassung haben, das Problem des Rauschmittelgebrauchs zu verharmlosen.

(Abg. Menke [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Im Augenblick nicht, ich möchte eben meinen Gedanken zu Ende ausführen!

Meine Damen und Herren, dieses Problem ist nicht nur ein bremisches Problem, es ist aber auch nicht nur ein bundesrepublikanisches Problem, sondern ein weltweites. Ich bestätige, was Herr Dr. Lienhoop hier gesagt hat, daß es nämlich ein internationales Problem ist und auch durch die bestmögliche Hilfe am Ort nicht entscheidend gelöst, sondern nur gemildert werden kann.

Die Entwürfe und Vorschläge des Arbeitskreises, um dem Drogenmißbrauch zu begegnen und damit der gesamten Gefährdung junger Menschen zu begegnen, ist Ergebnis intensiver Bemühungen. Ich bin der Meinung, daß sich das nicht auf mein Ressort bezieht, sondern auf einen Arbeitskreis, der sich zusammensetzt aus einer großen Zahl von Fachkräften aller Bereiche in Bremen und auch außerhalb, daß es angemessen wäre, diesen Mitarbeitern des Arbeitskreises für eine solche hier geleistete Erfahrungszusammenstellung mit sachgerechten Vorschlägen ein Wort des Dankes und nicht des Vorwurfs zu sagen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Weiter möchte ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, und damit auch ein ergänzendes Wort zu dem geben, was ich bei der Pressekonferenz im Anschluß an diese Vorlage des Senats bereits mitgeteilt habe, ich glaube, daß wir nicht darum herumkommen, strengere Strafmaßnahmen insbesondere auf dem Gebiet des Opiumgesetzes vorzusehen, denn nur so fassen wir

(Abg. Fichtner [NPD]: Sehr richtig!)

die kriminellen Elemente, die bemüht sind, den Stoff in die Bundesrepublik einzuschleusen.

Ich darf hier feststellen, daß zur Zeit die obersten Jugendbehörden der Länder in Kiel tagen, um eine Sitzung mit der Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit vorzubereiten, in der nicht nur — und es ist wichtig für uns alle, das zu wissen, weil dies ein neues Problem ist, das auf uns zukommt — die Informationen gegenseitig abgestimmt, sondern Erfahrungen gesammelt werden, die nur in zwei Großstädten, nämlich in Berlin und in Hamburg, als gesichertes Fundament von Umfrageergebnissen zur Verfügung gestellt werden können, und zwar mit dem Vorschlag, daß das Bundesministerium mit Sorge dafür trägt, daß Forschungsaufträge erteilt werden, um das Gesamtproblem, und zwar nicht nur in den Großstädten wie Berlin, Hamburg, Frankfurt und Köln, zu erforschen.

Bei aller Hochachtung vor der Großstadt Bremen, wir befinden uns nicht in der Situation, in der diese von mir eben genannten größten Städte unserer Bundesrepublik bereits sind, die auch Handelszentren und Umschlagszentren sind.

Weiter soll der Versuch unternommen werden, noch stärker als bisher initiativ zu werden bei der Bemühung um die Verschärfung des Opiumgesetzes, das in der parlamentarischen Behandlung steht. Ob es möglich ist, nach den derzeitigen Erfahrungen noch Verschärfungen durchzusetzen, bleibt den Verhandlungen in den nächsten Monaten vorbehalten. Ich glaube, hier liegt ein entscheidender Punkt!

Und ein dritter Punkt, meine Damen und Herren — und darüber müssen wir uns im klaren sein, bei der Praxis sowohl von Polizei, als auch Verwaltungsgerichten und im Zivilstrafrecht —, wir haben nach 1945 eine absolute Gewerbefreiheit. Es fällt außerordentlich schwer, im Rahmen dieser Gewerbefreiheit das Gaststättengesetz so einzuengen, daß Zuverlässigkeitserklärungen auf diesem Sektor die Begrenzung der Gewerbefreiheit ermöglichen, um auch der Polizei und den Gerichten die Möglichkeit des stärkeren Eingriffs zu geben. Dies haben wir nur im Bereich des Jugendschutzes. Auf diesem Sektor sind wir bemüht.

Die Erfahrungen der Polizei und der Gerichte zeigen nur immer wieder, daß die Beweiskraft, die dort gefordert wird, eine außerordentliche Erschwernis wirklichen und nachhaltigen Eingreifens darstellt. Selbst bei Kenntnis von Umschlagplätzen von Hasch, ist es in der derzeitigen Gesetzgebungssituation außerordentlich schwer, eine Gaststätte zu schließen. Dies möchte ich Ihnen als Erschwernis zusätzlich noch aufzeigen.

Auch auf diesem Gebiet sind wir bemüht, mit dem Bundesminister zu überlegen, in welcher Form, ohne Angriff der Freiheit — und dies ist immer die Konfliktsituation, in der ein freiheitlicher Staat lebt und arbeitet — die gesetzlichen Bestimmungen für diejenigen, die wir alle als kriminell bezeichnen, zu verschärfen.

Der Konfliktfall liegt nämlich insbesondere dort, wo der „User" gleichzeitig „Dealer" wird, wo er um zu gebrauchen, gleichzeitig eben handelt. Zwar sind das immer die „kleinen Fische", und es geht um die „großen Fische", und um die müssen wir

uns gemeinsam intensiv bemühen, um ihnen das Handwerk zu legen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Viel ist bei diesem Antrag appelliert worden an die Behörde, an den Staat. Ich möchte auf eine Institution, nein, auf eine Menschengruppe hinweisen, die mir bisher bei der Bekämpfung der Rauschgiftsucht zuwenig angesprochen ist, die zuwenig zu solidarem Handeln veranlaßt wurde, und zwar die Gruppe der Gefährdeten an sich, die Gruppe der Schüler.

Vieles würde uns leichter fallen, wenn das unter den Schülern um sich greifen würde, was in einigen politischen Jugendgruppen heute zur Kampfparole erklärt wird: So wie man früher sagte, wieso nicht haschen, so sagt man heute, Rauschgift macht stumpf für die politische Auseinandersetzung. Das geht so weit, daß, je radikaler die Gruppen sind, sie sich sogar dazu aufwerfen zu sagen, Rauschgift macht stumpf für den Klassenkampf.

Meine Damen und Herren, sicher vertrete ich die letzte Parole nicht, sie weist aber hin auf einen Ansatzpunkt, den man keineswegs außer Acht lassen darf. Die Schwierigkeit von Erwachsenen, auch von uns Lehrern, hier Hilfestellung zu leisten, ist sehr groß, weil wir auf das Vertrauen der Schüler angewiesen sind, die in ihrer Hoffnungslosigkeit dann zu uns kommen. Viel besser wäre es, wenn die Gruppen, die sich um Rauschgiftsüchtige bemühen, noch mehr gefördert werden könnten. Sicher, wir haben Gruppen, angefangen von dieser Release-Gemeinschaft oder hin bis zu Meditationsgruppen, die sogar mit Erfolg sich bemühen, Rauschgiftsüchtige abzubringen vom Rauschgift. Besser wäre es, wenn wir die Solidarität auf alle Jugendlichen ausdehnen könnten, zu handeln gegen den Rauschgiftgenuß und vor allem auch ganz deutlich Stellung zu nehmen gegen den Rauschgifthandel. Besser wäre es, wenn wir sie wegbekämen von dem Mundhalten, dem Nichtweitersagen, wer handelt, wenn wir sie dazu bekämen, Front zu machen, wenn sie es nicht angeben wollen vor dem Lehrer oder der Polizei, aber von sich aus Front zu machen gegen die, die sich unverschämte Gelder und Sportwagen verdienen durch den Rauschgifthandel, und indem sie andere bedenkenlos zu vergiften trachten. Wenn wir solch eine Solidaritätsaktion in Gang setzen könnten mit der Parole „Rauschgiftgenuß macht stumpf gegenüber allem", dann wären wir erheblich weiter.

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Was wir tun können, und darum wollte ich die entsprechenden Arbeitsgruppen dringend bitten, ist, von dieser Stelle aus die jugendlichen Gruppen, die sich sehr bemühen um Rauschgiftanfällige, noch mehr als bisher zu unterstützen. Es geht oft nicht einmal um bares Geld, sondern um Treffmöglichkeiten, um Räume, um den Druck dieses oder jenen Flugblatts, bei dem sie unterstützt werden sollten. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich ergreife nur deswegen das Wort, weil ich aus den vielen Ausführungen, die hier gemacht worden sind, insbesondere aber aus den Ausführungen von Frau Landwehr, den deprimierenden Eindruck gewonnen habe, daß man notwendige Maßnahmen deswegen unterläßt, weil man der Weisheit letzten Schluß noch nicht gefunden hat.

(Abg. Ströh [SPD]: Herr Fischer, das können Sie doch nun wirklich nicht annehmen!)

Das halte ich für völlig unverantwortlich, und ich halte es für geboten, daß wir alle, insbesondere aber auch unsere zuständigen Behörden, wenigstens das unternehmen, was jetzt bereits unternommen werden kann. Insoweit habe ich einige Hoffnungen geschöpft aus den Ausführungen, die Frau Bürgermeister Mevissen gemacht hat. Ich könnte es nur begrüßen, wennn hier die entsprechenden Maßnahmen auch dann getroffen werden, wenn man das Fernziel noch nicht erreicht hat.

Zum Beispiel hat Frau Bürgermeister Mevissen darauf hingewiesen, wie schwer es ist, unzuverlässigen Gaststätteninhabern das Handwerk zu legen angesichts der jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Es sollte möglich sein, diese Bestimmungen ohne große Schwierigkeit dahin zu ändern, daß die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden können, daß solchen Gaststätteninhabern, die Rauschgifthandel in ihrer Gaststätte zulassen, die zulassen, daß dort Jugendliche zum Rauschgiftgenuß verführt werden, rigoros die Konzession entzogen wird.

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Fischer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Lienhoop zu beantworten?

Abg. **Fischer** (CDU): Ja, bitte!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Dr. Lienhoop!

Abg. **Dr. Lienhoop** (FDP): Herr Fischer, ist Ihnen gestern in den „Bremer Nachrichten" der Artikel aufgefallen, der sich mit den Folgen der Ausweisung der Sechzehnjährigen aus dem Lokal „Montparnasse" befaßt hat, daß dort der lebhafte Umsatz von Rauschgiftmitteln auf der Straße stattgefunden hat?

Abg. **Fischer** (CDU): Das ist mir sehr wohl aufgefallen, das kann mich aber nicht daran hindern, die Notwendigkeit zu unterstreichen, Gaststätteninhabern, die in dieser Beziehung nicht sauber sind, das Handwerk zu legen, und zwar endgültig zu legen.

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Herr Fischer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vorsatz zu beantworten?

Abg. **Fischer** (CDU): Ja!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Vorsatz!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Fischer, ist Ihnen bekannt, daß der Absatz 2 unseres Antrags auf einem Konzept des Landes Hessen beruht? Und zu zwei: Sind Sie der Meinung, daß dieser Antrag dumm ist, weil er von der SPD konzipiert worden ist, nämlich von Herrn von Friedeburg?

Abg. **Fischer** (CDU): Ich bin etwas verwundert über diese Frage. Mir ist nicht bekannt, daß diese Formulierung aus Vorgängen des Landes Hessen stammt. Wenn Sie es mir erzählen, dann will ich es gern glauben. Ich halte diese Formulierung keineswegs für dumm, ich bin allerdings der Meinung, daß der Antrag, der von der Fraktion der NPD hier gestellt worden ist, fehl am Platze ist.

Es ist bereits durch meinen Freund Meurer hier gesagt worden, wie sinnlos es ist, in der jetzigen Situation einen solchen Antrag zu stellen. Ich bin auch nicht hierhergekommen, um mich für den Antrag auszusprechen. Nur, da die Gesamtsituation der Rauschgiftsucht hier angesprochen worden ist, hielt ich es für notwendig, zu unterstreichen, daß unzulängliche Maßnahmen, die aber doch eine Eindämmung dieser Gefahr zur Folge haben könnten, besser sind als ein Warten auf den „Sanktnimmerleinstag" wegen der Maßnahmen, die hundertprozentig in Ordnung sind.

Ich möchte abschließend hier eine Frage stellen, die mir wichtig zu sein scheint, und zwar an den Herrn Schulsenator. Hier in dem Antrag heißt es: Besteht eine erhebliche Vermutung, daß Schüler Rauschgift nehmen, so ist dies unverzüglich den Erziehungsberechtigten mitzuteilen.

Darauf soll hier im Augenblick nicht eingegangen werden, weil das vielleicht genauer geprüft werden muß. Es ist uns aber berichtet worden, daß genau das Gegenteil der Fall ist, daß eine Dienstanweisung an den bremischen Schulen vorhanden sein soll, wonach den Lehrern verboten ist, den Erziehungsberechtigten Mitteilung zu machen, wenn in der Schule festgestellt wird, daß Kinder rauschgiftsüchtig sind oder Rauschgift in ihren Händen haben.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Das kann gar nicht sein!)

Ich wäre dankbar, wenn Herr Senator Thape hierzu eine Auskunft geben könnte.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bugla: Als nächster hat das Wort Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte mich natürlich nicht melden nach dem Appell, die Diskussion nicht unnötig zu verlängern, aber wenn ich direkt gefragt werde, muß ich es wohl tun, nachdem Frau Bürgermeister Mevissen die Aktivitäten des Senats und der Behörden sehr umfassend dargestellt hat.

Ein solcher Erlaß besteht natürlich nicht, wonach es den Lehrern verboten ist, mit den Eltern zu sprechen. Die Frage geht auf etwas anderes zurück. Die NPD hat ihre Anträge etwas abgeschwächt. Ursprünglich wollte sie ja praktisch, daß die Lehrer gezwungen werden, der Polizei zu berichten, wenn ihnen solche Aktivitäten bekannt werden.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das war auch ein Friedeburg-Vorschlag!)

Das ist jetzt abgeschwächt worden auf die Unterrichtung der Eltern. Selbstverständlich sind wir bereit, und das ist in Zusammenarbeit mit den Eltern und mit den Vertrauenslehrern geschehen, die ja auch schon ausgebildet werden, wir haben mehrere Kurse durchgeführt, wir haben Aktivitäten in den Schulen entwickelt, das ist ganz selbstverständlich, aber nicht in der Form, daß wir spektakuläre Aktionen unternommen haben, denn die erreichen zum Teil das Gegenteil, machen diejenigen noch aufmerksam, die es bisher verstanden haben, sich dem Drogeneinfluß zu enthalten, sich zu entziehen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Das behauptet der Senat seit drei Jahren!)

Hier geht es um eine sehr intensive, sorgfältig vorbereitete Aktion, die mehr im Verborgenen arbeitet als im lauten Getümmel eines Wahlkampfs oder einer Parlamentsdebatte. Wir haben unsere Erfahrungen, wir wissen, wie schwer und wie unklug es ist, wenn wir mit zu großer Lautstärke tätig werden. Wir werden aber tätig, und wir sind tätig, und zwar sehr intensiv, wenn auch nicht immer sofort nach außen sichtbar. Die großen Schwierigkeiten, die sich ergeben, sind ja hier angesprochen worden. Wir haben einfach nicht die Möglichkeit, mit diesem Phänomen von heute auf morgen fertig zu werden, aber das gilt nicht nur für Bremen oder die Bundesrepublik, sondern für alle Staaten, die mit diesem Problem konfrontiert sind.

Also dieser Erlaß besteht nicht, das ist selbstverständlich, und die Lehrer sind auch von sich aus daran interessiert, daß das Elternhaus unterrichtet wird. Allerdings dürfen sie nicht mit einem Erlaß belastet sein, der sie zwingt, in jedem Fall die Eltern zu unterrichten, auch dann, und wir kennen

diese Fälle, wir kennen leider einen großen Teil solcher Fälle, daß das Elternhaus nicht intakt ist und die Rauschgiftgefahr, das Einnehmen von Rauschgift bei diesen Jugendlichen zum Teil, zu einem erheblichen Teil, gerade dadurch entsteht, daß das Elternhaus nicht intakt ist.

Da wäre es natürlich dumm, falsch, psychologisch völlig unmöglich, den Lehrer zu zwingen, auch noch dieses Elternhaus zu unterrichten, wo der Jugendliche unter Umständen den Lehrer als einzige Vertrauensperson hat, um überhaupt den Versuch zu machen, aus diesem Teufelskreis herauszukommen.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Das ist also unser Wunsch, hier das zu tun, was notwendig ist — denn der Kontakt mit den Eltern wird ja von uns ganz besonders gepflegt —, aber nicht eine Zwangsmaßnahme daraus zu machen, die genau das Gegenteil von dem erreicht, was wir hier alle in diesem Hause, wie ich der Diskussion entnommen habe, erreichen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Menke.

Ich muß feststellen, ich eigne mich schlecht zum Propheten! Ich glaube nicht, daß wir heute vormittag, mit der vorgesehenen Tagesordnung fertig werden.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Herr Präsident, werfen Sie uns das nicht vor! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Herr Menke, fangen Sie an, die Zeit drängt!)

Abg. **Menke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Zum Antrag der NPD werde ich nicht sprechen, Herr Meurer hat sich schon für uns dazu geäußert.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Menke, wenn Sie nicht zum Antrag sprechen, dann kann ich Ihnen gar nicht das Wort geben!

(Heiterkeit)

Herr Menke, dafür haben Sie sicherlich Verständnis, Sie können nur zur Sache sprechen! Der Antrag der NPD-Fraktion hat eine klare Gliederung in 1) und 2). Wenn Sie dazu nicht sprechen wollen, bin ich nicht in der Lage, Ihnen dazu das Wort zu erteilen.

Abg. **Menke** (CDU): Ich spreche zum Antrag der NPD!

Präsident Dr. Klink: Zum Antrag der NPD! — Bitte sehr! Dann haben Sie das Wort!

(Heiterkeit)

Abg. **Menke** (CDU): Auch ich bin der Meinung, daß dieser Antrag verfehlt ist, er ist zu spät gestellt. Er beweist aber nur, daß seit Jahren etwas hätte getan werden müssen. Das beweist auch der Bericht des Senats, der uns am 27. August vorgelegt wurde.

(Zuruf von der SPD: Das hat Herr Meurer schon gesagt!)

Ich möchte die anwesenden Senatoren folgendes fragen: Es sind in diesem Bericht Personalstellen gefordert worden mit bestimmten Beträgen. Sind diese Stellen den Deputationen als Vorlagen vorgetragen worden zur Beschlußfassung? Des Ferneren: Die Gesundheitsverwaltung gibt an, es könnte genügend Beratung gewährt werden in zwei psychiatrischen Beratungsstellen. Ich stelle fest, eine von diesen Beratungsstellen ist nicht besetzt, der Gesundheitssenator hat auch keinen Mittelbedarf genannt für weitere Stellen. Wir meinen, wenn ein Bericht erstattet wird, muß er auch klare Konsequenzen aufzeigen, die sich dann in Stellen- und Mittelanforderungen für den Haushalt niederschlagen. Erst dann wird ein solcher Bericht auch glaubwürdig und macht klar, daß etwas getan werden soll. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat Frau Bürgermeister Mevissen.

Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat hat diesen Bericht des Arbeitskreises nicht nur positiv zur Kenntnis genommen, sondern er hat gleichzeitig sämtliche Behörden, die in diesem Bericht mit Forderungen, und zwar sachlicher und personeller Art tangiert sind, gebeten, unmittelbar an den Haushaltsausschuß heranzutreten, um die entsprechenden in der Vorlage genannten Mittel zu beantragen.

Herr Menke, darf ich auf eines hinweisen: Ich darf Ihnen sagen, daß es nicht nur um Mittel geht. Es geht auch um vorhandenes Fachpersonal.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Genau!)

Die Lösung dieser Frage ist nicht von heute auf morgen aus dem Ärmel zu schütteln, sondern es geht dabei auch darum, die Fachkräfte auf diesem Sektor auszubilden, und zwar sowohl die Ärzte, als auch die Psychologen, als auch die Sozialpädagogen. So einfach, wie Sie es eben dargestellt haben, läßt es sich nun tatsächlich nicht realisieren. Die Anträge werden zeitgerecht dem Haushaltsausschuß, das heißt diesem Parlament, vorgelegt. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner, zu einer Mini-Ausführung, wie er mir sagte!

(Abg. Fichtner [NPD]: So ist es, Herr Präsident! — Abg. Filzen [CDU]: Wer glaubt das?)

Abg. **Fichtner** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst mein Erstaunen Ausdruck geben, daß der Herr Senator für das Gesundheitswesen, der sich gestern beharrlich der Konfrontation mit dem Parlament entzogen hat, auch heute nicht auf der Ministerbank weilt. Ich halte das für keinen guten politischen Stil, aber das ist letzten Endes Angelegenheit der tragenden SPD.

(Abg. Ströh [SPD]: Das ist unsere Sache!)

Ja, das ist eure Kanne Bier, natürlich!

Jetzt möchte ich nochmal kurz auf einige Punkte eingehen. Zunächst, Herr Meurer, ich glaube, Sie sind zwölf Jahre im Parlament, Sie haben bewiesen, daß Sie von der geschäftsordnungsmäßigen Situation nicht den leisesten Schimmer haben.

(Heiterkeit)

Sonst hätten Sie Ihre Äußerungen zu dem Antrag der NPD hier nicht gemacht. Es ist bekannt, daß dieser Antrag als Dringlichkeitsantrag im Juni hier auf dem Tisch war, und Ihre liebenswürdige Fraktion hat nein gesagt. Sie hätten die Chance gehabt — denn Herr Menke scheint dem Antrag ja auch einigermaßen positiv gegenüberzustehen —, Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Dringlichkeit zu bestätigen, den Antrag im Juni hier zu behandeln. Das zur Klarstellung.

(Abg. Klemmer [SPD]: Und nun? — Abg. Ströh [SPD]: Das wärs nun wohl! — Heiterkeit)

Nein, nicht „Kaiserliche Werft"! Jetzt möchte ich nochmals der Sache auf den Grund gehen insofern, als durch eine Frage meines Kollegen Vorsatz ja bereits angedeutet wurde, daß die SPD einigermaßen schisophren ist,

(Abg. Klemmer [SPD]: Wieso das denn? — Abg. Stäcker [SPD]: Er hat nichts davon gesagt!)

denn unser Antrag ist nahe verwandt mit einer Aktivität in Hessen, und zwar unter dem Kultusminister Friedeburg,

(Abg. Klemmer [SPD]: Von Friedeburg, bitte!)

von Friedeburg,

(Heiterkeit)

der Sohn vom Admiral, wenn ich mich recht erinnere, Klammer auf SPD, Klammer geschlossen!

(Abg. Ella Müller [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Darf ich das erst zu Ende bringen, Herr Präsident! — Also auf die Aktivität des Herrn von Friedeburg, und zwar in Zusammenarbeit mit Frau Hamm-Brücher, FDP. Und deshalb verstehe ich nicht,

(Abg. John [FDP]: Daß Sie das nicht verstehen, das nehmen wir Ihnen ab!)

wieso Sie hier krampfhaft gegen diesen Antrag sprechen. Das ist doch überhaupt nicht zu begreifen, meine Damen und Herren von der SPD und von der FDP!

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte den Angriff gegen den Gesundheitssenator zurückweisen. Es ist ganz klar, daß Verpflichtungen bestehen, die wochen- oder monatelang vorher festgelegt worden sind, und wenn sich die Tagesordnung der Bürgerschaft ausdehnt, ist das nicht miteinander zu vereinbaren. Senator Jantzen ist im Zusammenhang mit seiner Funktion als Senator für Arbeit zu einer dringenden Sitzung abberufen worden und konnte deshalb nicht hier sein. Ich glaube, man sollte solche Angriffe dann vortragen, wenn der entsprechende Senator hier ist und sich auch verteidigen kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator Jantzen hat mir mitgeteilt, daß er heute nicht anwesend sein kann, weil er dienstlich anderweitig benötigt wird.

Das Wort hat der Abgeordnete Fichtner zu einer Mini-Mini-Ausführung, wenn ich richtig verstanden habe!

Abg. **Fichtner** (NPD): Zur Richtigstellung darf ich feststellen, daß Herr Senator Jantzen kurz nach der Debatte über den Bericht des Rechnungshofs hier in diesem Hause erschienen und später ein zweites Mal hier gewesen ist.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Na und?)

Ich darf daraus den Schluß ziehen, daß die Möglichkeit, zum Rechnungsprüfungsbericht hier zu erscheinen, durchaus gegeben war.

(Senator Thape: Sie hatten sich auf die heutige Sitzung bezogen!)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür NPD)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Jawohl, dafür sind wir Ihnen sehr dankbar!)

Ich werde darauf hingewiesen, daß sich unsere Zuhörer von Beifalls- und Mißfallenskundgebungen zu enthalten haben.

Antrag: Erstattung eines Berichts über die Arbeit der Schülerzeitungen im Lande Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 561)

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Kreuser.

Der Antrag ist unterzeichnet von dem Abgeordneten John und FDP-Fraktion. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft einen Bericht über die Arbeit der Schülerzeitungen im Lande Bremen zu erstatten.

Insbesondere sollten darin Angaben enthalten sein, wieweit solche mit öffentlichen Geldern unterstützten Zeitungen unter dem direkten oder indirekten Einfluß von politischen Kräften stehen, deren Ziel die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie und damit des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates ist."

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe hier vor mir eine Ausgabe des „David", Untertitel „Organ der Gesamtschülervertretung Bremen", Mai 1971, Nummer 3/1971. Ich möchte Sie mit Genehmigung des Herrn Präsidenten über einen bezeichnenden Artikel in dieser ausdrücklich als „Organ der Gesamtschülervertretung" gekennzeichneten Schülerzeitschrift informieren.

Dieser Artikel trägt die Überschrift — er ist nicht übermäßig lang — „DKP, was denn sonst?" und lautet: „63 000 Jungwähler können im Oktober dieses Jahres zum ersten Mal an einer Bürgerschaftswahl teilnehmen. Welche Partei sollen sie wählen? Die CDU, die Hauptpartei des Rechtskartells und der Rüstungslobby, die NPD etwa, die rechtsextreme neonazistische Partei des Großkapitals, können sie der SPD die Stimme geben, deren Führung ängstlich darauf bedacht, sich die Gunst der Großbourgeoise zu erhalten, die eigene Parteijugend entmündigen will, oder der FDP, die unter der Flagge der Liberalität handfeste Interessen einer bestimmten Gruppe des Großkapitals vertritt? Wenn Wahlen vor der Tür stehen, entdecken die etablierten Parteien ihr Herz für die Jugend, sie künden Reformen und strukturelle Veränderungen an Schulen und Hochschulen an, aber von dem, was die junge Generation seit langem fordert, wollen sie nichts wissen. Jahrzehntelang wurden die Forderungen der jungen Generation und der demokratischen Jugendverbände mit autoritärer Arroganz von den Herrschenden und ihren Parteien mißbraucht".

Dieser Artikel schließt dann mit der Aufforderung, daß man am 10. Oktober dieses Jahres eben nur eine Partei wählen kann, nämlich die DKP, die sich einsetzt — ich zitiere noch einmal wörtlich — „für Frieden, Demokratie und Sozialismus". Und darunter ist die Aufforderung: „Besucht unsere Diskussionsabende über aktuelle Politik und Marxismus. Auskünfte und Anmeldungen DKP-Bezirksvorstand Bremen, Schillerstraße 12 A". Es folgt die Telefonnummer.

Meine Damen und Herren, soweit zu Ihrer Information!

In diesem Blatt finden Sie dann, und zwar nicht als Anzeige gekennzeichnet, die geballte Faust der DKP gegen das Großkapital. Sie finden darin Reklame für die „Deutsche Volkszeitung". „Die ‚Deutsche Volkszeitung' steht links", „Die ‚Deutsche Volkszeitung' ist kritisch und konstruktiv". Und so geht das also weiter, und es wird aufgefordert, sich um diese Dinge zu kümmern.

Das alles, und ich wiederhole es, in einem Organ der Gesamtschülervertretung Bremens. Die Parteien, die in diesem Hause sind, haben Mitte Juni darüber von einem besorgten Vater in einem Brief Mitteilung erhalten, dem Exemplare dieses Organs der Gesamtschülervertretung beigefügt waren. Sie können diese Dinge weiterverfolgen in der Schülerzeitschrift „Hermes", und selbstverständlich — aber das ist natürlich kein Wunder — in einem Organ des Sozialistischen Schülerbundes, aber das brauchen wir hier nur am Rande zu betrachten. Es geht hier einfach und allein darum, ob eine solche einseitige politische Propaganda möglich sein darf in einem Blatt, das als Zeitung alle zwei Monate erscheint und als Organ der Gesamtschülervertretung gekennzeichnet ist.

(Abg. Fichtner [NPD]: Wer finanziert denn das?)

Ja, darauf kommen wir gleich!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Horst-Werner Franke zu beantworten?

Abg. **John** (FDP): Bei Herrn Franke besonders gern!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Franke!

Abg. **Franke** (SPD): Herr Kollege John, wären Sie bereit, in Ihre Ausführungen auch konstruktive Vorschläge einzubeziehen, wie das, was Sie erreichen wollen, auch erreicht werden kann?

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Er hat ja noch nicht alles gesagt!)

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Franke, zunächst habe ich hier zur Information des Hauses, weil ja längst nicht sämtliche Mitglieder dieses Parlaments über solche Dinge Bescheid wissen, erst einmal ein

Zitat aus diesem sehr merkwürdigen Gesamtschülervertretungsorgan gebracht. Denn, das glaube ich, war notwendig, und ich muß nun selbstverständlich unter Bezugnahme auf Protokolle und Infos der Gesamtschülervertretung vom März 1971 Ihnen noch einige andere Dinge zur Kenntnis geben, die sehr aufschlußreich sind, denn erst dann, glaube ich, kann man sich ein Urteil bilden. Und darum muß es ja hier in diesem Parlament gehen. Wenn Sie meinen, Herr Kollege Franke, und ich erwarte es sogar, um nicht zu sagen, ich hoffe es, jetzt besonders konstruktive Vorschläge machen zu können, steht Ihnen das selbstverständlich und jedem Mitglied des Hauses frei.

Ich sage hier in jedem Fall klar und deutlich meine Meinung, so wie ich es gestern und bei allen anderen Gelegenheiten auch schon getan habe. Möglicherweise paßt Ihnen das heute nicht. Aber darauf kann ich genauso wenig Rücksicht nehmen wie gestern bei der CDU-Fraktion und dem Kollegen Klein.

Nun weiter: Dieser Brief hat die Fraktionen dieses Hauses über den hier dargestellten Tatbestand informiert. Ich habe inzwischen weitere Post von diesem Herrn erhalten. Ich weiß nicht, ob das bei den anderen Fraktionen auch so gewesen ist. Das war also die Grundlage unseres Antrags in der Bürgerschaft. Wir hatten noch einen anderen Antrag für die Stadtbürgerschaft vorgesehen, der dann aber von uns zurückgezogen wurde, und davor einen weiteren, der aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen in der Stadtbürgerschaft nicht behandelt werden konnte, weil er formell eine Entschließung darstellen sollte, Herr Präsident, wenn ich recht informiert bin.

Ich muß Sie nun auf eine für mich einigermaßen überraschende Erklärung im Rundfunk in der „Rundschau am Abend" vom 7. 9. 71 hinweisen, die ich zufällig im Radio hörte, wo also dargestellt wurde, die SPD-Fraktion wolle sich nicht gegen eine freie Presse stellen, sie müsse also fordern und fördern die freie Jugendpresse, und manches andere mehr. Es gäbe keine Zeitungen, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt würden, und so weiter und so fort. Dazu mögen Vertreter der SPD-Fraktion hier noch Stellung nehmen. Ich habe leider diese Erklärung gestern in der Presse nicht entdeckt.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das ist aber der Presse zugegangen!)

Ich bin noch nicht fertig, Frau Landwehr!

Der FDP-Fraktion ist selbstverständlich der Unterschied zwischen einer Schulzeitung und einer Schülerzeitung bekannt. Im staatlichen Haushalt in der Stadtbürgerschaft stehen unter „Schülermitgestaltung": 13 000 DM jeweils für die Jahre 1970 und 1971, davon 8 200 DM für Schulzeitungen. Dieser Unterschied ist uns durchaus bekannt.

Ich muß Sie jetzt aber auf Forderungen der Gesamtschülervertretung an die Bürgerschaft, die sie im Frühjahr aufgestellt hat, und zwar für die neu Ende dieses Jahres zu beschließenden Haushaltspläne für die kommenden beiden Jahre, informieren. Die Gesamtsumme beläuft sich da auf einen Betrag von 258 588,30 DM. Immerhin eine stolze Summe! Das ist über eine Viertelmillion DM. Für das Organ der Gesamtschülervertretung wird eine sechsmalige Erscheinungsweise pro Jahr gefordert. Das macht pro Jahr 12 000 DM, für zwei Jahre 24 000 DM. Soweit die Forderungen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Forderungen!)

Ja, ich habe ausdrücklich gesagt Forderungen, Frau Landwehr! Sie brauchen eigentlich nur zuzuhören, dann ist die Sache klar. Ich habe ja nicht davon gesprochen, daß dieses Haus das schon beschlossen hat. Ich glaube, ich habe mich klar und eindeutig ausgedrückt. Ich weiß auch gar nicht, weshalb Sie so nervös sind!

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ich bin ja nicht nervös! — Abg. Ströh [SPD]: Da spricht ein Mini-Barzel!)

Aber, Herr Kollege Ströh, da Sie sich freiwillig aus diesem Hause zurückziehen, möchte ich zum Abschied, da Sie ja Gründe hatten, die in Bremen hinreichend bekannt sind, auf diese Äußerung „Mini-Barzel" nicht weiter eingehen.

(Abg. Kähler [SPD]: Hoffentlich kommen Sie auch nicht wieder!)

Ich kann Ihnen dieses leider nicht versprechen, Herr Kollege! Aber „Hoffen und Harren"! Weiter darf ich dieses Zitat nicht führen, weil ich sonst gegen die Geschäftsordnung verstoßen würde.

Meine Damen und Herren, in diesem Beschluß 1571 „Stellung des ‚David' " — ich darf noch einmal mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren — heißt es: Finanzen! Die nächste Ausgabe ist mit — das ist also vom 28. März 1971 — 1500 DM gedeckt, so daß die Auflage auf zirka 18 000 erhöht werden kann. Es steht außerdem eine große Anzeigenaktion bevor, die in den Osterferien gestartet wird. Daraus muß ich also entnehmen, daß man aus den Mitteln, die der Gesamtschülervertretung zustehen, und zwar aus öffentlichen Mitteln, durchaus eine solche Sache machen kann. Das bekommt man dann hinterher über eine Anzeigenaktion wieder herein. Die Qualität und das Aussehen dieser Anzeigen können Sie sich dann in dieser Zeitung der Gesamtschülervertretung ansehen. Ich habe Sie ja schon darüber informiert.

Ich meine, da es sich um das Organ der Gesamtschülervertretung handelt, ist das eine Angelegenheit, die das Parlament angeht, und die sollte hier behandelt werden. Sie geht alle demokratischen Parteien an, denn hier wird — die Auffassung wird von den Eltern und von den nichtsozialistisch und nichtkommunistisch eingestellten Schülern der Bremer Schulen in großem Maße geteilt, ähnlich wie auf dem Gebiet des Hochschulwesens, denken Sie an

Spartakus und andere Dinge — versucht, auf ideologischer Ebene die Revolution von oben vorzubereiten.

Der eine mag sagen: Das ist alles nicht so schlimm! Ich betrachte dies als eine langfristige, konsequent angesetzte Aktion, der wir durchaus unsere Aufmerksamkeit zu widmen haben. Ich darf das für die FDP-Fraktion hier mit allem Nachdruck erklären: Wir werden diesen Dingen, das sehen Sie ja auch aus unserem Antrag, nicht tatenlos zusehen.

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen dazu jetzt noch folgendes sagen: Ich wundere mich eigentlich, daß man versucht, in der SPD-Fraktion diese Dinge zu verharmlosen, und damit komme ich noch einmal auf die Stellungnahme zu Radio Bremen zurück. Denn aus dem, was ich hier vorgetragen habe, geht doch ganz klar hervor, wohin die Reise gehen soll.

(Abg. Sonntag [SPD]: Sie haben gesagt, Sie vermuten!)

Aber, Herr Kollege, wenn ich Ihnen hier meine Auffassungen mitteile und ich sage, ich vermute dieses und jenes, und beobachte Dinge genau, die Sie nicht beobachten, was ich sehr bedaure, dann halte ich es immer noch dringend für erforderlich, daß Demokraten, welcher Partei sie auch angehören mögen, sich gemeinsam an einen Tisch setzen, um über Maßnahmen zu beschließen, um dem Ansturm von Links- und Rechtsradikalen entgegenzutreten. Die Erfahrungen in Deutschland auf diesem Gebiet während des „tausendjährigen" Reiches und die Erfahrungen in der DDR sind ja hinreichend bekannt. Ich brauche mich hier nur auf Deutschland zu beschränken.

Ich möchte Sie deshalb, meine Damen und Herren, da wir uns ja auch in den Haushaltsberatungen mit diesen Dingen wieder auseinanderzusetzen haben, und, wie ich gehört habe, sich die Schuldeputation mit Forderungen von dieser Seite befaßt hat, sie aber zu einem Teil zusammengestrichen hat, bitten, unseren Antrag zuzustimmen. Diese Dinge müssen immerhin von uns im Auge behalten werden!

Ich möchte zusammenfassen: Die FDP-Fraktion ist der Meinung, daß es unerträglich ist, daß das Organ der Gesamtschülervertretung Bremen zum Parteiorgan der Deutschen Kommunistischen Partei wird!

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort die Abgeordnete Frau Landwehr.

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus den Richtlinien über Schülerzeitungen zitieren, den Richtlinien für Schülerzeitungen und Schulzeitungen im Land Bremen, abgestimmt mit dem Zentralelternbeirat und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, und zur Kenntnis genommen von der Deputation für allgemeinbildende Schulen im Jahr 1968:

(Zuruf des Abg. John [FDP])

Herr John, Sie sind ja Lehrer!

„Schülerzeitungen sind periodische Druckschriften, die von Schülern einer oder mehrerer Schulen für Schüler gestaltet und herausgegeben werden, aber nicht der Verantwortung einer Schule und ihrer Leitung unterliegen. Die Herausgabe einer Schülerzeitung ist keine Schulveranstaltung.

(Abg. John [FDP]: Das wissen wir auch!)

Für die Schülerzeitungen gelten die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit innerhalb der allgemeinen Gesetze. Dementsprechend trifft ihre Herausgeber und Redakteure, deren Namen und Schulen im Impressum erscheinen müssen, die allgemeine, insbesondere die presserechtliche Verantwortung auch für anonym erscheinende Artikel. Für Verbindlichkeiten aus Rechtsgeschäften haften die Herausgeber. Verletzen die Herausgeber oder Redakteure die Rechte anderer, haften unter Umständen auch ihre Erziehungsberechtigten. Schülerzeitungen dürfen in jeder Schule verteilt werden."

Schulzeitungen: „Eine Schulzeitung ist eine Zeitung, die für eine bestimmte Schule unter der Verantwortung des Schulleiters herausgegeben wird."

(Abg. John [FDP]: Das wußten wir, Frau Landwehr!)

Ich wollte es nur für die Allgemeinheit noch einmal zur Kenntnis geben. Daß Sie es als Lehrer wissen müssen, ist mir klar. Sie müßten ja die Richtlinien kennen. Aber ich wollte es der Allgemeinheit noch einmal bekanntgeben.

(Zuruf des Abg. John [FDP])

Herr John, ich habe Sie ja auch angehört! Sie haben vorhin gesagt, ich sei nervös. Ich bin absolut nicht nervös!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Er kann doch nicht anders, er ist doch rechthaberisch!)

Die Schülerzeitung „David" hat mehrfach beim Senator für das Bildungswesen den Antrag auf Unterstützung mit öffentlichen Mitteln gestellt. Jeder dieser Anträge ist von der Schulverwaltung abgelehnt worden.

(Abg. Ströh [SPD]: Hört, hört!)

Es ist nachweisbar — und ich habe mir die Mühe gemacht und es zusammenstellen lassen —, welche Schulzeitungen den Betrag von 8000 DM, aufgeteilt auf 150 öffentliche Schulen, erhalten haben. Es sind alles nur kleine Beträge von 200 oder 300 DM. Der „David" hat niemals einen Zuschuß bekommen.

(Zurufe von der SPD: Hört, hört! — Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Aber die Schülervertretung!)

Dieses aber ist dem Herrn Fraktionsvorsitzenden der FDP sehr wohl bekannt, denn, siehe da — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Kollegin Landwehr, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten John zu beantworten?

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Im Augenblick nicht, Herr Präsident, ich möchte zunächst diesen Punkt abschließen!

Anfang August dieses Jahres hat der Herr Senator für das Bildungswesen dem Fraktionsvorsitzenden der FDP-Bürgerschaftsfraktion, Herrn Harry John, einen Brief geschrieben. Unter Ziffer 3 steht in diesem Brief: „Die Gesamtschülervertretung ist mit Schreiben vom 2. 7. 1971 darauf hingewiesen worden, daß Veröffentlichungen, wie zum Beispiel die nicht als Anzeige gekennzeichnete Werbung für die DKP, unzulässig sind. Im übrigen wird die Schülerzeitung „David" nicht mit Haushaltsmitteln des Senators für das Bildungswesen finanziert. Mehrere Anträge der Gesamtschülervertretung, die Schülerzeitung aus Haushaltsmitteln zu finanzieren, sind abgelehnt worden."

Das ist ein Zitat aus einem Schreiben des Senators für das Bildungswesen an den Vorsitzenden der FDP-Fraktion. Alle diese Dinge waren also Herrn John bekannt!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Landwehr, sind Sie jetzt bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten John anzunehmen?

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Ja, bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr John!

Abg. **John** (FDP): Würden Sie, sehr geehrte Frau Landwehr, wenn Sie diesen Brief schon zitieren, auch sagen, daß es ein Antwortbrief des Herrn Senators an mich war, weil nämlich inzwischen ein weiterer Vater an mich geschrieben und ich ihm gesagt hatte, ich würde mich noch einmal an den Senator für das Bildungswesen wenden?

(Abg. Ströh [SPD]: Was hat das damit zu tun?)

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Herr John, daß das ein Antwortbrief war, ist mir klar, das geht ja aus dem Brief hervor!

(Abg. John [FDP]: Das müssen Sie aber auch sagen!)

Daß Sie vorher geschrieben haben mußten, kann ich mir wohl erklären, denn sonst hätten Sie ja den Brief nicht bekommen.

(Abg. John [FDP]: Das hätten Sie sagen müssen!)

Das ist doch ganz klar!

(Abg. John [FDP]: Ich habe auch schon Briefe bekommen, ohne daß ich vorher geschrieben habe!)

Ja, sicher, Herr John!

Aber eines möchte ich noch zum Abschluß meiner Ausführungen sagen. Ich will mich bemühen, mich kurz zu fassen. Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich noch einmal feststellen: Sicher, Herr John, ich glaube, mir brauchen Sie in bezug zu Ihrer Einstellung zur DKP nichts zu sagen. Ich möchte aber hier feststellen, die DKP ist nicht verboten, genausowenig wie die NPD verboten ist.

(Abg. Brouwer [NPD]: Das ist doch wohl ein Unterschied!)

Es ist die DKP und auch die NPD nicht verboten, obwohl es mir persönlich nicht ganz symphatisch ist und Ihnen ja nun sehr unsympathisch ist.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Das beruht auf Gegenseitigkeit! — Abg. John [FDP]: Sie haben völlig recht!)

Aber noch leben wir in einer Demokratie, und beide extremen Parteien sind nicht verboten. Den demokratischen Kräften bleibt es überlassen, zu beweisen, daß sie die besseren Ideen haben.

(Abg. John [FDP]: Da stimme ich mit Ihnen überein!)

Ich bin überzeugt, daß die Sozialdemokratie es für ihren Bereich und für ihre Wählerschichten immer noch geschafft hat. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Spies.

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wohl bei den Vorrednern bereits klar geworden, daß wir zwei unterschiedliche Formen von Zeitungen in den Schulen haben: die Schulzeitungen und die Schülerzeitungen. Im Rahmen dieser Debatte stehen nur Schülerzeitungen an, und ich persönlich möchte, wie auch Herr John und im wesentlichen auch Frau Landwehr, mich vor allen Dingen mit dem „David" befassen, der nämlich die Zeitung ist, die sich nennt: Organ der Gesamtschülervertretung Bremen. Und somit ist es die einzige Zeitung, die auch in finanzieller Hinsicht Unterstützung vom Staat bekommt.

(Abg. Fischer [CDU]: Sehr richtig!)

Wir können von mehreren Tatsachen ausgehen: Erste Tatsache ist, daß diese Gesamtschülervertretung in einem Raum des Hauses des Senators für das Bildungswesen diese Gedanken zusammenstellt. Auch das, meine Damen und Herren, ist schon eine finanzielle Unterstützung, wenn man ihnen die

Möglichkeit gibt, überhaupt Material zusammenzustellen und so weiter.

(Beifall bei CDU und NPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Da hat Frau Spiel völlig recht!)

Die zweite Tatsache ist, daß im „David" ganz eindeutig Kräfte wirken und zu Wort kommen, die, wie es im Antrag heißt, „direkten oder indirekten Einfluß von Kräften unterliegen, die das Ziel haben, die parlamentarische Demokratie und den freiheitlichen Rechtsstaat zu unterdrücken und umzuformen."

Tatsache ist ferner — und das wurde eben durch die Ausführungen von Frau Landwehr bestätigt —, daß der Senator für das Bildungswesen auf dem Standpunkt steht, auf diese Zeitung keinen Einfluß nehmen zu können, weil er einmal nicht direkt gezielt Geld für diese Zeitung gibt, und weil zweitens die Schülerzeitungen völlig unter die Pressefreiheit fallen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Aber sie wird in seinem Hause gefertigt!)

Es ist außerdem Tatsache — und das hat Frau Landwehr schon gesagt —, daß durchaus eine Verfügung vorliegt über diese Schülerzeitungen. Frau Landwehr hat daraus zitiert, gestatten Sie mir, Herr Präsident, daß ich noch etwas einfüge. Die Ausführungen über die Schülerzeitungen wiederhole ich nicht. Sie haben aber auch den Satz genannt: „Dementsprechend trifft ihre Herausgeber und Redakteure, deren Namen und Schulen im Impressum stehen müssen, die Verantwortung." Dazu: Im Impressum der Schülerzeitung steht keine Schule.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Kann ja auch nicht!)

Es hat auch manches Mal ein Impressum überhaupt nicht vorgelegen. Aber inzwischen ist ein Impressum drin, die Schule, vorgeschrieben in den Verfügungen, ist nicht genannt.

Etwas später unter Punkt drei steht: „Ein Exemplar jeder Zeitung ist vor der Verbreitung dem Schulleiter zur Kenntnisnahme zuzuleiten. Der Schulleiter kann im Einzelfall die Verbreitung in seiner Schule verbieten und die Zeitung einziehen, wenn er überzeugt ist, daß der Inhalt der Zeitung gesetzliche Bestimmungen verletzt oder" — und das ist besonders wichtig — „den verfassungsmäßigen Erziehungsauftrag der Schule gefährdet."

Meine Damen und Herren, diese Verfügung ist 1968 entstanden, in einer Zeit, als die Schüler noch Schüler waren und als Schüler handelten und sich an solche Dinge hielten.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sind es heute keine Schüler mehr?)

Heute ist die Sachlage völlig anders. Heute ist es so, daß kein Schüler, da er ja auch nie darauf aufmerksam gemacht wird, weder vom Senator für das Bildungswesen und den entsprechenden Beamten, noch von den Schulleitern, diese Verfügung einhält. Die Schulleiter bekommen die Zeitungen nicht mehr. Wir haben selbst in der Deputation den Antrag gestellt, die Sprecher der Deputationen möchten zumindest diese Sachen vorgelegt bekommen. Wir bekommen sie auch nicht!

(Abg. John [FDP]: Hört, hört!)

Die Schulleiter sehen plötzlich, daß eine Gruppe von Schülern erscheint, die diese Dinge verteilt.

Beim letzten Mal der Verteilung des „David" war es so, daß die Zeitung während der Schulzeit durch Schüler verteilt wurde. Auf die Frage: „Habt ihr denn eigentlich schulfrei?", wurde die Antwort gegeben: „Wir sind aus Hamburg, und in Hamburg sind schon Ferien."

Diese Bestimmungen sind derartig unterlaufen, daß ich den Senator nur auffordern kann, sie entweder den Gegebenheiten anzupassen, indem er sie neu formuliert, oder sie ganz aufzuheben, denn so ist es nun wirklich keine Verordnung mehr, an die man sich halten kann. Wenn sie aber da ist, sehe ich nicht ein, wieso der Senator sagen kann, ich kann auf die Dinge keinen Einfluß nehmen. An Hand dieser Verfügung wäre das zumidest möglich.

Der Inhalt! Was ist denn nun der Inhalt des „David"? Da ist längst nicht alles politisch, wie Sie das vielleicht eben aus den Ausführungen entnommen haben. Da ist zum Beispiel in einer Nummer des „David" berichtet worden über die neue Ordnun der GSV, eine Sache, die durchaus in eine Schülerzeitung gehört. In der gleichen Nummer standen allerdings unqualifizierte Angriffe auf einen Lehrer, der, im Unterschied zum Impressum, namentlich genannt wurde, dessen Schule genannt wurde.

Wir sollten hier im Parlament einmal einen Angriff namentlich mit Schulbezeichnung auf einen Lehrer starten, der Herr Senator würde sich mit Recht sofort voll und ganz vor diesen Kollegen stellen! Aber in der Schülerzeitung ist das selbstverständlich ohne Erwiderung möglich.

Da finden wir in einer Nummer die Besprechung des neuen Mogelparagraphen. Das gehört auch in eine Schülerzeitung. Ich habe mich nur köstlich amüsiert, daß zu dieser Besprechung gleich das Konzept mitgeliefert wurde, wie man die „Sechs" nun ausmerzen kann, nämlich der Aufruf: Mogelt nicht mehr, verweigert keine Arbeit, sondern macht einen Täuschungsversuch, dann bekommt ihr keine „Sechs", sondern die Arbeit wird nur nicht gerechnet.

Inzwischen ist, glaube ich, eine Zusatzverfügung herausgegeben worden. Dabei habe ich mich doch gefragt, für wie dumm halten eigentlich die Beamten der Behörde unsere Schüler, daß sie diese Lücken in den Verfügungen nicht entdecken.

Im „David" Nummer 3 ist ein Kommentar zu einer Direktorenkonferenz erschienen. Mir persönlich werden Sie ersparen, daß ich dazu Stellung nehme. Das habe ich nicht vor. Aber eines interessiert mich

doch, nämlich der Satz: „So gibt es denn auch schon ein oder zwei Direktoren, die am konservativ-patriarchalischen Charakter der Direktorenkonferenz Kritik üben, und einer boykottiert sie sogar." Ich möchte einmal wissen, woher bekommen die Schüler diese Informationen?

(Heiterkeit bei der SPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Vom Senator!)

Mir ist inzwischen bekannt, um welche Direktoren es sich handelt.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Wer ist denn das? Namen nennen, Schulen nennen!)

Ich denke gar nicht daran, sie zu nennen, ich nicht! Sollten die Herren selbst diese Information geben? Denn ich kann Ihnen versichern, daß ausgerechnet diese zu den sogenannten progressiven Lehrern gehören, die ja so sehr mit der Schülerschaft zusammenarbeiten und die das Wort, den Begriff Demokratisierung weit vor sich hertragen.

Aber, wie gesagt, das ist alles noch etwas, was wohl in eine Schülerzeitung gehört, zumindest ist es im wesentlichen unpolitisch. Alles andere — ich habe wirklich nichts anderes gefunden, was als unpolitisch zu beschreiben wäre — ist durchzogen von Begriffen wie Klassenkampf, Ausbeuterklasse, Kapitalismus, und wie es alles heißt, und schön durchwoben von Gedanken und Worten von Marx, Lenin, verbrämt mit maoistischem Gedankengut. Klar ist bei allen Artikeln nur das eine Ziel, nämlich die Beseitigung der parlamentarischen Demokratie. Diese linkspolitischen Parolen, ob nun in einer Schülerzeitung oder sonstwo, berieseln nun unsere Schüler, und der Senator für das Bildungswesen kann angeblich nichts dagegen tun!

Ich frage mich, hat denn der Senator für das Bildungswesen nicht die Verantwortung? Vertrauen denn die Eltern ihre Kinder nicht der Schule an, um sie erziehen zu lassen? Doch bestimmt nicht, um sie zur Staatsverneinung erziehen zu lassen!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Was hat denn das damit zu tun?)

Sie hätten das vielleicht einmal lesen sollen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Herr Böhrnsen, seien Sie einmal ruhig, Frau Spies spricht etwas ganz Erhebliches!)

Oder meint er, daß allein die Lehrer die Verantwortung dafür tragen? Was soll aber ein Lehrer tun, wenn diese Verordnungen unterlaufen werden, wenn er in dieser Weise vom Hause des Senators für das Bildungswesen keine Unterstützung bekommt? Wir haben ja deutlich genug gehört, daß die Schulen keine Schulordnung brauchen, wir haben ja eine Lose-Blatt-Sammlung, damit kommen sie aus. Oder glaubt man vielleicht, daß die Schüler verantwortlich sind?

Meine Damen und Herren, das kann man doch wohl nicht ernsthaft erwägen, daß die Schüler für solche Dinge die Verantwortung tragen. Wir müssen uns doch fragen: Welche Kräfte sind es, die unsere Schüler in dieser Form beeinflussen?

(Beifall bei der NPD)

Und das ist nach meiner Auffassung der Hauptpunkt in dem Antrag der FDP: Der Hinweis auf den direkten und indirekten Einfluß von politischen Kräften.

Gestern sprach der Herr Präsident des Senats mir aus dem Herzen

(Abg. Sonntag [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— einen Moment, Herr Sonntag! —, in der Fragestunde, als er auf den Gemeinschaftskundeunterricht hinwies und darauf, daß man dort auf das Wehrbewußtsein einwirken sollte. Ich möchte einmal fragen: Wer hat überhaupt eine Ahnung, wie dieser Gemeinschaftskundeunterricht jetzt vor sich geht? Glauben Sie ja nicht, daß in diesem Gemeinschaftskundeunterricht Fakten gelehrt werden, und das liegt nicht an den Lehrern! Ich möchte hier ausdrücklich betonen, daß die Gemeinschaftskundelehrer nichts an der Hand haben und daß sie manchmal vielleicht aus einem Drang der Modernisation, oder wie Sie es nennen wollen, viel den Schülern nachgeben. Abiturienten können wunderbar diskutieren über alles mögliche, aber von kommunalpolitischen Dingen haben sie keine Ahnung, das interessiert sie nicht. Fragen Sie mal, wie die Müllabfuhr funktioniert, das weiß kein Mensch. Die Abiturienten können — —

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Abgeordnete Spies, sind Sie jetzt bereit, eine Frage zu beantworten?

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Diesen einen Satz noch!

Abiturienten können Ihnen genau sagen, wer Ho Tschi Minh ist und wer Che Guevara ist, fragen Sie aber einmal die Abiturienten, wer der Bundespräsident ist, dann wird es schon schlecht, und wenn Sie fragen, wer denn wohl der Vertreter ist, dann passen sie allesamt. Das ist das Tragische!

(Glocke)

Ja, jetzt bin ich bereit!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Abgeordneter Sonntag!

Abg. **Sonntag** (SPD): Frau Kollegin Spies, sind Sie nicht der Meinung, daß Sie mit Ihren heutigen Anzeigen die Schüler nicht genauso berieseln, wie Sie heute hier versuchen, den Schülern Vorwürfe zu machen?

(Abg. Fischer [CDU]: Das war aber billig!)

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Darauf kann ich nicht antworten! Das ist keine Frage gewesen, die die Sache betrifft!

Leider muß ich auch feststellen, daß in den Bremer Schulen immer mehr Lehrer eigestellt werden, die selbst dieses Gedankengut an die Schüler heranbringen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Spies, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Frau Landwehr zu beantworten?

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Ja, selbstverständlich!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Landwehr!

Abg. Wilma **Landwehr** (SPD): Frau Spies, was halten Sie eigentilch von dem Einfluß der „Bild-Zeitung" auf die erwachsenen Menschen?

(Heiterkeit und Zurufe)

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Also, Frau Landwehr, ich halte nicht sehr viel davon, aber bei der „Bild-Zeitung ist es so, daß bestimmt der Senator für das Bildungswesen nicht verantwortlich gemacht werden kann.

(Beifall bei CDU und NPD — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Frau Spies, der Abgeordnete Ströh möchte eine weitere Zwischenfrage stellen, sind Sie bereit, diese anzunehmen?

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Frau Kollegin Spies, kann ich Ihre Antwort so verstehen, daß Sie den Bildungssenator auffordern, außerhalb der Legalität seiner Aufsichtspflicht nachzukommen?

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Verlangen Sie von mir, daß ich darauf eine Antwort gebe? Ich habe doch gerade erklärt, daß er dafür sorgen soll, daß seine eigenen Erlasse durchgeführt und eingehalten werden. Ist das außerhalb der Legalität?

Ich möchte aber folgendes sagen: Es ist tatsächlich so, daß auch dieses Gedankengut durch Lehrer an die Schüler herangetragen wird. Es ist auch kein Wunder, und ich komme da wieder auf das, was ich schon oft gesagt habe und was mir ganz besonders am Herzen liegt: Es ist eine Frage der Personalpolitik. Was sollen wir denn von Schülern erwarten, die von Lehrern geschult werden, von Einpaukern für Wehrdienstverweigerer, von Ostermarschierern und sonstigen linken Sektierern, die in leitende Stellen und besonders als Ausbilder der jungen Referendare am Studienseminar eingesetzt werden!

(Beifall bei der CDU und NPD)

Meine Damen und Herren, da muß doch so etwas herauskommen. Es wäre vielleicht wirklich lohnend, Herr Senator, bei einigen dieser Herren einmal zu überprüfen, wieweit ihr Verhalten überhaupt noch mit dem Beamteneid zu vereinbaren ist. Meiner Meinung nach ist also das A und O dieser Ausrichtung auch in der Schülerschaft, die ja von irgendwoher Nahrung bekommen muß, eine Auswirkung der Personalpolitik. Die Personalpolitik beziehungsweise die Ausbildung beginnt nicht erst mit der Errichtung der Universität. Es ist bei uns schon jetzt schleichend und wenig erkennbar genau das gleiche festzustellen! Aber es sind bestimmt noch andere Kräfte am Werk, die hier auf die Schüler einwirken. Darum legen wir besonderen Wert auf den Passus: Sagen Sie uns, welchem direkten und indirekten Einfluß diese Zeitungen unterliegen.

Das ist für meine Fraktion der Hauptpunkt zu diesem Antrag, und aus diesem Grund und um das zu erfahren, wird die Fraktion der CDU dem Antrag der FDP zustimmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Thape.

Senator für das Bildungswesen Thape: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben die Diskussion, die wir erwartet haben. Sie macht zum Teil den Ärger und die Hilflosigkeit deutlich, die einige auch in diesem Hause zu bestimmten Bewegungen der jüngeren Generation haben. Die Diskussion, aber auch einen Teil der Zwischenrufe, haben mit dem Antrag überhaupt nichts zu tun. Der Antrag ist gegenstandslos, denn er betrifft die Schülerzeitungen, und die Schülerzeitungen unterliegen nun nach allen Bestimmungen, die wir ja zum Teil mit der Deputation, zumindest in Beratung, erlassen haben, den allgemeinen Gesetzen und den Pressegesetzen, wie auch die periodischen Druckschriften.

Wer in diesem Haus der Meinung ist, daß beim „David", für den ja heute eine unheimliche Reklame gemacht worden ist — vorher kannte ihn noch keiner so genau,

(Beifall bei der SPD)

er wurde auch nicht besonders gelesen, damit das klar ist, aber jetzt wird er zumindest mit der nächsten Nummer beachtet werden, die übernächste wird dann schon nicht mehr so großes Interesse finden —, strafrechtliche Tatbestände vorliegen, der muß eben Anzeige erstatten! Das ist eine ganz einfache Sache.

Ich sehe als Senator für das Bildungswesen keine Möglichkeit, hier einzugreifen, genau so wenig wie ich die Möglichkeit habe, obwohl ich das manchmal gern tun würde, bei der „Deutschen Soldatenzeitung" oder beim „Bayern-Kurier" einzugreifen.

(Beifall bei der SPD)

Hier wird doch der Versuch gemacht, den Eindruck zu erwecken, als billige man den Inhalt dieses Blattes, wenn man sagt, man kann strafrechtlich

nicht einschreiten. Das sind doch zwei völlig getrennte Tatbestände.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Und wer das nicht mag, der soll in aller Offenheit feststellen, daß er für Zensur oder aber für schärfere Gesetze ist, die ein Eingreifen von Behörden oder anderen Stellen erzwingen.

(Zurufe von der CDU)

Die Gesamtschülervertretung kann die Zeitung benennen, wie sie will. Es ist eine periodische Druckschrift, die für Schüler herausgegeben wird, und die nicht der Verantwortung des Senators für das Bildungswesen unterliegt. Und wo die Gedanken nun erzeugt werden, ob bei mir im Flur im Dienstgebäude oder auf der Straße oder in einer Schule, in einer Wohnung oder sonst irgendwo, das kann ich natürlich nicht nachprüfen, das kann keiner nachprüfen.

Aber es gibt kein Geld dafür, kein Geld für diese Zeitung, und es gibt keinen Pfennig für Schülerzeitungen. Die Schulleiter sind angewiesen, das Verteilen dieser Zeitungen in der Schule zu verhindern, wenn nicht vorher ein Exemplar vorgelegt worden ist, damit man überschauen kann, was da verteilt worden ist. Wir können allerdings nicht verhindern, daß eine gleiche Zeitung, die vorher vom Schulleiter zurückgewiesen worden ist, dann auf der Straße verteilt wird und die Schüler sie mit in die Schule nehmen.

Das ist doch Bestandteil unserer Auseinandersetzung in dieser Gesellschaft. In der DDR, in Portugal oder Spanien ist das natürlich einfacher, das weiß ich,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Sie müssen das ja wissen!)

da kann man einfach mit Hilfe von Staatsgewalt und Staatsautorität jede Diskussion verhindern, wenigstens in der Öffentlichkeit, nicht jedoch außerhalb dieser Öffentlichkeit. Also das ist etwas anderes!

Wir haben sehr bewußt diesen Rahmen abgesteckt, wir haben auch gesagt, obwohl wir sehr deswegen angegriffen worden sind, nicht nur von Schülern, sondern auch zum Teil von Lehrern, bei den Schulzeitungen behalten wir uns das letzte Wort vor. Zwar mit möglichst breiter Diskussion und nicht mit Kleinlichkeit — auch wenn mal ein dummes Wort oder ein dummer Angriff drinsteht, dann sollte er eigentlich drin stehenbleiben, wir sind souverän genug —, aber wir müssen uns das letzte Wort einfach aus der Verantwortung gegenüber der Elternschaft, der Schülerschaft, gegenüber der Gesellschaft vorbehalten, hier noch einzuschreiten.

Das geschieht auch! Da gibt es die Kontakt- und Vertrauenslehrer, und die Sache ist bisher auch sehr gut gelaufen. Diese Trennung von Schulzeitung und Schülerzeitung hat dazu geführt, daß eine Normalisierung eingetreten ist, und dieser ewige Kampf, dieser ewige Versuch, wie weit kann man gehen, kann man nicht den einen oder anderen noch ein bißchen mehr ärgern, daß er also praktisch seit einigen Jahren nicht mehr zum Gegenstand der Diskussion gehört.

Wir wollen doch die Zeit von 1967, 1968, 1969 nicht vergessen, wo auch in diesem Hause diskutiert wurde, wo aber auch mancher Angriff kam gegen die Schulverwaltung, und wo es hieß, können wir nicht die Sache etwas politischer, etwas vernünftiger, etwas weicher behandeln, dann wird das alles nicht mehr so interessant, als wenn wir mit dem Besen dazwischengehen!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Spies zu beantworten?

Senator Thape: Ja, natürlich!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Frau Spies!

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, als Sie eben von den Verbindungslehrern sprachen, darf ich Sie dann darauf hinweisen, daß dann bei den Schülerzeitungen in der Verfügung steht — —

Senator Thape: Gnädige Frau, ich habe gar nichts von Schülerzeitungen gesagt, ich habe von Schulzeitungen gesprochen.

Abg. Hannelore **Spies** (CDU): Ja, wir sprechen ja von Schülerzeitungen.

Senator Thape: Ja, Frau Spies, ich unterscheide im Gegensatz zu Ihrem Diskussionsbeitrag sehr ernsthaft zwischen Schülerzeitungen und Schulzeitungen. Sie haben gesagt, die Schulen erhalten überhaupt keine Hilfe. Diesen Ausspruch muß ich mit aller Schärfe zurückweisen. Die Schulen erhalten von der Schulverwaltung, von der Schulbehörde, von den Schulräten, aber auch von mir jede Hilfe. Allerdings, eines muß man auch feststellen: Nicht durch Erlaß, und nicht durch ein Eingreifen des Bildungssenators können wir die Probleme dieser Gesellschaft, die jetzt auch in die Schule hineinragen und in die Schule hineingehen, nicht fernhalten, das ist selbstverständlich. Wir können doch keinen Kindergarten mit Stacheldraht abzäunen und sagen, hier drin passiert überhaupt nichts. Das ist doch das Hauptproblem. Was Sie hier dargestellt haben, Frau Spies, hat mit dem Antrag überhaupt nichts zu tun! Das sind Ihre Diskussionsbeiträge aus der Deputation, die kennen wir nun alle schon seit Jahren.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Ihre Beiträge kennen wir seit Jahren zum Überdruß!)

Ja, Ihre auch, aber die werden wir ab 10. Oktober nicht mehr zu hören brauchen, Herr Vorsatz.

(Starker Beifall bei der SPD)

Gerade Sie haben hier durch Zwischenrufe sehr oft zum Ausdruck gebracht, daß der eine oder andere

Abgeordnete nicht wiederkommt, Sie haben dabei vergessen, daß Sie nicht wiederkommen werden.

(Erneuter Beifall bei der SPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Darüber reden wir am 11. Oktober!)

Frau Spies, ich glaube, Ihre Darstellung ist auch die Darstellung einer Lehrerin, die mit bestimmten Entwicklungen nicht einverstanden ist, aber nicht genau weiß, wie sie diese Entwicklungen in den Griff bekommen soll.

(Zurufe von der CDU)

Doch, ich habe diesen Eindruck. Ich sage das jetzt ohne Spitze, wirklich ohne Spitze und ohne Polemik! Es ist ein Beitrag einer Lehrergeneration, die zum Teil von den jüngeren Generationen der Lehrerschaft selbst angegriffen wird, zum Teil aber versucht, bestimmte Dinge noch zu konservieren, die meines Erachtens nicht mehr zu konservieren sind.

(Beifall bei der SPD)

Das hat nichts zu tun mit Staatsverneinung, das hat nichts zu tun mit Angriffen gegen die Demokratie, im Gegenteil, erst in dieser Auseinandersetzung beweist es sich, und Frau Landwehr hat es gesagt, und ich bin der festen Überzeugung, daß die demokratische Staatsform in all ihren Breiten und Bereichen die sichere Grundlage ist, auch in der Auseinandersetzung in der Schülerschaft, wenn die Bremse oder die Grenze, die wir natürlich zu setzen haben, und die setzen wir auch, nicht zu eng gezogen wird. Hier muß ein Bereich auch der eigenen Entfaltung sein.

Nun haben Sie gesagt, der Gemeinschaftskundelehrer hat überhaupt keine Hilfe. Das stimmt nicht! Hier wird das Bild eines Lehrers entworfen, der völlig alleingelassen in der Welt steht und einer gefräßigen Schülerschaft ausgeliefert ist. So ist es nun wirklich nicht!

(Abg. John [FDP]: Wenn Sie das noch nicht sehen, dann können wir Ihnen nicht helfen!)

Hier werden nicht nur von meinem Hause aus die entsprechenden Hilfen gegeben, sondern ich darf vielleicht in aller Bescheidenheit darauf aufmerksam machen, daß eine Fülle von Kursen stattfindet, die wir unterstützen, auch gerade für Lehrer dieses Bereichs, und daß wir ja auch eine Landeszentrale für politische Bildung haben, die gerade in bezug auf die Tätigkeit der Lehrer in diesen Bereichen ganz entscheidende Hilfe gibt.

Ich möchte das also eindeutig zurückweisen. Hier wird der Versuch gemacht, bestimmte Dinge zu vermischen, die nicht zu vermischen sind, und es wird versucht, das Ganze, das wir auch bei der Universität erleben, so darzustellen, als sei hier eine Bewegung im Gange, die uns morgen oder übermorgen hinwegfegt. Das ist nicht der Fall! Wir erleben auch in der Schule eine gesellschaftspolitische Diskussion, der sich der Bürger nicht mehr entziehen kann.

Noch eines darf ich gleich sagen: Die Kinder, die „Rebellen" sind, kommen nicht aus der Seite dieses Hauses, sondern aus der Gruppe des Bürgertums,

(Starker Beifall bei der SPD)

die nämlich gegen ihre Eltern auftreten und gegen ihre Eltern rebellieren, und die nach außen hin so tun, als rebellierten sie gegen diesen Staat, und in Wirklichkeit rebellieren sie nur gegen ihr Elternhaus.

(Erneuter starker Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

(Abg. Franke [SPD]: Ich ziehe zurück!)

Der Abgeordnete Franke zieht zurück.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete John.

(Zuruf von der SPD: Zieht zurück! — Abg. John [FDP]: Nein, er zieht nicht zurück!)

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte einige Fragen an den Herrn Bildungssenator stellen, die er vielleicht dann ja diesem Hause noch beantworten kann.

(Abg. Klemmer [SPD]: Erstens!)

Erstens, ist denn eigentlich sichergestellt, Herr Senator, daß keine Haushaltsmittel, die dieses Haus, die Bremische Bürgerschaft, zur Verfügung stellt für die GSV insgesamt, für den „David" benutzt werden, praktisch also mißbraucht werden für einseitige politische Propaganda?

(Senator Thape: Das ist sichergestellt!)

Ja, es kommen noch einige weitere Fragen.

(Abg. Klemmer [SPD]: Die zweite Frage!)

Und zweitens, wird denn die Rechnungslegung der GSV eigentlich so überprüft, daß Haushaltsmittel nun mit Sicherheit nicht für den „David" abgezweigt werden, und zwar kann man ja auch so etwas sehr gut tarnen. Ist das durch die Rechnungslegung zu beweisen?

Und lassen Sie mich noch ein Wort sagen zu den zugelassenen Parteien.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Herr John, es gibt überhaupt keine zugelassenen Parteien in der Bundesrepublik!)

Selbstverständlich gibt es eine Reihe verschiedener zugelassener Parteien, was allerdings noch gar nichts besagt darüber, ob sie sich diesem demokratischen Staat verpflichtet fühlen oder nicht. Ja, Sie haben insofern recht, Herr Kollege Vorsatz, das ist ein historischer Vergleich jetzt, Ihre Partei brauchte

nicht mehr zugelassen zu werden, weil das Besatzungsrecht gar nicht mehr galt.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Es gibt verbotene und nicht verbotene!)

Die anderen Parteien, die seit 1945/46 bestehen, mußten damals noch von den Besatzungsmächten zugelassen werden. An sich regelt das sich jetzt ja nach dem Vereinsrecht. Verbotene und nicht verbotene Parteien ist die präzisere Formulierung. Ich glaube, in diesem Punkt stimmen wir dann also überein.

Ich habe noch eine weitere Frage, Herr Senator Thape: Wie gedenkt die Landesregierung denn nun eigentlich sicherzustellen, daß die Genehmigung, solche einseitig ausgerichteten Zeitungen in den Schulen zu verteilen — von der Straße haben Sie vorhin gesprochen, dazu braucht man keine Genehmigung, das ist klar —, nun auch bei Ihnen eingeholt wird? Denn das gehört ja in diesen Zusammenhang, wenn ich richtig unterrichtet bin,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Die stellen sich draußen hin!)

unter anderem zu Ihren Aufgaben.

Ich glaube, auf den Vergleich mit der „Deutschen Soldatenzeitung", die von der FDP-Fraktion nun keineswegs gefördert wird, Herr Senator, brauche ich hier nicht einzugehen, und Sie kennen die DDR genauso gut wie ich, und was in Portugal und Spanien los ist, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten.

Nur, die Schlußfolgerungen, die Sie ziehen, Sie und Ihre Kollegen aus der SPD-Fraktion, die scheinen mir allerdings nicht so zu sein, wie das nach meinem Dafürhalten aussehen müßte. Hier ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß versucht wird, ein offizielles Organ der Gesamtschülervertretung zu mißbrauchen unter dem Siegel der Pressefreiheit, dem Recht der Pressefreiheit, wie es im Grundgesetz steht, um damit politische Propaganda zu treiben. Wenn das — ich wiederhole das noch einmal, was ich vorhin sagte — eine Zeitung des Sozialistischen Schülerbundes wäre, dann brauchte man sich darüber nicht zu unterhalten. Hier handelt es sich um das Organ der Gesamtschülervertretung.

Und da hier vorhin so viel von Wahlkampf geredet wurde, möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, und Ihnen, Herr Senator Thape, eine in der „FAZ" von gestern nachzulesende, veröffentlichte Umfrage des Infas-Instituts, das Ihnen nicht fern steht, kurz zur Kenntnis geben. Dort heißt es unter der Überschrift — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —: „SPD-Stammwähler lehnen Jungsozialisten ab!": Umfrage unter Münchenern! Und was in München los ist zwischen SPD und Jungsozialisten, das können Sie ja jeden zweiten Tag in der Zeitung lesen. Es geht also weiter: „Würde sich die SPD in ihrer Politik mehr und mehr den Vorstellungen der Jungsozialisten nähern, so verlöre sie einen großen Teil ihrer Stammwähler. Dies hat ein vom Godesberger Institut für angewandte Sozialwissenschaft „Infas" durchgeführte Befragung von etwa 800 Münchener Bürgern ergeben, die einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung darstellen". Für 51 Prozent von ihnen ist eine an den Juso-Vorstellungen orientierte SPD nicht wählbar — und die Nachbarschaft der Jusos oder gewisser Kreise der Jusos, zu dem, was hier in dieser Zeitung steht, ist ja nun wohl nicht zu verkennen —, während nur 24 Prozent auch eine nach links gerückte SPD wählen würden. Und so geht es dann weiter.

Vielleicht, wenn hier schon von diesem Podium aus über Wahlkampf gesprochen wird, sollte man Ihnen, meine Damen und Herren, so meine ich, diese Dinge nicht vorenthalten. Vielleicht denken Sie darüber nach bei Ihrer Beschlußfassung über diesen Antrag.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU, FDP und NPD — Es erscheinen noch einige Abgeordnete der SPD im Plenarsaal)

Wir sind in der Abstimmung!

(Abg. Fischer [CDU]: Es sind noch zwei dazugekommen! — Starke Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns in der Abstimmung! Ich bitte durchzuzählen!

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Einige sind eben erst reingekommen! — Zurufe von der CDU — Weiterhin starke Unruhe)

43 Ja-Stimmen! — Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD — Zuruf von der CDU: Herr Böhrnsen ist auch später gekommen! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Diese Feststellung überlassen Sie gefälligst anderen!)

43 dagegen! Der Antrag ist abgelehnt!

(Abg. Fichtner [NPD]: Schiebung!)

Meine Damen und Herren, ist der Zwischenruf, der gerade gemacht wurde, ein ernsthafter Beitrag gewesen?

(Abg. Friedrichs [CDU]: Wenn Herr Götze mitgezählt worden ist, dann stimmt es nicht!)

Herr Abgeordneter Götze ist nicht mitgezählt! Meine Damen und Herren, das Präsidium hat ordnungsgemäß ausgezählt. Wir sind zu dem übereinstimmenden Ergebnis gekommen einschließlich des Schriftführers, daß die Abgeordneten, die später

hereingekommen sind, nicht mitgezählt wurden. Es waren dagegen 41, plus hier oben im Präsidium 2, das sind 43. Das heißt 43 gegen 43! Eine Mehrheit ist nicht zustande gekommen, der Antrag ist abgelehnt.

(Abg. Friedrichs [CDU]: Dann wäre es zur Klarstellung besser gewesen, alle rauszuschicken und dann zu zählen!)

Herr Abgeordneter Friedrichs, wir haben leider nicht das Instrument des Hammelsprungs.

Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Antrag (Entschließung): Äußerungen des Gründungsrektors der Universität Bremen, Dr. von der Vring (Drucksachenabteilung II Nr. 586)

Ich bitte jetzt die Abgeordneten, die draußen sind, reinzukommen, damit kein Mißverständnis aufkommt!

Der vorliegende Entschließungsantrag ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Dr. Sieling und CDU-Fraktion. Er hat damit die nach Paragraph 30 der Geschäftsordnung erforderliche Unterstützung.

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt den Vergleich, den der Gründungsrektor der Universität in Bremen, Dr. Thomas von der Vring, in der „Frankfurter Rundschau" vom 2. September 1971 in bezug auf eine künftige CDU-Regierung in Bremen wie folgt wörtlich äußerte:

„Das wäre für die Universität, was der Einmarsch der Russen für die CSSR war. Da müßte ich dann den Husak spielen."

Gemäß Paragraph 30 der Geschäftsordnung finden Abstimmungen über Entschließungen in der Regel ohne vorherige Aussprache statt.

Ich habe keinen Antrag auf Aussprache.

(Abg. Klein [CDU]: Wir beantragen Aussprache!)

Es wird Aussprache beantragt!

Sie haben den Antrag der CDU-Fraktion gehört. Wer dafür ist, daß wir über diesen Entschließungsantrag in eine Aussprache eintreten, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU, FDP und NPD)

45 Abgeordnete sind für eine Aussprache. — Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

50 Abgeordnete sind dagegen.

Der Antrag ist abgelehnt, es wird in keine Aussprache eingetreten.

(Abg. Fischer [CDU]: Das wird offenbar gefürchtet! — Abg. John [FDP]: Das glaube ich auch!)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Entschließungsantrag selbst.

Wer dem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU, FDP und NPD)

44 Abgeordnete dafür! — Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Sind Sie einverstanden, wenn ich feststelle, daß das die Mehrheit ist?

(Zurufe: Jawohl!)

Es sind 50 dagegen!

Damit ist der Entschließungsantrag abgelehnt.

Antrag: Maßnahmen des Senats wegen falscher eidesstattlicher Aussagen des Mitglieds des Gründungssenats für die Universität Bremen, Professor Dr. Wiethölter (Drucksachenabteilung II Nr. 568)

Antrag: Maßnahmen des Senats wegen möglicher Dienstpflichtverletzungen durch Bedienstete der Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nr. 569)

Dazu Herr Senator Thape, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Kreuser.

Die Bürgerschaft (Landtag) hat beschlossen, diese beiden Tagesordnungspunkte in der Beratung miteinander zu verbinden.

An den Vorstand der Bürgerschaft wurden Bedenken herangetragen, ob der Abgeordnete Dr. Graf gemäß Artikel 84 der Landesverfassung an der Beratung dieser Tagesordnungspunkte teilnehmen dürfe.

Meine Damen und Herren, ich habe mit Herrn Dr. Graf über den Sachverhalt gesprochen und dem Vorstand hierüber berichtet. Obgleich letzte Zweifel nicht ausgeräumt werden konnten, vertritt der Vorstand der Bürgerschaft aufgrund der ihm bekanntgewordenen Tatsachen den Standpunkt, daß die Bedenken nicht ausreichen, um Herrn Dr. Graf von der Teilnahme an der Beratung auszuschließen.

Sollten Herrn Dr. Graf weitere Tatsachen bekannt sein, die seinen Ausschluß von der Beratung nach Artikel 84 der Landesverfassung begründen könnten, so bittet ihn der Vorstand, den Plenarsaal zu verlassen.

Das, was ich verlesen habe, ist Beschluß des Vorstands der Bürgerschaft gewesen.

Beide Anträge sind unterzeichnet von dem Abgeordneten John und FDP-Fraktion.

Antrag Nummer 568:

„Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, feststellen zu lassen, in welchem Umfang das Mitglied des Gründungs-

senats für die Universität Bremen, Professor Dr. Wiethölter, falsche eidesstattliche Aussagen in dem von der Universität Bremen gegen den FDP-Landesvorsitzenden, Senator a. D. Dr. Graf, angestrengten Gerichtsverfahren vor dem Landgericht und dem Oberlandesgericht Bremen gemacht hat.

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft mitzuteilen, ob er Herrn Professor Dr. Wiethölter noch für geeignet hält, seine Arbeit im Gründungssenat für die Universität Bremen fortzusetzen."

Antrag Nummer 569:

„Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:
Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen seiner Rechtsaufsicht zu prüfen und der Bürgerschaft zu berichten, ob Bedienstete der Universität in dem Gerichtsverfahren gegen den FDP-Landesvorsitzenden, Senator a. D. Dr. Graf, Pflichtverletzungen begangen haben und ob gegebenenfalls Disziplinarverfahren eingeleitet werden müssen."

Ich eröffne nunmehr die Beratung über die Anträge 568 und 569.

Die Beratung ist eröfnnet.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete John.

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem ich hier gestern für die FDP-Fraktion ausgeführt habe, daß für uns Universitätsgebäude ideologieneutral sind, muß ich heute sagen, daß die Konzentration des wissenschaftlichen Personals, die sich in Bremen abzeichnet, allerdings in gar keiner Weise ideologisch neutral ist.

Lassen Sie mich nach dieser Vorbemerkung folgendes sagen: In den Ihnen vorliegenden Anträgen der FDP-Fraktion geht es um Maßnahmen der Landesregierung, die wir wegen der falschen eidesstattlichen Aussage des Mitglieds des Gründungssenats, Professor Dr. Wiethölter, in dem Verfahren der Universität Bremen gegen Herrn Senator a. D. Dr. Graf für erforderlich halten.

Im Antrag Nummer 569 fordern wir den Senat auf, zu prüfen und der Bürgerschaft zu berichten, ob Bedienstete der Universität Bremen im Zusammenhang mit diesem Gerichtsverfahren Pflichtverletzungen begangen haben und ob Disziplinarverfahren eingeleitet werden müßten.

Nun hat der Senat gestern zu diesen beiden Punkten dem Hause schriftlich mitgeteilt, daß er zur Zeit in dieser Sache nichts tun könne, da es sich um schwebende Verfahren handle. Wir sind der Auffassung, daß selbstverständlich dieses Haus oder ein Mitglied dieses Hauses, eine außenstehende Stelle also, nicht in ein Verfahren eingreifen kann. Wir stellen aber die Frage, ob, wie zum Beispiel in der Baulandaffäre, wenn schwerwiegende Vorwürfe erhoben werden, Persönlichkeiten, die in solche Dinge verwickelt sind, von ihrem Amt zu suspendieren sind, bis in einem Verfahren die Vorwürfe geklärt sind.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Das wäre an sich selbstverständlich!)

Für mich ist es eigentlich auch selbstverständlich, Herr Kollege Fischer, aber das ist die politische Frage, die wir in diesem Hause erörtern und die wir dem Senat stellen.

Nun, meine Damen und Herren, der Hintergrund dieser für die Universität und für Professor Wiethölter blamablen Tatsachen ist der Versuch des Gründungsrektors Dr. von der Vring, Abgeordnete daran zu hindern, ihre Meinung zu sagen. Seine Äußerungen aus allerletzter Zeit haben ihn ja erneut deutlich abqualifiziert. Die FDP-Fraktion hat zu dem, was sie selbst betrifft und was er im Zusammenhang mit seinem Amt als Gründungsrektor — das ist ja das Entscheidende — über diese Partei gesagt hat, bereits in der Presse Stellung genommen und hat diese Dinge zurückgewiesen. Aber dieser Gründungsrektor, meine Damen und Herren, früherer Juso-Funktionär, scheut sich nicht, gegen Abgeordnete dieses Hauses, die von der Bevölkerung gewählt sind, vorzugehen.

Ich habe schon ausgeführt, daß ich selber bereits im Frühjahr dieses Jahres eine Reihe von Briefen von Herrn von der Vring bekommen habe, in denen auch mir so etwas angedroht wurde. Maulkorb-Briefe gehören an sich nicht zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit.

(Abg. D r . F r a n k e [SPD]: Was hat das mit der Sache zu tun?)

Das hat sehr wohl etwas mit der Sache zu tun, Herr Dr. Franke,

(Abg. D r . F r a n k e [SPD]: Aber nicht mit den Anträgen!)

weil nämlich Herr von der Vring diesen Weg wählt, um sich mit den gewählten Vertretern des Volkes auseinanderzusetzen und im Widerspruch zu Artikel 5 Absatz 1 des Grundgesetzes — auch das wird in diesem Verfahren behandelt — versucht, Abgeordneten dieses Recht der freien Meinungsäußerung zu beschneiden.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Kollege John, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Czichon zu beantworten?

Abg. **John** (FDP): Ja, ich bin dazu bereit!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Czichon!

Abg. **Dr. Czichon** (SPD): Herr Kollege John, würden Sie mir bitte präzise und exakt die Frage beantworten, in welcher Weise der Gründungsrektor gegen Mitglieder dieses Hauses, wie Sie sich auszudrücken beliebt haben, vorgegangen ist?

Abg. **John** (FDP): Weil er — und das unter Verschwendung von Steuergeldern, Herr Kollege Dr. Czichon, was ich für völlig überflüssig halte — in einem Gerichtsverfahren versucht hat, und ich bin gern bereit, Ihnen die Schriftsätze zur Verfügung zu stellen, die dazu existieren, diesen Leuten unter Stellung eines Ultimatums diese Dinge zu verbieten. Er hat gesagt, wenn bis zu einem bestimmten Da-

tum, ich glaube, es war der 1. 6. 71, 12 Uhr, diese Dinge nicht zurückgenommen sind, dann gehe ich vor ein Gericht.

In diesem Gerichtsverfahren ist er nun für die Universität Bremen durchgefallen. Neuerdings ist es nun kein Prozeß mehr, sondern nur ein kleines „Prozeßle", wie man es seitens der Universität ausdrückt. Die Prozesse, die man gewinnt, sind wichtige Prozesse, die Prozesse, die man verliert, sind „Prozeßle", die „ohne Bedeutung" sind. Ich stelle mir die Frage: Warum wurde dieser Prozeß angezettelt?

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Franke zu beantworten?

Abg. **John** (FDP): Nein, ich möchte auf die Praxis des Herrn Kollegen Franke von gestern zurückgreifen und jetzt keine Fragen beantworten. Darauf können wir dann später noch zurückkommen.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für mich und für die FDP-Fraktion schon seit längerer Zeit ersichtlich, daß die Universität offensichtlich auf Abwege geraten ist. Dies kann man an der Kette der Fehlentwicklungen und Skandale der letzten anderthalb Jahre sehr deutlich ablesen. Die von der FDP vorgelegten Anträge sind eigentlich nur eine Widerspiegelung der Situation, in die sich die Universität selbst hineinmanöveriert hat, wobei der Machtanspruch elitärer Gruppen eine nicht unbedeutende Rolle spielt.

Aber nun zu Herrn Wiethölter! Ich möchte dieses Haus noch einmal daran erinnern, daß Herr Professor Wiethölter, häufig gelobt als großer „Reformjurist", schon vor mir, bevor dieser neue Gründungssenat zusammengesetzt wurde — gewissermaßen im Handstreich im April 1970 —, heftig kritisiert und attackiert worden ist. Ich muß sagen, das, was sich jetzt aus diesem Verfahren, das die Universität ja verloren hat — in zweiter Instanz hat sie es zurückgezogen, weil sie keine Aussicht hatte, den Prozeß zu gewinnen —, ergeben hat, bestätigt mich eigentlich in meiner damaligen Auffassung. Davon habe ich nichts zurückzunehmen.

Dieser Herr Wiethölter, der sich immer mit dem Flair des großen Reformers umgibt, hat einiges über diesen demokratischen und freiheitlichen Rechtsstaat gesagt, schon 1968, und das können Sie bis in die Gegenwart verfolgen, was immerhin die Aufmerksamkeit aller Demokraten verdient. Er hat auf einer Tagung in der Evangelischen Akademie in Loccum über die Krise der juristischen Bildung zum Beispiel gesagt — ich darf wieder zitieren, Herr Präsident —: „Unsere Welt des Rechts und der Juristen ist eine konstitutionelle Monarchie ohne Monarchen, vorwissenschaftlich, vorindustriell, vordemokratisch, aber mit einem heimlichen Kaiser. Dieser Kaiser ist das Recht, die letzte der abendländischen Großautoritäten. Der Übergang zum demokratischen Zeitalter sei der Rechtswelt nicht bewußt geworden."

Und für diesen Bruch mit der Wirklichkeit macht Herr Wiethölter den Philosophen Kant verantwortlich. Er kommt dabei zu dem Schluß, daß der philosophische Idealismus an allem die Schuld trage. Sein Produkt sei der Jurist als solcher, der seinen Aufgaben heute nicht gewachsen sei.

Wir alle diskutieren über Juristenausbildung, und wir alle wissen, auch wenn man als Nichtjurist sich mit der Problematik befaßt, daß es auf dem Gebiet der Juristenausbildung manches zu reformieren gilt. Aber ich verweise darauf, daß immerhin das, was diese Universität Bremen bisher zur Juristenausbildung vorgelegt hat — und daran hat Herr Wiethölter ja wesentlich mitgewirkt —, daß der Kern der These 2 zur Juristenausbildung schon im Mai dieses Jahres von diesem Hause verworfen worden ist. Herr Senator Thape hat gestern bestätigt, daß der Senat gezwungen war, darauf hinzuweisen, daß das Rechtsstudium, an dessen Vorbereitungen Herr Wiethölter maßgeblich mitwirkt, mit zwei Semestern möglicherweise nicht anrechenbar sein würde im Vergleich mit anderen Universitäten.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Kollege John, ich vermag nicht einzusehen, worin der Zusammenhang Ihrer Ausführungen mit den vorliegenden Anträgen zu sehen ist.

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Genau das wollte ich sagen!)

Abg. **John** (FDP): Ich komme dazu!

Präsident Dr. Klink: Es geht doch hier um die Frage, daß zwei Anträge vorliegen, die sich mit dem Rechtsstreit um Professor Wiethölter beschäftigen. Sie machen jetzt grundsätzliche Ausführungen über die Juristenausbildung. Ich sehe hier nicht den Zusammenhang. Ich bitte also, zur Sache zu sprechen!

Abg. **John** (FDP): Herr Präsident, ich glaubte, diese Dinge gehörten zur Sache,

(Abg. B ö h r n s e n [SPD]: Sie müssen nicht glauben!)

weil sie nämlich in einem Zusammenhang mit dem stehen, was Herr Professor Wiethölter als ein nicht unmaßgebliches Mitglied des Gründungssenats hier tut.

Aber ich will gern diesen Hinweis beachten und vielleicht etwas schneller zu dem kommen, so daß mir also eine erneute Rüge oder ein erneuter Hinweis erspart bleibt.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter John, noch ein Weiteres: Es ist eines nicht deutlich geworden, als wir vorhin diesen Tagesordnungspunkt aufriefen. Da hatten Sie nur Ihre Ausführungen bezogen auf die Anträge Nummer 568 und 569. Inter-

fraktionell war aber vereinbart worden, daß wir außerdem auch den Antrag Nummer 575 betreffend die Berufung von Hochschullehrern für die Universität Bremen in die Beratung einbeziehen wollen. Das ist aber durch ein technisches Versehen vorhin nicht mit aufgerufen worden.

Ich würde meinen, wir sollten im nachhinein durch Übereinstimmung schnell feststellen, daß wir so verfahren, und daß wir dann in getrennte Abstimmungen eintreten, daß wir also das tun, was wir interfraktionell vereinbart haben.

Sind Sie damit einverstanden, daß wir außer den Anträgen Nummer 568 und 569 auch den Antrag Nummer 575 in die Beratungen mit einbeziehen?

Ich höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Wir werden diesen Antrag jetzt mit in die Beratung einbeziehen:

Berufung von Hochschullehrern an die Universität Bremen
(Drucksachenabteilung II Nr. 575)

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft zu berichten, in wieviel Fällen ein Ruf an Hochschullehrer durch den Senat der Freien Hansestadt Bremen auf Grund von Mehrfachvorschlägen des Gründungssenats für die Universität Bremen erfolgte bzw. wie oft und aus welchen Gründen dies nur im Rahmen von Einervorschlägen der universitären Gremien geschah."

Bitte, fahren Sie fort, Herr Abgeordneter John!

Abg. **John** (FDP): Meine Damen und Herren, das Gericht — ich wiederhole es noch einmal — wird zu prüfen haben, ob es sich bei den Äußerungen über die Berufung von Hochschullehrern nach Bremen, derentwegen ja Herr Dr. Graf verklagt wurde im Zusammenhang mit der dort abgegebenen eidesstattlichen Erklärung des Herrn Professor Wiethölter, subjektiv gesehen, oder teilweise auch um eine objektiv falsche eidesstattliche Erklärung handelt.

Eines kann man aber schon heute sagen: Wenn der Anwalt des Herrn Wiethölter, und das interessiert ja in diesem Zusammenhang auch die Landesregierung im Rahmen ihrer Rechtsaufsicht, erklärt — ich zitiere —, „sein Mandant sei einem bedauerlichen Informationsirrtum zum Opfer gefallen", dann frage ich mich eigentlich, wieso kann das als Entschuldigung gelten für eine falsche eidesstattliche Erklärung, die man abgibt. Aber darüber soll endgültig das Gericht entscheiden.

Wir meinen, daß die Landesregierung bei einem solchen Verfahren, das in der Schwebe ist, gehalten wäre, Herrn Professor Wiethölter für die Zeit des Gerichtsverfahrens von seinem Amt zu beurlauben. Das halten wir für die richtige Konsequenz aus unserem Antrag.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Fischer zu beantworten?

Abg. **John** (FDP): Bitte sehr!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Fischer!

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Kollege John, haben Sie bei Ihren Anträgen an den Senat berücksichtigt, daß eine falsche eidesstattliche Versicherung nicht nur dann strafbar ist, wenn sie vorsätzlich abgegeben wurde, sondern auch, wenn sie fahrlässig abgegeben wurde?

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Hört, hört!)

Abg. **John** (FDP): Herr Kollege Fischer, die FDP-Fraktion hat sich selbstverständlich von den Juristen unserer Partei in dieser Frage beraten lassen. Daß auch diese zweite Version strafbar ist, steht außer Zweifel. Ich habe es deshalb noch einmal gesagt, um mir nicht den Vorwurf zuzuziehen, die FDP-Fraktion oder ich wollten sich in dieses Verfahren einmischen. Deswegen der Hinweis darauf, ob das also subjektiv oder objektiv falsch gewesen ist, das ist Sache des Gerichts, es zu prüfen. Wie es dann juristisch zu bewerten ist, darin stimmen die FDP und ich mit Ihnen völlig überein.

Wir meinen also, daß es für diese Universität und ihr Ansehen in der Öffentlichkeit nicht dazu beiträgt, wenn solche Dinge hier laufend über die Bühne gehen. Wir meinen, daß der Senat gut beraten wäre, wenn er in diesem Zusammenhang auch prüfte, ob Bedienstete der Universität in diese Dinge verwickelt worden sind. Denn wenn es so ist, wie der Anwalt sagt, Herr Wiethölter sei einem „bedauerlichen Informationsirrtum" zum Opfer gefallen, wo es nämlich darum geht, es hätten sich keine Habilitierten beworben, und inzwischen ist festgestellt, daß doch mindestens einer — von den abgewiesenen acht Habilitierten ganz zu schweigen — dabei war, dann muß ja wohl eine Falschinformation aus den Kreisen der Universität gekommen sein.

Also auch hier — und damit komme ich zu unserem zweiten Antrag — muß der Senat unseres Erachtens im Rahmen seiner Rechtsaufsicht handeln und kann sich nicht darauf zurückziehen, daß das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist. Das muß er prüfen, und deswegen unsere Anträge.

Nun zum Antrag Nummer drei. Ich möchte Sie darauf verweisen, meine Damen und Herren, daß dieses Haus im März beschlossen hat, eine Bitte und Empfehlung an den Senat zu richten, bei den Berufungsverfahren für Hochschullehrer ein Mehrfachvorschlagsystem einzuführen. Wir waren vom Dreiervorschlagsystem ausgegangen. Das hat dann Ende Mai, wenn ich recht unterrichtet bin, zu einer Aktivität der Landesregierung gegenüber der Universität geführt. Wir haben allerdings jetzt den Eindruck — und darüber gibt es sogar Leserbriefe, die hier, wenn es interessiert, noch verlesen werden könnten, die sich mit der Frage der Bewerber, der

Zahl der Bewerber und der Bewerbungen auseinandersetzen —, daß in einer ganzen Reihe von Fällen aus verschiedenen Fachgebieten nur wieder Einfachvorschläge bestehen. Es gibt außerdem einen Antwortbrief auf diese Aktivität des Senats, der auch in der Dokumentation veröffentlicht ist, wo die Universität antwortet, sie würde sich für einen gewissen Zeitraum oder so ähnlich — ich kann es, wenn es erforderlich ist, hier noch zitieren, ich habe es bei meinen Unterlagen —, sie würde sich für einen gewissen Zeitraum danach richten, was aber bedeutet, daß es in meinen Augen eine reichlich unverbindliche Erklärung gegenüber dem Senat ist.

Wir möchten sichergestellt wissen, daß, nachdem der Senat, obwohl er im März noch anderer Auffassung war, er nun der Auffassung ist, daß mit Mehrfachvorschlägen gearbeitet werden soll, wie an anderen Hochschulen auch, und daß dieses Prinzip nun zum Tragen kommen sollte und nicht das Prinzip der Mehrfachvorschläge erneut verwässert wird, weil die Universität glaubt, mit welcher Begründung auch immer, solche Mehrfachvorschläge nicht vorlegen zu können. Hierzu hätten wir vom Senat gern einiges gehört.

Wir bitten das Haus, allen drei Anträgen der FDP-Fraktion zuzustimmen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt noch vier Wortmeldungen vorliegen, und es ist jetzt 12 Uhr 45. Von verschiedenen Fraktionen ist mir mitgeteilt worden, daß einige Abgeordnete ab 15 Uhr nicht mehr anwesend sein können. Es wurde angeregt, die Beratungen ohne Mittagspause durchzuziehen. Ich meine, daß das durchaus ein Weg wäre. Es ist selbstverständlich möglich, daß Sie während der Beratungen hinausgehen und sich auf irgendeinem Wege, der Ihrer Geschicklichkeit überlassen bleibt, etwas besorgen, was für Ihr leibliches Wohl gut ist.

(Abg. Dr. Franke [SPD]: Das muß doch hier die Verwaltung können!)

Entschuldigung, wenn wir uns jetzt erst darüber verständigen, daß wir möglicherweise durchtagen, wird man von der Verwaltung nicht erwarten können, daß jetzt das Mittagessen auf dem Tisch steht. Ich würde also folgendes sagen: Jeder kann sich während der Beratungen entfernen, man sollte nur sehen, daß wir die Beratungen zügig weiter fortsetzen können. Ich stelle also fest, daß wir durchtagen!

(Abg. Brouwer [NPD]: Zur Geschäftsordnung!)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der letzte Tagesordnungspunkt, beruhend auf einen Antrag meiner Fraktion, über einen Bericht der Wirtschaft kann nicht innerhalb von zehn Minuten oder einer Viertelstunde hier abgehandelt werden. Er ist meines Erachtens so wichtig für die gesamte bremische Wirtschaft, letzten Endes auch im Hinblick auf unsere Arbeitnehmer im Land Bremen, daß wir darüber in eine ernsthafte Debatte eintreten müssen. Ich beantrage deshalb, eine reguläre Mittagspause eintreten zu lassen, vielleicht verkürzt auf eine Stunde, aber jetzt nicht weiter zu debattieren.

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Brouwer, Sie haben einen Antrag gestellt. Wir werden selbstverständlich gleich darüber befinden. Ich würde nur eines sagen, und das muß nicht unbedingt ein Widerspruch zu meinen Ausführungen sein, denn selbstverständlich können wir uns sehr eingehend über Ihren Antrag unterhalten. Es heißt ja nicht, daß um 15 Uhr Schluß sein muß, sondern wir werden auf jeden Fall sehr ausführlich, so ausführlich, wie Sie es wünschen, die Tagesordnung zu Ende führen. Ich habe nur die große Sorge, wenn wir erst wieder um 15 Uhr anfangen, sind wir wahrscheinlich heute um 23 Uhr noch hier. Das ist die Sorge, die ich habe.

Es wurde beantragt, in die Mittagspause einzutreten. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür NPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe. — Der Antrag ist abgelehnt.

(Dagegen SPD und FDP)

Kann ich daraus folgern, daß wir durchtagen?

(Zurufe: Ja!)

Wir fahren in der Beratung fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich relativ kurz fassen, schon mit Rücksicht auf den eben getroffenen Beschluß.

In Sachen Wiethölter hat meine Fraktion festzustellen, daß wir immerhin noch zwei schwebende Verfahren haben. Zwei Verfahren sind rechtshängig, das heißt, sie sind noch nicht abgeschlossen. Eingriffe in schwebende Verfahren sind aus rechtsstaatlichen Gründen nicht möglich. Auch der bisher bekannte Sachverhalt reicht nicht dafür aus, etwa Herrn Wiethölter oder sonstige Bedienstete in Urlaub zu schicken. Der Senat hat darauf auch bereits zu Recht hingewiesen, der FDP auch bereits geschrieben und auch einen entsprechenden Beschluß gefaßt, was Ihnen, Herr John, bekannt sein dürfte. Erst, wenn sowohl in Sachen Wiethölter, als auch in Fällen anderer Bediensteter die Verfahren abgeschlossen sind und gegebenenfalls Urteile vorliegen, erst dann kann geprüft werden, welche zu ergreifenden Maßnahmen angemessen sind.

Jetzt schon etwas zu tun, verstößt nach unserer Auffassung gegen fundamentale Rechtsstaatsprinzi-

pien. Es ist ja auch in der Vergangenheit, auch als noch Ihr Kollege Herr Graf Justizsenator war, niemals anders verfahren worden. Im Gegenteil, gerade dort haben wir in ähnlich gelagerten Fällen hinsichtlich der Universität selbst häufig genug auf schwebende Verfahren hingewiesen, auf den Grundsatz, daß man hier nicht eingreifen könne.

(Abg. J o h n [FDP]: Sagen Sie doch etwas zu der Baulandaffäre!)

Nur wenn man selbst betroffen ist — und hier ist es ja eigentlich Ihre gesamte Partei —, dann geht offensichtlich der Blick für objektive Maßstäbe verloren.

Ich darf nochmals auf den Brief verweisen, den der Präsident des Senats unter dem Datum vom 6. September 1971 dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft übersandt hat.

(Vizepräsident B u g l a übernimmt den Vorsitz)

Meine Fraktion lehnt jedenfalls aus rechtsstaatlichen Gründen die beiden Anträge Nummer 568 und 569 ab, wobei wir uns ausdrücklich vorbehalten, nach Abschluß der Verfahren in eine erneute Überprüfung einzutreten.

Sie, meine Damen und Herren von der FDP, glaube ich, täten gut daran, diese Anträge zurückzuziehen. Sie können sie ja zu einem späteren Zeitpunkt durchaus wiederholen und erneut stellen, und zwar dann, wenn ein entscheidungsreifer Sachverhalt vorliegt. Im Augenblick ist ein solcher Sachverhalt jedenfalls nicht gegeben.

Nun sind wir ja, Herr John, nicht so dumm, etwa anzunehmen, daß Ihnen das selbst nicht bekannt ist. Ihnen geht es doch offensichtlich nur um Propagandamaßnahmen anläßlich des Wahlkampfes, den Sie ja ins Parlament hineinverlagern möchten. Daß wir hieran nun noch unterstützend mitwirken, geht ja wohl zu weit.

(Abg. J o h n [FDP]: Woher kennen Sie meine Gedanken eigentlich?)

Sie, Herr John, dazu kenne ich Sie gut genug, werden im stillen Kämmerlein, wenn Sie mit sich allein sind, uns durchaus recht geben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Bugla: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie sahen mich in Vergangenheit hier immer auf dem Podium, wenn es galt, eine Reformuniversität in Bremen zu verteidigen. Unsere Anträge sind eine kleine Antwort darauf, was Sie jeden Tag in Anzeigen der Sozialdemokraten, die sich nur verschämt dabei nicht nennen, in der Zeitung lesen können: Fangt doch endlich an mit der Uni, wir wollen eine Reform-Uni in Bremen haben, nur die bösen Konservativen bremsen das!

Dieser so sauberen Reform-Uni, dieser habe ich geschworen, hier von dieser Stelle aus, daß ich jeden ihrer Schritte, die die Reformuniversität kaputt macht, jeden ihrer Schritte, der vom Weg des Rechts abweicht, jeden ihrer Schritte, mit dem sie versucht, Abgeordnete dieses Hauses mit Prozessen unter Druck zu setzen, so lange unter die Nase zu reiben, bis auch im ganzen Land bekannt ist, mit welchen Mitteln und mit welchen Methoden man hier vorgeht, nur um dort einen bestimmten Klub unterzubringen, den ich nicht für gerechtfertigt und nicht für gerecht halte.

Zu diesen Dingen zählt auch die eidesstattliche Erklärung jenes landauf, landab weitgelobten Juristen Wiethölter.

(Abg. J o h n [FDP]: Guerillataktik in der Personalpolitik!)

Niemand wird mir erzählen können, daß ein Jurist, der mit berät über die Einstellung von Juristen, bei einer eidesstattlichen Erklärung nicht merkt, daß unter den zahlreichen Bewerbern acht Habilitierte sind.

(Glocke)

Vizepräsident Bugla: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Franke zu beantworten?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Ja!

Vizepräsident Bugla: Bitte, Herr Dr. Franke!

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Kollege, ist Ihnen bekannt, daß das Verfahren bislang noch schwebt und noch gar nicht rechtskrätig abgeschlossen ist?

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Kollege Dr. Franke, das ist mir sehr wohl bekannt, aber ich kenne auch die Methoden, wie man sich durch Berufungen über die Runden retten kann. Ich habe auch die Töne gelesen, mit der man in das Verfahren eingestiegen ist. Ich kenne auch die Briefe, mit denen man das Verfahren angedroht hat, und jetzt, wo man von der Regierung klare Maßnahmen fordert, da heißt es plötzlich, ach, wir sind in die Berufung gegangen, das ist eine ganz kleine Geschichte.

Interessant ist an sich nicht das noch nicht abgeschlossene Verfahren, interessant — und das muß landauf, landab deutlich verstanden werden — ist die Methode, mit der man hier die Reformuniversität Bremen kaputtzumachen versucht, indem man einseitige Personalpolitik betreibt, und interessant ist von Ihrer Seite natürlich die Anzeige, mit der man alles zudecken will mit dem Puder des Mitleids: Fangt doch an, ist doch völlig Wurscht, wie wir mit der Uni losgehen!

Hier ist eine der Methoden deutlich geworden. Da hat eben einer der Herren Pech gehabt, er ist auf die Schnauze damit gefallen. Er hat eben eine

*) Vom Redner nicht überprüft.

Erklärung abgegeben, die nicht so ganz der lieben Wahrheit entsprach, er hat eben nur acht qualifizierte Leute übersehen, weil ihm das in den Kram paßte, weil er nämlich einen anderen haben wollte.

(Abg. John [FDP]: Sehr richtig!)

Diese Methoden müssen doch endlich einmal auf den Tisch, wenn wir eine anständige Universität haben wollen, die Reformen vorantreibt, und, meine Herren, keine konservative Institution! Ich will nicht auch da noch anfangen zu streiten, denn dann müssen wir hier sauber und sorgfältig losgehen, und dann müssen wir auch die Leute suspendieren zur Klärung des Verfahrens, die zu solchen Methoden greifen. Sie decken Sie!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Bugla: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Czichon.

(Abg. Dr. Czichon [SPD]: Ich ziehe zurück!)

Der Abgeordnete Dr. Czichon zieht seine Wortmeldung zurück.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich muß gestehen, daß ich erschüttert bin über die Auskunft und Antwort, die der Präsident des Senats dem Herrn Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft hat zuteil werden lassen. Diese Antwort begnügt sich damit, sich formal hinter die Tatsache zurückzuziehen, daß ein gerichtliches Verfahren gegen Professor Wiethölter schwebt.

(Abg. Ströh [SPD]: Das muß eine Regierung ja wohl!)

Ich bin gern bereit, mit Ihnen, Herr Ströh, mich zu unterhalten. Ich halte es nur nicht für sehr zweckmäßig, das in dieser Form zu tun.

(Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Der Senat macht hier den Fehler,

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

daß er uns als Bremische Bürgerschaft einreden will, er versage sich einer abschließenden Entscheidung rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechend. Wir verlangen von dem Senat nicht, daß er ein Urteil fällt darüber, in welchem Umfang eine eidesstattliche Versicherung hier falsch abgegeben worden ist und ob und in welchem Umfang das Verhalten des Herrn Wiethölter strafbar ist. Das verlangen wir nicht, sondern wir verlangen von dem Senat — und das müssen wir verlangen, wenn wir die Sauberkeit in der bremischen Verwaltung gewährleistet sehen wollen —, daß er angesichts eines derartig schwerwiegenden Vorwurfs, eines Vorwurfs, der zumindest objektiv als erwiesen angesehen und auch gar nicht mehr bestritten wird,

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: Genau!)

bis zum Abschluß des schwebenden Strafverfahrens den Betreffenden von seinen Diensten entbindet.

Daß das nicht geschehen ist, ist weiß Gott, meine Damen und Herren, kein Ruhmesblatt für unseren Senat und ist, was mindestens eben so schwer wiegt, weiß Gott kein Dienst für die bremische Universität.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die bremische Universität kommt dadurch in ein völlig schiefes Licht. Der Senat hat seine Pflicht nicht erfüllt, und das sollten wir hier feststellen.

(Erneuter Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich schließe mich ganz den Ausführungen meines Kollegen Fischer an. Ich möchte nur einen Satz hinzufügen: Als ich von dieser Angelegenheit erfuhr, dem Vorwurf der falschen eidesstattlichen Erklärung, da dachte ich, Professor Wiethölter eilt der Gegenwart voraus. Er hat vor unserem Landesvorstand und vor unserer Fraktion in einem sehr angeregten, intensiven Gespräch erklärt, er sei nicht nur für die Abschaffung der Dreiteilung der Gewalt, sondern auch für die Abschaffung der Gesetze. Alles müßte nach einem großen Plan geregelt werden. Offenbar ist er in dieser Situation hier schon davon ausgegangen, es gebe keine Gesetze mehr in dieser Bundesrepublik.

Ich möchte mich einsetzen für den Antrag Nummer 575, Berufung von Hochschullehrern für die Universität Bremen. Wir haben hier in einer sehr gründlichen Debatte den Beschluß herbeigeführt, daß die Universität Mehrfachvorschläge, in der Regel Dreiervorschläge, dem Senat zu unterbreiten habe. Nach einigem Zögern und Prüfen der Frage, ob das auch rückwirkend gelte, hat dann der Senat gesagt, für die Zukunft wolle er den Beschluß der Bürgerschaft beachten. Er hat auch eine entsprechende Aufforderung an den Gründungssent, den Gründungsrektor von der Vring gerichtet.

In der Öffentlichkeit ist schon bekannt geworden, daß die Universität diesen Beschluß der Bürgerschaft und die entsprechende Aufforderung des Senats nicht voll und ganz beachtet, sondern nur zu einem Teil. Es sind zum Beispiel fundierte Leserbriefe in der Presse erschienen, in denen sehr detailliert ausgeführt wurde, und zwar unwiderlegt ausgeführt wurde, daß in vielen Fällen, in denen Mehrfachvorschläge möglich waren, keine Mehrfachvorschläge gemacht worden sind.

(Abg. Kahrs [SPD]: Von der CDU gelenkte Briefe!)

Wir sind der Auffassung, es kommt auf die Sache an, Herr Kollege Kahrs, und in der Sache sind Sie nicht in der Lage, einen Protest einzulegen, der berechtigt ist. Sie können das nicht widerlegen. Auch die Universität hat diese hier von mir gemachten Ausführungen nicht widerlegen können.

Wir gehen also davon aus, daß dem so ist, daß die Universität sich über einen Beschluß der Bürgerschaft und über eine entsprechende Aufforderung des Senats hinwegsetzt. Ich bin der Auffassung, unabhängig, meine Damen und Herren, von unserer Einstellung zu dieser Universitätsgründung, eines können wir uns doch auf gar keinen Fall gefallen lassen: daß ein Bürgerschaftsbeschluß von der Universität mißachtet wird, zumal der Senat pflichtgemäß versucht, ihn zu vollstrecken.

(Beifall bei CDU und NPD)

Deswegen bin ich der Auffassung, wir müssen in diesem Punkt, im Interesse des Ansehens der parlamentarischen Autorität und im Interesse der Funktionsfähigkeit auch dieses Parlaments, einmütig diesem Antrag der FDP zustimmen, damit klar wird, aus welchen Gründen der Bürgerschaftsbeschluß von der Universität nicht vollzogen worden ist, damit wir dann, gestützt auf dieses uns vorgelegte Material, die entsprechenden Konsequenzen ziehen können.

Ich darf Sie deswegen namens meiner Fraktion bitten, in diesem Punkt die kontroversen Einstellungen zur Universitätsgründung zu vergessen und im Interesse der legislativen Autorität für diesen Antrag zu stimmen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen, und zwar haben wir beraten die Anträge 568, 569 und 575.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Abstimmung eröffne, möchte ich einmal feststellen, ob Mißverständnisse hinsichtlich der Tatsache vorliegen, daß wir durchtagen und sich einige Abgeordnete vielleicht zu weit entfernt haben.

(Zurufe: Sind alle da!)

Wir kommen also zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Antrag Nummer 568 abstimmen: Maßnahmen des Senats wegen falscher eidesstattlicher Aussagen des Mitglieds des Gründungssenats für die Universität Bremen, Professor Dr. Wiethölter.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür CDU, FDP und NPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Ich stelle fest, der Antrag ist mit 49 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Ich rufe auf zur Abstimmung den Antrag Nummer 569. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen seiner Rechtsaufsicht zu prüfen und der Bürgerschaft zu berichten, ob Bedienstete der Universität Bremen in dem Gerichtsverfahren gegen den FDP-Landesvorsitzenden, Senator a. D. Dr. Graf, Pflichtverletzungen begangen haben und ob gegebenenfalls Disziplinarmaßnahmen eingeleitet werden müssen."

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür FDP, CDU und NPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD)

Ich stelle fest, der Antrag ist mit 49 gegen 47 Stimmen abgelehnt.

Ich rufe auf Antrag: Berufung von Hochschullehrern für die Universität Bremen (Drucksachenabteilung II Nummer 575).

Der Antrag lautet:

„Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft zu berichten, in wieviel Fällen ein Ruf an Hochschullehrer durch den Senat der Freien Hansestadt Bremen aufgrund von Mehrfachvorschlägen des Gründungssenats für die Universität Bremen erfolgte bzw. wie oft und aus welchen Gründen dies nur im Rahmen von Einervorschlägen der universitären Gremien geschah."

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür FDP, CDU, NPD und die Abg. Dr. Franke, Böhrnsen, Wilma Landwehr, Mahlstedt und Fröhlich [SPD])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen 42 Mitglieder der SPD-Fraktion)

Ich stelle fest, der Antrag ist mit 43 gegen 42 Stimmen angenommen. Es wird kein Zweifel geäußert, der Antrag ist angenommen.

Antrag: Bericht des Senats über die Auswirkungen der internationalen Währungskrise auf die bremische Wirtschaft
(Drucksachenabteilung II Nr. 574)

Dazu Herr Senator Schulz.

Der Antrag ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Brouwer und NPD-Fraktion.

Ich gehe davon aus, daß Sie den Antrag kennen, ich kann also auf eine Verlesung verzichten.

Ich höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird ersucht, der Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht über die aus den einschneidenden Maßnahmen der USA zum Schutze des Dollars sich ergebenden Folgen für die bremische Export-Industrie und deren Zulieferbetriebe, die bremische Hafenwirtschaft und die bremischen Reedereien zu erstellen. In diesem Bericht sind die Vorstellungen des Bremer Senats zu entwickeln, durch welche Eigeninitiativen des Landes Bremen einer Gefährdung der Arbeitsplätze in Bremen und den durch die internationale Entwicklung entstehenden Schäden der bremischen Wirtschaft entgegengewirkt werden kann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD) *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als wir am 24. August diesen Antrag beim Vorstand der Bremischen Bürgerschaft einreichten, war dieses ziemlich unmittelbar nach Bekanntwerden der amerikanischen Maßnahmen zur Stützung des Dollars. Wir glaubten, durch einen angeforderten Bericht des Senats über die möglichen Auswirkungen der Weltwährungskrise auf die bremische Wirtschaft Klarheit bekommen zu können. Wir meinten auch, daß ein solcher Senatsbericht geeignet sein könnte, eigene Initiativen des Landes Bremen für eine eventuell notwendig werdende Stützungsaktion derjenigen Betriebe im Land Bremen zu entwickeln, die durch die Weltwährungskrise hart betroffen werden würden, oder aber zumindestens eine Willenserklärung der Bremischen Bürgerschaft zu erhalten, die es wiederum dem Senat ermöglichen könnte, im Interesse der bremischen Wirtschaft bei der Bundesregierung vorstellig zu werden.

Zwischen der Einreichung unseres Antrags und der heutigen Behandlung sind nun mehr als zwei Wochen ins Land gegangen. Presse- und Alarmmeldungen aus der Wirtschaft über mögliche Personaleinschränkungen, Einführung von Kurzarbeit und Prognosen über die Schäden, die aus der Dollarkrise der deutschen Wirtschaft entstehen könnten beziehungsweise würden, haben die Beunruhigung über die Zukunft in jede Familie gebracht.

Diese Beunruhigung ist in diesen wenigen Wochen bereits derartig verwurzelt, daß eine Volksvertretung zu diesen Entwicklungen Stellung beziehen muß, und eine Regierung sollte es begrüßen, daß ihr Gelegenheit gegeben wird, in aller Öffentlichkeit ihre Vorstellungen zu entwickeln, wie sie bei aufkommenden Gefahren hinsichtlich des Arbeitsplatzes, Schmälerung des Einkommens unserer Mitbürger und dem auch in diesem Zusammenhang stehenden Preisauftrieb entgegenzutreten beabsichtigt. Aus diesen Momenten, meine sehr geehrten Damen und Herren, ergibt sich bereits die volle Berechtigung unseres Antrags.

Lassen Sie mich aber zur Kennzeichnung der Situation noch folgendes ausführen: Am 25. August dieses Jahres hat der bremische Wirtschaftssenator in einer ersten Stellungnahme laut Verlautbarung der Presse zur Lage der bremischen Wirtschaft durch die Dollarkrise bereits Stellung genommen. Diese Erklärungen betrafen die Auswirkungen der Dollarkrise für bremische Betriebe. Sie wurden, das sei nebenbei bemerkt, in Düsseldorf ergänzt durch die Ausführungen des Wirtschaftsexperten des DGB, Herrn Lehmann, über diese Auswirkungen auf die gesamte bundesrepublikanische Wirtschaft. Beide Erklärungen spielen die Auswirkungen der Dollarkrise, allerdings aus verschiedenen Motiven, mit gleichen Argumenten herunter.

Während der Wirtschaftssenator die Sorgen um den Arbeitsplatz mit der Feststellung vom Tisch fegen möchte, daß der Direktexport von in Bremen hergestellten und bearbeiteten Erzeugnissen nur 9,2 Prozent des gesamten bremischen Exportes ausmache, geht Herr Lehmann von der gleichen Überlegung im Hinblick auf den Direktexport in die USA durch die deutsche Industrie aus, den er mit 10 Prozent beziffert.

Damit sollen die Folgen der USA-Maßnahmen verharmlost und andererseits eine Begründung dafür gesucht werden, durch kräftige Anhöhung von Löhnen und Gehältern die Kaufkraft des Binnenmarkts zu erhöhen, um hierdurch den Industrien die Möglichkeit zu geben, ihre im Export nicht mehr absetzbaren Waren auf dem Binnenmarkt zu verkaufen.

Mich hat diese Argumentation, die nur darauf ausgerichtet war, den Ernst der Situation für die Gesamtwirtschaft zu verniedlichen, erschreckt. Eine solche Argumentation, vom Wirtschaftssenator für Bremen abgegeben, erstickt doch von vornherein jede Bemühung um eine Bundeshilfe für diejenigen bremischen Betriebe, die die Währungskrise in ihrem auf Export ausgerichteten Tätigkeitsfeld bedroht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um was geht es tatsächlich? Das Vertrauen zu der Stabilität der Weltwährung Dollar ist erschüttert. Der Traum der Wahrung gemeinsamer Interessen im Welthandel der westlichen Welt ist durch die Praktizierung nationaler Interessen durch die USA und einiger europäischer Staaten abgelöst worden. Vor der harten Wirklichkeit mußte die in der Nachkriegsgeschichte gerade von uns Bundesbürgern besonders stark herausgestellte Zusammengehörigkeit und der wirtschaftlichen und politischen Verflechtung der westlichen Welt einen herben Rückschlag erleiden.

Ich frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, ob nicht auch Ihnen in diesen Tagen einseitiger, sehr nationaler Politik unserer Verbündeten nicht Zweifel an der Aufrichtigkeit derselben zur Schaffung eines geeinten Europa als Vorstufe für ein vereintes Europa gekommen sind! Ich fühlte

*) Vom Redner nicht überprüft.

mich jedenfalls, ich sage es hier, in meiner Anschauung über die Wahrung nationaler Interessen im Konzert der Völker durchaus bestätigt.

Meine Damen und Herren, spricht man allgemein von dem Begriff Wirtschaft, so meint man damit die Gesamtheit der Einrichtungen und Maßnahmen in industrieller, merkantiler und verkehrstechnischer Beziehung. Und spricht man von diesen, dann ist das Einkommen der in dieser Wirtschaft Beschäftigten nicht auszuklammern. Von diesen hängt aber das Wohl und Wehe eines Staates ab. Ein sinkendes Einkommen der in der Wirtschaft Beschäftigten verschlechtert in gleichem prozentualem Umfang die Einnahmen und Steuern und würde damit bedeuten, daß Bund und Länder den Aufgaben nicht mehr gerecht werden könnten, die diesen in sozialer Hinsicht und in Lösung anderer öffentlicher Aufgaben gestellt worden sind. Auch das Absinken der Kaufkraft durch verringertes Einkommen der in der Wirtschaft Beschäftigten zieht weitgehende Folgen für die Steuerkraft des Staates mit sich, wobei es völlig unlogisch wäre, durch Steuererhöhungen das entstehende Loch wieder auffüllen zu wollen. So kann der Kernpunkt jeder Wirtschaftsdebatte, das Einkommen der in der Wirtschaft Beschäftigten, das heißt, das Einkommen, das diese Wirtschaft den bei ihr Beschäftigten zu geben in der Lage ist, nicht ausgeklammert werden.

Ich erwähne dies, weil ich in dieser Beziehung meinen Sorgen Ausdruck geben muß, wenn ich meinen Antrag hier folgerichtig begründen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hierbei kann es nicht darum gehen, immer von der Masse des Volkes zu sprechen, sondern auch die Existenz der einzelnen nicht außer Acht zu lassen. In einer pluralistischen Gesellschaft ist man viel zu leicht geneigt, am Wachsen des Sozialprodukts auch die Wirtschaft zu bemessen und durch dieses Denken das Schicksal des einzelnen in einer Krise gering zu werten. Der arbeitende Mensch, dem unsere Sorge gehört, ganz gleich, ob er Unselbständiger oder Selbständiger ist, führt sich durch seine Arbeit auf einen ihm von der Gesellschaft zugewiesenen Platz gestellt. Auf diesem glaubt er seine Kenntnisse und Fähigkeiten für sich selbst und für seine Mitmenschen am besten auswerten zu können. Das Herauslösen aus dieser ihm durch die Arbeit und Umgebung vertrauten Welt und seine durch eine Wirtschaftskrise ausgelöste Verpflanzung auf einen anderen Arbeitsplatz bedeutet für ihn eine tiefgehende Veränderung seines Lebens, bedeutet für ihn — je älter er ist, um so tragischer — einen Schicksalsschlag in jeder Beziehung.

Ich glaubte, diese grundsätzliche Erklärung in meine Ausführungen einbeziehen zu sollen, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß man nicht durch einfachen Arbeitsplatzwechsel das Absterben von Betrieben bagatellisieren kann. Das wäre nämlich die letzte Konsequenz, wenn man die Wirtschaft nur vom Ganzen aus, nicht vom Schicksal auch des einzelnen Individuums sehen will.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sinn der heutigen Debatten ist es, so meine ich, mit einer wohl zu erwartenden Stellungnahme des Senats der Erkenntnis zu dienen, welches Ausmaß von Gefahren für die Wirtschaft, ausgelöst durch die Weltwährungskrise, sich speziell aus Bremer Sicht ergeben könnte. Dabei dürfte es sinnlos sein, darüber zu debattieren, welche Maßnahmen währungspolitischer Art die Bundesregierung, die EWG oder der Zehner-Rat am zweckmäßigsten zu ergreifen haben, um den Auswirkungen der harten Maßnahmen des Präsidenten Nixon zu begegnen, die dieser zum Schutz des Dollar erließ. Wir haben diese als derzeit gegeben hinzunehmen, und wir können nur hoffen, daß diese durch die Interventionen der genannten Gremien abgemildert werden.

Wie aber aus den Stellungnahmen zahlreicher Betriebe aus der Bundesrepublik, in unserem näheren Bereich, aber auch aus Bremen hervorgeht, lebt bei diesen das Gespenst der Einschränkung der Mitarbeiterzahl auf. Und weil Presse und Rundfunk — ich erwähnte es bereits — diese Verlautbarungen in ihren Berichten ausgiebig kommentieren, fühlen sich unsere Arbeitnehmer im Land Bremen mit ihren Familien beunruhigt. Und wenn die Gefährdung des Arbeitsplatzes auch nur in einzelnen Betrieben in Bremen gegeben ist, so ist doch das Ausmaß der Beunruhigung der Bevölkerung im Hinblick auf die Schmälerung des Einkommens in der Zukunft durch möglichen Fortfall von Akkordarbeit und Überstunden, und sogar durch Einführung von Kurzarbeit bei den Nichtselbständigen und die Befürchtung einer fortschreitenden Minderung des Einkommens der Betriebe, das heißt der Kapitalgesellschaften und Selbständigen, erheblich.

Diese Sorgen können nicht durch optimistische Reden vom Tisch gefegt werden. Die Tatsachen sprechen doch eine andere Sprache. Gegenüber dem Vorjahr stellen die Verbraucherverbände eine ganz erhebliche Minderung der Kauflust, oder, wahrscheinlich besser gesagt, der Kaufkraft fest. Durch den Rückgang der Gewinne wächst in einem erheblichen Tempo die Verschuldung der Betriebe, die sich natürlich erheblich auf die Investitionen auswirkt und diese an die Grenze des Stopps bringt. Das war, wohlgemerkt, bereits vor der Dollarkrise schon so.

Der Bundesbürger ist nach 1955 daran gewöhnt, das stete Wachsen der Wirtschaft, die Vollbeschäftigung als eine Selbstverständlichkeit hinzunehmen. Es schien auch eine Selbstverständlichkeit zu sein, daß die Bundesrepublik nach den USA die stärkste Exportmacht der Welt wurde. Die Beunruhigung, daß diese Selbstverständlichkeiten durch die Weltwährungskrise ein Ende haben könnten, ist doch der rote Faden heute jeden Gesprächs in der Familie und in den Betrieben.

Ich komme zurück auf die Ausführungen des Herrn Wirtschaftssenators und möchte aus Bremer Sicht feststellen, daß es nicht darauf ankommt, wieviel Prozent des Gesamtexports über Bremen lau-

fen, der bislang für die USA bestimmt war, sondern darauf, ob einzelne in Bremen domizilierende Industrien und Betriebe durch die Dollarkrise in ernsthafte Schwierigkeiten kommen könnten, ja gegebenenfalls in ihrer Existenz gefährdet würden. Man kann über diese Fragen nicht mit leichter Hand hinweggehen, nachdem dieses Haus doch in langen Debatten in der Vergangenheit über Konzepte aller Art beriet, neue Industrien zwecks Sicherung der Arbeitsplätze und der Erhöhung der Steuerkraft unseres Landes anzudienen. Heute handelt es sich darum, der heimischen Industrien, den heimischen Betrieben die Möglichkeit des Überlebens zu geben.

Ich meine, aussprechen zu müssen, daß nicht allein ausschlaggebend der deutsche Export in die USA, sondern die weltweiten Auswirkungen auf den Handel so vieler Länder, mit welchen Bremer und bundesrepublikanische Industrien und Exportkontore in Handelsbeziehungen stehen, die eigentliche Gefahr für unsere Wirtschaft bedeuten.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß jedes Land emsig bestrebt ist, seine Handelsbilanz aktiv zu erhalten. Wird der Export geschmälert, wird es bemüht sein, seinen Import zu drosseln. Und wie man dieses zu tun in der Lage ist, haben uns die USA ja in drastischer Weise jetzt vorgeführt. Glauben wir etwa im Ernst, daß zum Beispiel etwa ein Land wie Frankreich, das seine Wirtschaft nach der Wahrung nationaler Interessen ausrichtet, bei Gefahr der Verschlechterung seiner Handelsbilanz nicht zu ähnlichen Maßnahmen wie die von Herrn Nixon greifen würde, um seinen Import zu lenken und gegebenenfalls zu drosseln? Glauben wir tatsächlich, daß England keine Importfesseln dann anlegen würde, wenn sein Export durch die Dollarkrise eine entscheidende Schwächung erfahren würde? Glauben Sie noch an den Traum europäischer Rücksichtnahme aufeinander? Immerhin exportiert England für rund 5,7 Milliarden DM in die USA, Frankreich für 3,5, Italien für 4,5 Milliarden DM. Das heißt also, alles Länder, von deren Funktionieren ihrer Wirtschaft die Bundesrepublik im Hinblick auf den deutschen Export ein ganz erhebliches Interesse haben muß.

Deshalb ist die Stellungnahme des Herrn Wirtschaftssenators mit dem Rechenexempel Mitleidenschaft der Bundesrepublik und Bremen aus der Brille des Direktimports nach den USA gefährlich. Genau so gefährlich erscheint mir eine Stellungnahme, die heute in mancher Presse dahingehend kommentiert wird, daß eine sich abschwächende Konjunktur bei immer noch steigenden Preisen wegen der amerikanischen Maßnahmen in eine leichte Rezession mit mehr Stabilität übergleiten könnte. Dann könnte man nämlich eine mögliche Arbeitslosigkeit und gebremste Löhne in der Bundesrepublik den Amerikanern anlasten und nicht auf das Schuldkonto der sozialdemokratischen Regierung verbucht werden.

Diese Stellungnahmen zeigen nach meiner Überzeugung deutlich, wie leicht man geneigt ist, das deutsche Schicksal hinter parteipolitische Erwägungen zu setzen. Ich war auch erschüttert, meine sehr geehrten Damen und Herren, kürzlich in einem handelspolitischen Artikel zu lesen, der von dem Ruf nach dem „starken Mann" handelte, der die Sozialpartner zunächst zu ihren Forderungen bezwingen sollte.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Zur Geschäftsordnung! — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Brouwer, Herr Abgeordneter Vorsatz hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet! — Bitte sehr, Herr Vorsatz!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Präsident, nach meinem Überblick sind bei dieser wichtigen Debatte im Moment vierzehn Angehörige der SPD im Hause, von der FDP fünf von zehn, von der CDU zwölf von zweiunddreißig, bei uns sieben von acht. Ich beantrage Unterbrechung der Sitzung für die erheblich wichtigen Ausführungen von Herrn Brouwer.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Jetzt mitten in der Rede?)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Vorsatz, wir sind nicht in einem Beschlußverfahren, sondern wir sind in der Beratung. Ich meine, daß es jedem Abgeordneten freisteht, an der Beratung teilzunehmen oder nicht teilzunehmen, insbesondere wenn wir, wie es jetzt der Fall ist, inoffiziell in einer Mittagspause sind. Selbstverständlich würde Ihr Argument relevant sein, wenn wir in einer Beschlußfassung wären. Das ist nicht der Fall.

Aber Sie haben den Antrag auf Unterbrechung gestellt. Deshalb möchte ich einmal feststellen, ob wir beschlußfähig sind.

(Abg. Hauptmann [FDP:] Sind wir nicht, wir sind 39 oder 40!)

Dann kann ich über den Antrag nicht abstimmen lassen und muß Herrn Brouwer bitten, in seinen Ausführungen fortzufahren.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Es geht hier um die Teilnahme, darum geht es!)

Abg. **Brouwer** (NPD): Meine Damen und Herren, es ist ja eigentlich erschütternd, daß, wenn wir debattieren und über die deutsche und die bremische Wirtschaft sprechen, im Grunde genommen so wenig Interesse in diesem Hause für diese Fragen ist, die uns im Grunde genommen alle angehen, und zwar angehen von der linken Seite dieses Hauses bis zur rechten Seite! Aber immerhin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde mir erlauben, in meinen Ausführungen fortzufahren.

Ich habe schon angeführt, daß mir deshalb die Stellungnahme des Herrn Wirtschaftssenators mit dem Rechenexempel Mitleidenschaft der Bundesrepublik und Bremen aus der Brille des Direktimports nach den USA als gefährlich erscheint. Genau so gefährlich erschien mir auch die Stellung-

nahme, die heute in mancher Presse, ich sagte es schon, erschien, daß eine sich abschwächende Konjunktur eventuell zu einer vorübergehenden Stabilität übergleiten könnte.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich meine, man sollte ruhig und offen hier aussprechen, daß man sich heute nicht an die Autonomie der Sozialpartner heranwagt in der Sorge, damit gegebenenfalls an einem Pfeiler unserer Demokratie zu rütteln. Betrachtet man es aber auf der anderen Seite als demokratisch, das Volk durch eine fortschreitende Geldentwertung gegebenenfalls in einen neuen Vermögensfall geraten zu lassen?

Ich möchte in dieser Beziehung, meine sehr geehrten Damen und Herren, richtig verstanden werden. Die soziale Gerechtigkeit gebietet es, daß der arbeitende Mensch über ein Einkommen verfügt, das ihm und seiner Familie ein sorgenloses Dasein dann ermöglicht, wenn er bereit ist, seine Arbeitskraft voll einzusetzen. Ist diese Selbstverständlichkeit aber heute gegeben? Ich meine, nein! Zu groß sind nach meiner Meinung die Unterschiede, die ein Lohnempfänger in einer regulären Vierzigstundenwoche im Stundenlohn verdient, und die Möglichkeiten, die er durch Akkord oder durch Überstunden verdienen könnte. Es liegt im Wollen eines jeden Menschen begründet, sich dem Lebensstandard seiner Umgebung anzupassen. Das ist das, was wir als Streben bezeichnen, und was ein Wesenszug von uns Deutschen sein soll. Damit ist aber keineswegs gesagt, wie hoch die Opfer an Gesundheit und Beschneidung der Freizeit, das heißt der Erholungszeit von der Arbeit, diesen Unterschied ausgleichen.

Wenn sich aber der Haushalt eines Lohnempfängers auf ein durch Akkord- und Überstundenarbeit erhöhtes, vielleicht sogar gutes Einkommen eingependelt hat, so wird die Unmöglichkeit, dieses höhere Einkommen in der Zukunft zu erreichen, nämlich durch möglichen Fortfall der Akkord- und Überstundenarbeit, oder sogar durch Einführung einer Kurzarbeit zu einer finanziellen Katastrophe für den Betreffenden führen. Und deshalb ist die Sorge, die sich aus den währungspolitischen Konsequenzen derzeit ergeben könnte, nicht mit optimistischen Erklärungen der Regierung, daß alles nicht so schlimm wäre, abzuschütteln, sondern nur mit gezielten Maßnahmen, die diesen Notfall nicht eintreten lassen.

Ein weiteres Kapitel, das jetzt wieder hochaktuell ist und das ich in diesem Hause schon einmal ansprach, ohne darauf eine Reaktion zu erreichen, ist die Lage der älteren Arbeitnehmer. Gewisse Kündigungsschutzmaßnahmen sind wohl für diese getroffen, verliert aber ein solcher älterer Arbeitnehmer trotzdem seine Stellung, dann ist seine Suche nach Arbeit, bestimmt aber nach gleichartiger Arbeit mit den gleichen Einkommensbedingungen, nahezu ausgeschlossen. Wir meinten schon damals, daß vielleicht in Anlehnung an das Schwerbeschädigtengesetz jeder Betrieb verpflichtet sein müßte, in einem bestimmten Prozentsatz ältere Arbeitnehmer zu beschäftigen.

Im übrigen, meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Anregung — damit mir nicht der Vorwurf gemacht wird, ich halte hier eine Wahlrede — habe ich bereits vor zwei Jahren in diesem Hause vorgebracht.

Ich habe in meinen Ausführungen versucht, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Gefahren aufzuzeigen, die aus der währungspolitischen Situation für die Wirtschaft und für die in dieser beschäftigten Mitarbeiter in der Bundesrepublik ganz allgemein und damit auch für Bremen entstehen können. Die Debatte, die sich nach dieser Begründung unseres Antrags hoffentlich ergeben wird, wird zeigen, ob unsere Sorgen vom Hause geteilt werden. Der Senat ist dann aufgefordert, hier Rede und Antwort zu stehen, ob er die Möglichkeit von Eigeninitiativen des Landes Bremen sieht, der bremischen Wirtschaft und dem bremischen Arbeitnehmer zu helfen.

Aufgrund dieser meiner Ausführungen bitte ich Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, durch Annahme unseres Antrags dem Senat Gelegenheit für den geforderten Bericht zu geben.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eine sorgfältige Analyse unserer wirtschaftlichen Situation in Bremen begründet für uns die Überzeugung, daß die Maßnahmen des Präsidenten Nixon wegen der in unserem Land festzustellenden strukturellen Fehlentwicklung Bremen besonders hart treffen werden.

(Vizepräsident Bugla übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte Ihnen kurz die Fakten für diese Analyse vortragen, gleichzeitig aber betonen, daß wir trotz dieser Feststellung nicht in der Lage sind, dem Antrag der NPD zuzustimmen.

Wir wissen, daß das wirtschaftliche Wachstum im Land Bremen gegenüber der Entwicklung in verschiedenen anderen Regionen der Bundesrepublik stark zurückbleibt. Die Beweise ergeben sich aus den Finanzberichten des Senats. Wenn man zum Beispiel den Zeitraum von 1950 bis 1969 vergleicht, so stelle man fest, daß sich das bremische Bruttoinlandsprodukt nominell um 413 Prozent und real um 198 Prozent erhöhte, während sich im Bundesdurchschnitt eine Steigerung von nominell um 503 und real um 242 Prozent ergab. Unmittelbar abhängig davon ist selbstverständlich die Entwicklung des Gesamtsteueraufkommens. Auch hier stütze ich mich auf den Bericht des Finanzsenators, und zwar auf den letzten Bericht aus dem Jahr 1971. Das Gesamtsteueraufkommen in Bremen ergab im Zeit-

raum von 1950 bis 1969 einen Zuwachs von 365 Prozent, der Durchschnitt des Bundesgebietes lag dagegen mit 652 Prozent nahezu doppelt so hoch.

Die negative Entwicklung des Steueraufkommens und die damit sich schmälernde Leistungsfähigkeit des Landes Bremen liegt sowohl in der Verringerung der Bundessteuern, als auch der Landessteuern begründet. Wir meinen, daß die Ursache für dieses überdurchschnittliche Zurückbleiben in einer verfehlten Strukturpolitik in Bremen zu suchen ist, die gerade diese Maßnahmen des Präsidenten Nixon für uns besonders gefährlich erscheinen lassen.

Um Ihnen diese Strukturschwäche, gestützt auf diese Basiszahlen, zu beweisen, habe ich herangezogen die Beiträge der Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt im Bundesgebiet und im Land Bremen aus dem letzten Finanzbericht aus dem Jahr 1971. Danach ergibt eine Analyse der Beiträge der einzelnen Bereiche zum Bruttoinlandsprodukt in dem Vergleichszeitraum 1950 bis 1969 für das Land Bremen das traurige Ergebnis einer von 1950 bis 1969 nahezu erstarrten Wirtschaftsstruktur. Der Anteil der beiden wichtigsten Bereiche, nämlich das warenproduzierende Gewerbe und der Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, weisen in Prozentsätzen des Bruttoinlandsprodukts mit minimalen Änderungen denselben Anteil auf, den sie bereits im Jahr 1950 innegehabt haben. Das sind ganz nüchterne Fakten!

Wenn zum Beispiel das warenproduzierende Gewerbe 1950 41,1 Prozent des gesamten Produktes ausmachte, dann müssen wir für das Jahr 1969 die Zahl von 41,2 Prozent mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, also eine fast völlige Identität. Demgegenüber, meine Damen und Herren, die Vergleichszahlen des Bundesgebietes: 1950 für dieselben Bereiche 49,6 Prozent, 1969 53,9 Prozent. Hier also eine beachtliche Steigerung! Mit anderen Worten: Die 1950 schon ungünstige Struktur hat sich bis zum Jahr 1969 gegenüber dem Bundesgebiet verschlechtert. Ähnlich ist die Zahl bei Handel, Verkehr und Nachrichtenvermittlung. 1950 betrug der Anteil im Land Bremen 36,2 Prozent, 1969 35,4 Prozent. Hier wiederum der Vergleich mit dem Bundesgebiet: 1950 19,9, Rückgang 1969 auf 18,4 Prozent.

In diesen Zahlen wird deutlich, welche außenwirtschaftliche Kopflastigkeit das Land Bremen besitzt. Es ist nur natürlich, daß gerade diese strukturelle Fehlentwicklung uns im Hinblick auf die Maßnahmen Nixons mit großer Sorge erfüllt. Hinzu kommt, und auch das muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden, daß die Zuwachsraten des Sozialprodukts in den verschiedenen Ballungsgebieten der Bundesrepublik wesentlich höher liegen als im Land Bremen.

Auch hier habe ich wieder unbestrittene Quellen, nämlich den Finanzbericht des Finanzsenators aus dem Jahr 1971, und zwar die Seite 32. Bremen hat von allen deutschen Großstädten und Ballungsgebieten die geringste Zuwachsrate überhaupt. Hier die Zahlen: Die größte Zuwachsrate hat Stuttgart mit 120 Prozent je Einwohner und 110 Prozent je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung 1957 gegenüber 1966. Bremen erzielt mit einer Zuwachsrate von 60 Prozent je Einwohner — Bruttoinlandsprodukt — und 56 Prozent je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung nur die Hälfte des Zuwachses des Spitzenreiters. Es liegt im Konzert der Großstädte der Bundesrepublik genau an elfter und damit letzter Stelle.

Man kann die einzelnen Zahlen sicher in dieser oder jener Form etwas relativieren. Ich möchte darüber hier keinen Streit entfachen. Darum geht es mir gar nicht! Es muß zugegeben werden, eine wesentliche Rolle spielen hierbei selbstverständlich die Verbrauchsteuersätze, die das Bruttoinlandsprodukt sicherlich in einigen Teilen unterschiedlich belasten. Dennoch müssen wir nüchtern die Tendenz sehen, daß Bremen in der Zahl der Großstädte hintenan steht. Denn die Relativierung zugunsten oder zuungunsten wirken ja bei allen gleich.

Erschwerend kommt dann noch hinzu ein strukturelles Ungleichgewicht innerhalb des Landes Bremen, also praktisch eine Strukturschwäche innerhalb der Strukturschwäche. Auch das muß hier einmal, wie ich meine, deutlich und unwiderlegbar festgestellt werden.

(Zuruf von der SPD)

Ich bin der Überzeugung, Herr Kollege, Sie können es gern versuchen. Soweit ich hier also die Zahlen des Finanzsenators habe, meine ich doch, einen Beitrag leisten zu dürfen, der unstreitig sein könnte.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Bei Ihnen ist nichts unstreitig, Herr Klein!)

Müssen wir feststellen, daß Bremen im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet strukturell sehr schwach dasteht und zum anderen im Vergleich der Ballungsräume den schlechtesten Platz einnimmt, wie die Zahlen erweisen, so haben wir innerhalb des Gebietes des Landes Bremen folgendes zu beklagen:

Schauen wir uns die wichtigsten Bereiche an. Der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes belief sich in Bremerhaven im Jahr 1957 auf 32,9 Prozent und verschlechterte sich bis zum Jahr 1966 auf 28,6 Prozent. Vergleichszahlen für Bremen lauten: 1957 40,8 Prozent beziehungsweise 1966 40,6 Prozent. Stellen wir diesen Zahlen die Durchschnittszahlen des Bundesgebietes mit 53,5 Prozent gegenüber, so sehen wir deutlich, wie stark unterrepräsentiert das warenproduzierende Gewerbe, also die Industrie, in Bremerhaven ist.

Festzuhalten bleibt nochmals, daß hier keine Verbesserungen in all den Jahren, sondern eine Verschlechterung eingetreten ist. Der Senator für die Finanzen schreibt einsichtigerweise in seinem Finanzbericht wörtlich: „Der Ansatzpunkt für eine Neuorientierung in der Wirtschaftsstruktur Bremerhavens liegt bei dem Sektor warenproduzierendes Gewerbe." Diese Erkenntnis einer Neuorientierung hätten die Verantwortlichen des Senats bereits vor

zwanzig Jahren haben müssen, denn damals war die Struktur genauso schlecht wie heute.

Diese, wie wir meinen, verfehlte Strukturpolitik hat auch direkte negative Wirkungen auf den einzelnen Bürger in der Stadt Bremerhaven. Ein Vergleich der wirtschaftlichen Meßzahlen der Stadt Bremerhaven und Bremens zeigt ein beachtliches Wohlstandsgefälle. Betrug 1966 das Bruttoinlandsprodukt — —

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Was hat das alles mit Nixon zu tun?)

Ich beweise, Herr Senator, unsere Analyse, daß bei diesen speziellen Strukturschwächen die Maßnahmen Nixons ganz besonders stark hier im Land durchschlagen werden.

(Abg. Kauffmann [CDU]: Melden Sie sich, wenn Sie etwas zu sagen haben!)

Ein Vergleich der wirtschaftlichen Meßzahlen der Stadt Bremerhaven und Bremens zeigt ein beachtliches Wohlstandsgefälle:

(Abg. Uhde [SPD]: Herr Kauffmann, Sie sind nicht Herr Klein!)

Betrug 1966 das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner — —

(Starke Unruhe und Zurufe)

Ich warte einen Augenblick! Ich halte es für wichtig, daß Sie diese Zahlen zur Kenntnis nehmen.

Betrug 1966 das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in der Stadt Bremen 11 200 DM, so entfallen in der Stadt Bremerhaven je Einwohner nur 6380 DM, also fast nur die Hälfte dessen, was pro Einwohner in der Stadt Bremen erwirtschaftet wurde. Das, Herr Dr. Borttscheller, dürfte also eine Feststellung sein, die Ihnen Anlaß geben sollte zur sachlichen Mitarbeit.

Ich darf zusammenfassend bemerken: Das Land Bremen blieb in seiner wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund einer verfehlten Strukturpolitik hinter dem Bundesdurchschnitt und insbesondere hinter den Meßzahlen vergleichbarer Ballungsgebiete stark zurück. Daten hierfür sind das Sozialprodukt und das Gesamtsteueraufkommen. Die im Jahr 1950 als Ausgangsbasis bestehende ungünstige Wirtschaftsstruktur hat sich bis zum heutigen Tag nicht verändert. Innerhalb des Landes Bremen besteht ein beachtliches Wohlstandsgefälle zuungunsten Bremerhavens.

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Ein einziges Plädoyer für den Antrag!)

Dazu komme ich jetzt, Herr Dr. Borttscheller!

(Zuruf des Abg. Fichtner [NPD] — Glocke)

Vizepräsident Bugla: Ich bitte doch, die Zwiegespräche zu unterlassen. Wer etwas zu sagen hat, möge sich an das Rednerpodium oder an ein Fragemikrophon begeben. Wir sind in einer derartigen Zeitenge, daß wir doch versuchen sollten, über die Runden zu kommen.

Abg. **Klein** (CDU): Wir sind trotz dieser beklagenswerten Analyse nicht der Auffassung, daß wir Bremen dienen, wenn wir nun in der letzten Sitzung dieses Hauses in dieser Legislaturperiode dem Antrag der NPD zustimmen. Diese traurigen Fakten und die additive Wirkung der Maßnahmen Nixons werden von uns sorgfältig beobachtet, und wir bemühen uns, Abhilfe zu schaffen. Wir halten es aber nicht für sachgerecht, in einem für Bremen so existentiell wichtigen Punkt dem Senat Gelegenheit zu geben, kurz vor der Wahl aus naheliegenden, nicht sachgerechten Gründen diese Dinge herunterzuspielen. Ich glaube, man sollte den Senat nicht in diese Versuchung führen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Herr Klein, Sie kennen doch die Geschäftsordnung mit Entschließungen und so weiter!)

Ja, das ist leider Ihr Pech! Bitte, wenn Sie jetzt dem Senat die Gelegenheit geben, einen Bericht zu erstatten, dann müssen Sie sicher sein, daß vor der Wahl genau das gesagt werden wird, was bereits vom Senat dazu öffentlich gesagt worden ist, nämlich ein allgemeines Verniedlichen und Abwiegeln, und deswegen — —

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Warum arbeiten Sie eigentlich dauernd mit Unterstellungen?)

Ich bin ein Realist, Herr Kollege Böhrnsen! Deswegen habe ich Ihnen die Fakten auf den Tisch gelegt, die Sie nicht bestreiten können, und darauf stützen wir unsere Überzeugung, daß die Maßnahmen Nixons sich besonders stark in Bremen bemerkbar machen werden, wegen dieser nachgewiesenen — und zwar doppelt nachgewiesenen — Strukturschwäche.

(Unruhe und Zurufe)

Herr Kollege Borttscheller, Hintersinn ist etwas, was man Ihnen nicht absprechen kann. Es gab einmal eine Zeit, da identifizierten Sie sich in der Sache mit mir.

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Ich komme darauf zurück! — Abg. Böhrnsen [SPD]: An diese Vergangenheit erinnert er sich aber nicht gern!)

Nein, er ist in der letzten Zeit ein bißchen sprunghaft geworden.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das hat was mit Einsicht zu tun!)

Es kommt noch folgendes hinzu: Herr Bürgermeister Koschnick hat in den letzten Tagen öffentlich erklärt, er sei gegen eine europäische Wäh-

rungsunion. Er hat ausweislich eines Interviews des „Weser-Kurier" vom 27. 8. 1971 davor gewarnt.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Wie bitte?)

Das kennen Sie nicht? Darf ich das eben zitieren. Es heißt im „Weser-Kurier" vom 27. 8. 1971: „Koschnick warnte in einem Gespräch mit dem „Weser-Kurier" eindringlich davor, Pläne für eine europäische Währung ernsthaft weiter zu verfolgen".

Damit steht er also im diametralen Widerspruch selbstverständlich zur Politik der CDU, aber auch zur Politik der Bundesregierung, der derzeitigen, und der häufig mit Billigung der Bundesregierung geäußerten Auffassung des Ministerrats der EWG. Diese Meinung — ich kann das jetzt im einzelnen nicht darlegen — ist nicht sachgerecht, und wir möchten verhindern, daß Bürgermeister Koschnick in den hier von der NPD erbetenen Bericht eine solche, uns weiter Schaden zufügende, sachlich in gar keiner Weise zu rechtfertigende Auffassung hineinfließen läßt. Wir warten ab, bis ein neuer Senat sich dieser katastrophalen Lage annimmt. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Bugla: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich im Gegensatz zu meinem Vorredner bemühen, mich an den Antragswortlaut zu halten.

(Abg. Schnakenberg [SPD]: Das ist gut, aber der andere war schlecht!)

Die in dem Antrag Nummer 574 angesprochene Dollar-Krise mit ihren eventuellen Auswirkungen auf die Sicherheit bremischer Arbeitsplätze und auch auf die bremische Wirtschaft und auf die durch den Senat zu treffenden Maßnahmen

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

sind es sicherlich wert, hier in diesem Hause zum gegebenen Zeitpunkt allerdings angesprochen und diskutiert zu werden.

(Abg. Fichtner [NPD]: Wann wäre das?)

Wir halten es nicht für gerechtfertigt — ich komme gleich darauf, Herr Fichtner —, beim augenblicklichen Sachstand dem Antrag zuzustimmen oder gar auch noch eine Sondersitzung durchzuführen, wie sie ja von Ihnen angestrebt wurde. Dazu sind die Dinge noch viel zu sehr im Fluß. Der Sachverhalt ändert sich im Grunde genommen täglich, die eigentlichen Entscheidungen, Herr Brouwer, fallen auch sicherlich nicht in Bremen, dem kleinsten Bundesland,

(Abg. Vorsatz [NPD]: Aber Bremen ist betroffen!)

in einer Stadt, sondern in internationalen Gremien. Das mögen wir bedauern, aber wir können es auch nicht ändern.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Aber Vorsorge können wir treffen!)

In internationalen Gremien der EWG zum Beispiel am 13. 9., in den kommenden GATT-Konferenzen am 27. 9., in den Hauptstädten innerhalb und außerhalb der EWG, und nicht zuletzt im Weißen Haus, in Washington selbst. Dort sitzt man nun einmal am stärkeren Hebel. Mit anderen Worten: Der Zeitpunkt für eine abschließende Stellungnahme auf der Grundlage eines einigermaßen überschaubaren und entscheidungsreifen Sachverhalts ist überhaupt noch nicht vorhanden. Und es wirkt auch nicht gerade überzeugend, wenn wir als kleinstes Bundesland hier in Panikmache ausbrechen, solange größere, wesentlich größere Bundesländer an derartige Maßnahmen, wie Sie sie hier vorgeschlagen haben, noch gar nicht gedacht haben. Wir sollten nämlich alles vermeiden und auf dem Teppich bleiben

(Heiterkeit bei der CDU)

und nicht etwa den Eindruck außerhalb unserer Landesgrenzen erwecken, als wären wir der Nabel der Welt und könnten hier in Bremen Weltprobleme lösen.

(Abg. Fichtner [NPD]: Wir sind in der Tat der Nabel!)

Da Sie es nun nicht kapieren, zwingen Sie mich geradezu, nun doch noch etwas mehr zu sagen. Vergegenwärtigen wir uns doch noch einmal, daß es sich bei der Dollar-Krise nun einmal um ein weltweites Problem handelt, ausgelöst sicherlich durch die hemdsärmeligen Maßnahmen des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der auch durch einen bemerkenswerten Protektionismus versucht, den Dollar zu retten.

Und wenn wir auch wissen, daß das Zahlungsbilanz-Defizit der USA Mitte August dieses Jahres immerhin 22 Milliarden Dollar betrug und die Arbeitslosenquote immerhin 5 Millionen zur Zeit beträgt und auch Nixon sich in der Vorbereitung seines Wahlkampfes befindet, so ändert es sicherlich nichts daran, daß die Vereinigten Staaten durch die zehnprozentige Importsteuer nicht nur gegen das System von Bretton Woods, sondern auch gegen Artikel 12 der GATT-Bestimmungen verstoßen haben und hierdurch nahezu alle Industrienationen der Welt in Mitleidenschaft gezogen worden sind.

Daß Sie das selber wissen, das unterstelle ich, Herr Brouwer, aber Sie sprechen ja sicherlich auch für die weitere Öffentlichkeit, und dem Trend und

dem Drall, den Sie in Ihre Ausführungen hineinlegen wollten, dem wollen wir hier entgegenwirken, und zwar der Objektivität halber! Wir dürfen nämlich nicht verschweigen, daß Nixon auch erklärt hat — auch das müssen wir hier sagen —, die Importsteuer solle sicherstellen, daß amerikanische Erzeugnisse nicht aufgrund — ich zitiere wörtlich — „unfairer Wechselkurse benachteiligt werden, sobald die unfaire Behandlung aufhört, wird die Importsteuer ebenfalls wegfallen". Das ist nämlich eine Bemerkung, die zur Zeit völlig untergeht.

Diese Erklärung ist sicherlich nicht an die Adresse der Bundesregierung oder der Bundesrepublik gerichtet worden. Und es läßt obendrein vermuten, daß die Importsteuer eines der Faustpfänder Amerikas in der GATT-Konferenz am 27. 9. darstellen wird. Der Wegfall hängt davon ab, ob auch andere, insbesondere Frankreich, dem Beispiel der Bundesrepublik und auch Japans folgen und die Wechselkurse freigeben und damit praktisch aufwerten.

Die Vereinigten Staaten — auch das müssen wir hier erkennen — können aus politischen Gründen den Dollar überhaupt nicht abwerten. Die Abwertung würde unter anderem bedeuten, daß die Relation des Dollar zum Gold verändert würde und werden müßte, und das Gold würde teurer, und hiervon würden einseitig die goldproduzierenden Länder, nämlich Südafrika und die UdSSR profitieren. Auch das sollten wir in die Betrachtung mit einbeziehen, wenn wir den Gesamtsachverhalt — Sie haben ihn ja angesprochen — würdigen sollen.

Wenn man nämlich diese Zusammenhänge sieht und gleichzeitig berücksichtigt, daß die Vereinigten Staaten am stärksten Hebel sitzen, dann begreift man, daß der Bundeswirtschafts- und Finanzminister Schiller mit der Freigabe der Wechselkurse im Mai dieses Jahres und auch mit seinen Vorschlägen gegenüber den EWG-Mitgliedstaaten im Interesse von uns allen völlig richtig liegt und wir allen Anlaß haben, solches hier auch auszusprechen und nicht, im Gegensatz zu Ihnen, in eine Panikmache ausbrechen.

(Abg. Brouwer [NPD]: Von Panikmache ist keine Rede!)

Nicht von ungefähr haben sich mit Ausnahme Frankreichs — Sie hatten ja Bedenken, ob die EWG überhaupt noch funktioniert — die übrigen EWG-Staaten für seine Vorschläge ausgesprochen, zumindest angenähert, beziehungsweise sind ebenfalls zur Freigabe ihres Wechselkurses übergegangen. Besonders durchschlagend war ja nun die Freigabe des Yen in Japan.

Den Maßnahmen Schillers haben nicht nur die Deutsche Bundesbank und zahlreiche Wirtschaftsexperten zugestimmt, sondern auch, und das verdient erwähnt zu werden, der prominenteste — Herr Klein ist leider hinausgegangen — Wirtschaftsexperte der CDU, der frühere Bundeskanzler und Wirtschaftsminister Erhard, der ja nun am 3. 9. 1971 ohne Einschränkung erklärt hat, Schiller befinde sich mit seiner Währungspolitik auf dem richtigen Weg, und zwar nicht erst jetzt, sondern bereits durch früher getroffene Maßnahmen im Mai dieses Jahres.

Daß wir Sozialdemokraten darüber angesichts zahlreicher Negativerklärungen, wie wir sie eben von Herrn Klein, vorgestern von Herrn Müller-Hermann — ganz zu schweigen von unserem Freund Emil Koschek — gehört haben,

(Zurufe von der SPD: Emil und die Detektive!)

besondere Genugtuung und Freude empfinden, sei nachdrücklich festgestellt.

Alles in allem, es besteht aufgrund des vorhandenen Zahlenmaterials unter anderem des Bundeswirtschaftsministeriums, der Deutschen Bundesbank und der Handelskammer Bremen, kein Grund, die Lage zu dramatisieren, wobei wir vorhandene und entstehende Schwierigkeiten keinesfalls verkennen wollen. Sorglosigkeit, Herr Brouwer, wäre sicherlich fehl am Platze. Bei allen, auch vorhandenen, punktuellen Schwierigkeiten wird es aber weder eine Rezession, noch durchschlagende Gefahren für unsere Arbeitsplätze weder in der Bundesrepublik noch in Bremen geben.

(Abg. Brouwer [NPD]: Ihrer Ansicht nach!)

Nicht nur meiner Ansicht nach, sondern denken Sie an die Konjunkturrücklage von 5,5 Milliarden DM, denken Sie an die gesperrten Gelder, die die Länder mit 2,5 Milliarden DM etwa zurücklegen mußten! Das ist immerhin eine runde Summe von weit über 7 Milliarden DM, nämlich die Summe, die uns 1967 nicht zur Verfügung gestanden hat.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß wir nach wie vor auch in der Bundesrepublik 2 Millionen ausländische Arbeitnehmer haben, davon allein 16 000 im Stadtgebiet Bremen. Vergessen wir weiterhin nicht, daß die Freigabe der Wechselkurse der DM uns zwar einen Aufwertungssatz von 8 Prozent gegeben hat, daß aber schon jetzt — auch das sollten wir einmal sagen — der Aufwertungseffekt unter Berücksichtigung aller bereits freigegebenen Währungen laut Bundeswirtschaftsministerium vom 31. 8. 1971 nur noch bei zirka 4,9 Prozent liegt.

Ich will hier gar nicht auf die bereits bekannten Zahlen von 9,1 Prozent eingehen. Ich will auch hier nicht noch einmal wiederholen, wo die punktuellen Schwierigkeiten in der Bundesrepublik liegen. Für das Land Bremen jedenfalls gibt es gar keinen Zweifel, da sind es etwa 9,2 Prozent, die wir ausführen, das heißt 130 Millionen von 1,4 Milliarden DM. Aber auch hier müssen wir erklären, daß zum Beispiel der Schiffsexport mit rund 40 Millionen DM von den bisher getroffenen Maßnahmen Amerikas überhaupt nicht betroffen ist. Im übrigen wird es gewisse Engpässe geben im Maschinenbau, bei den elektronischen Erzeugnissen. Ich glaube, das Bier

brauchen wir hier wohl nicht zu erwähnen, denn Auskünfte der Firmenleitungen ergeben ganz eindeutig, daß sie wohl eventuell Schwierigkeiten befürchten, sie diese Schwierigkeiten aber im Augenblick noch nicht zu konkretisieren vermögen.

(Abg. Ströh [SPD]: Das deutsche Bier ist zu gut!)

Daß mit diesen Maßnahmen eventuell auch die Reedereien besonders hart betroffen sein können, sei völlig unbestritten. Desgleichen werden wir daher auch unser Hauptaugenmerk auf die Häfen und auf die dort beschäftigten Arbeitnehmer zu richten haben. Sie können aber unbesorgt sein, wir stehen jedenfalls Gewehr bei Fuß! Nur wird jeder Verständnis dafür haben, daß gezielte Maßnahmen erst dann getroffen werden können, wenn sich der Sachverhalt in etwas klareren Konturen überblicken läßt. Auf Ihre Branche, Herr Krauss, komme ich noch besonders zu sprechen.

Wichtig erscheint mir aber schon jetzt, daß die begonnenen Infrastrukturmaßnahmen, zum Beispiel der Bau der Autobahn nach Bremerhaven, gerade mit Rücksicht auf den Containerverkehr

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Borttscheller [FDP])

fortgesetzt wird, auch die Industrieansiedlung an den hierfür noch vorhandenen Plätzen in Bremen weiterbetrieben wird, wenn auch unter Berücksichtigung aller Grundsätze des Umweltschutzes. Auch hier wird es nur einen Kompromiß geben können: Weder das eine in Reinkultur, noch das andere in Reinkultur kann vorangetrieben werden. Und hier haben wir den günstigen Ansatzpunkt, daß das, was wir unter dem Stichwort Wettbewerbsverzerrungen verstehen, zum Beispiel, Herr Krauss, im LKW-Verkehr und bei den Frachttarifen der Bundesbahn, daß das erneut angegangen werden kann.

Seien Sie versichert, daß meine Fraktion — und Sie wissen, wie schwer das für Sie ist, Herr Dr. Borttscheller, denn Sie haben nie etwas erreicht — im Zusammenwirken mit dem Senat bereit ist zu handeln im Interesse von Bremen, seiner Wirtschaft und seiner Bevölkerung, und zwar genau zu dem Zeitpunkt, an dem der Sachverhalt entscheidungsreif ist.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Das Wort hat nun der Abgeordnete Vorsatz. — Er ist nicht da!

Dann hat das Wort der Abgeordnete Dr. Borttscheller.

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich hätte ja eigentlich gewünscht, daß der Senator für Wirtschaft und Außenhandel vor mir spräche,

(Heiterkeit)

dann hätte ich ihn nachher besser in die Pfanne hauen können. Nun hat er vielleicht die Möglichkeit, mich am Hammelbein zu kriegen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dr. Borttscheller, hier sehen Sie den Vorteil, den ein Mitglied des Senats hat. Ich kann nicht bestimmen, wann es sich in die Debatte einschalten will. So erging es Ihnen jahrelang. Jetzt sind Sie Abgeordneter, jetzt merken Sie, wie das aussieht!

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Dafür kann ich jetzt sehr viel freier sprechen als vorher.

(Heiterkeit)

Vorher war ich ja, wie mein Freund Thomas Dehler gesagt hat, in der Zucht des Kabinetts. Ich war zwar nie in der Zucht des Kabinetts, ich habe immer über die Stränge geschlagen, heute tue ich es um so mehr.

Lieber Herr Klein, also ich habe Ihren statistischen Erguß mit großem Interesse gehört. Ich muß sagen, Ihre Gehirnwindungen müssen völlig schief eingehängt sein.

(Stürmische Heiterkeit)

Im Grunde war das Ganze ein Plädoyer für die Annahme des Antrags der NPD, von A bis Z. Wie Sie dann die Kapriole schlugen und zu dem Ergebnis kamen, sie müßten trotzdem den Antrag ablehnen, das ist allerdings das Geheimnis Ihres Intellekts. Ich kann nur bedauern, daß Sie zwar die Aufbereitung ganz gut dargelegt haben, aber die Konsequenzen, da waren Sie, na, Sie haben einen abgeschnallten Hinterkopf gehabt, mehr kann ich nicht sagen.

(Heiterkeit — Abg. Gassdorf [CDU]: Die sind nicht alle so schön, wie Sie es sind!)

Ich bin von ganz anderen Voraussetzungen ausgegangen. Ich finde den Antrag der NPD durchaus vernünftig. Was will er eigentlich, der Antrag? Er fordert den Senat auf, einen Bericht zu geben über die Konsequenzen, die sich für die bremische Wirtschaft ergeben aus der Roßkur, die Herr Nixon uns allen auferlegt hat. Das ist es doch!

Am Schluß besagt der Antrag: Hat der Senat Vorstellungen darüber, was geschehen müßte wegen der Arbeitsplätze und so weiter. Der Schwerpunkt liegt doch aber auf dem Bericht. Liegt der Bericht erst einmal vor — und ich sehe nicht ein, weshalb der Senat den Bericht nicht geben sollte —, dann können wir ja weitersehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vorhin ist gesagt worden, wir sollen uns nicht als den Nabel der Welt betrachten. Das sind wir durchaus nicht! Wir wollen die Pupille aber auch nicht zu sehr verengen! Es gibt neben der produzierenden Wirtschaft auch noch etwas ganz anderes: Bremen ist nicht nur ein Hafen für sich und für die bremische produzierende Wirtschaft, sondern für ganz Europa. Durch Bremen fluten jährlich Werte, die Sie wahrscheinlich alle nicht im Kopf haben oder doch nur sehr wenige,

in Höhe von rund 24 Milliarden DM, wenn man beide Richtungen bedenkt, Einfuhr und Ausfuhr. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten macht nicht mehr und nicht weniger aus als volle 4 Milliarden DM im Jahr. Wenn Sie die Dinge so sehen: Alles europäischer Export, nicht nur deutscher Export.

Sie werden mir wohl zugeben, daß diese Erhöhung der Abgaben auf Einfuhren in die Vereinigten Staaten um volle 10 Prozent eben diesen Export zumindestens treffen muß. Ich sage nicht, hart, aber zumindestens treffen muß. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich von diesen 4 Milliarden etwas hergeben muß. Und wir werden etwas hergeben müssen! Es geht ja nicht nur um die Erhöhung der Importabgabe oder die Einführung einer Importabgabe um 10 Prozent, sondern um die vorherige Erhöhung des Wertes der DM im Vergleich zum Dollar. Die DM ist vorher aufgewertet worden gegenüber dem Dollar. Wir sind jetzt durch das Floating auf die kalte Tour zu einer Erhöhung von 8 Prozent gekommen. Indem Sie die Importabgabe und die 8 Prozent zusammenzählen, kommen Sie auf 18 Prozent, die deutsche und europäische Ausfuhren überwinden müssen, um drüben noch einen Markt zu finden. Das ist kein Pappenstiel, und man kann hier wirklich nichts verharmlosen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Dr. Borttscheller, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Franke zu beantworten?

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Ja, bitte!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Dr. Franke!

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Kollege Dr. Borttscheller, ist Ihnen bekannt, daß der Einführung der zehnprozentigen Importsteuer der Wegfall einer siebenprozentigen Sondersteuer und 3,5 Prozent besonderer Zollabgaben gegenüberstehen?

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Das ist mir nicht entgangen, Herr Dr. Franke! Trotzdem bleibe ich dabei, zu behaupten, daß die Verhältnisse vorher mir viel lieber waren. Außerdem trifft das, was Sie sagen, nur einen Teil der deutschen Exporte, zum Beispiel die Ausfuhr von Automobilen. Die gesamte europäische und deutsche Ausfuhr wird so nicht begünstigt, wie Sie es sagen.

Ich möchte noch etwas sagen, was Sie vielleicht zu einiger Besinnung veranlassen wird, nämlich, daß unter den 4 Milliarden DM der Ausfuhr, die über die bremischen Häfen gehen, sich 1,5 Milliarden DM befinden, die die Automobile betreffen, eine volle Milliarde DM, die die Maschinenausfuhr, 230 Millionen DM, die die Textilausfuhr, etwa 100 Millionen DM, die auch die Landwirtschaft betreffen, Lebensmittel etwa. Und dazu kommen noch 130 bis 140 Millionen DM an Stahl- und Eisenexporten.

Also, ich meine, wenn ich Ihnen diese Ziffern hier nenne, dann haben wir alle Veranlassung, die Sache nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Der Herr Senator für Wirtschaft und Außenhandel hat ganz gewiß auf seinem Sektor recht: die Prozentsätze stimmen hinsichtlich der Ausfuhr der bremischen produzierenden Wirtschaft, aber was die große anlangt, so haben wir sehr viel umfangreichere Verhältnisse, die wir im Auge behalten müssen.

Was nun die Wechselkurse angeht, so möchte ich hier keineswegs den Eindruck erwecken, als ob ich ein Gegner der Währungspolitik von Herrn Schiller sei, ganz im Gegenteil, ich befinde mich in der guten Gesellschaft von Herrn Ludwig Erhard, der vor ein paar Tagen sagte, der Schiller ist auf dem richtigen Weg.

Ich habe mir nie angemaßt, mehr von Währungsgeschichten zu verstehen und von Wirtschaft als Erhard. Da kann ich nur sagen, das hat meinen vollen Beifall, weil es anders gar nicht mehr ging. Nur, meine Herrschaften, wenn wegen der Währungsverluste die „Grüne Front", die Landwirtschaft, Jahr für Jahr Milliarden bekommt an Subventionen und Beihilfen, dann kann die deutsche Seeschiffahrt, die „Blaue Front", auch verlangen, eine Beihilfe zu bekommen.

Ein Prozent Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar bedeutet einen Einnahmeverlust der Seeschiffahrt von 25 Millionen DM. Bei 8 Prozent sind das 200 Millionen DM. 200 Millionen, meine Herrschaften, zu verkraften in einem Abschwung der Frachten, das ist einfach unmöglich.

Ach, wie schön, daß Sie wieder da sind! Schade, Herr Klein, ich habe Sie vorhin apostrophiert! Wir können noch ein weiteres Duett pfeifen!

(Heiterkeit)

200 Millionen DM in einer Zeit des Abschwungs der Frachten zu ertragen, ist unmöglich. Ich gönne der „Grünen Front" alle Hilfen, die Landwirte haben schwer zu ringen, sie haben einen schweren Stand im Versuch, aufrecht zu bleiben, aber die christliche Seefahrt hat es jetzt auch sehr, sehr schwer, und ich meine, wenn man der „Grünen Front" was gibt, soll man der „Blauen Front" auch was geben.

Das wäre eine der Maßnahmen, die ich verlangen möchte. Das sind keine Wohltaten, sondern das sind nur Konsequenzen aus einer sehr unangenehmen Lage. Panikmache ist das natürlich noch lange nicht, Herr Franke, aber rosarote Brillen — Sie haben ja keine auf, sonst hätte ich Sie Ihnen heruntergenommen — die sind fehl vorm Auge. Wir müssen die Ohren sehr, sehr steif halten, um durchzukommen.

(Abg. F i s c h e r [CDU]: Aber fest angeklammert an den Rettungsring!)

Man muß die Dinge sehr ausgewogen betrachten.

Herr Klein hat in dem schwärzesten Pessimismus gemacht, Sie, Herr Franke, haben die Dinge etwas rosarot angehaucht, ich ziehe vor, den Kurs der

Kraft der Mitte zu halten. So steht es auf den Wahlplakaten, meine Herrschaften,

(Stürmische Heiterkeit)

so wollen Sie mich sehen, auch hier bei dem Plädoyer in wirtschaftspolitischer Hinsicht, nicht anders.

(Abg. S t r ö h [SPD]: Schorse, mach die Schotten dicht!)

Weder ein Ausschlag nach rechts, noch ein Ausschlag nach links.

(Unruhe und Zurufe)

Nicht defätistisch, mein lieber Herr Klein! Sie haben schamhaft verschwiegen, daß Hamburg und Bremen auf den Kopf der Bevölkerung die höchste Summe an Sozialprodukt haben. Das haben Sie nicht so herausgeholt, es ist aber so. Es kann auch gar nicht anders sein, weil wir für eine Akkumulation der produktiven Wirtschaft haben, ob das Dienstleistungsbetriebe sind oder produzierende Wirtschaft. Im Vergleich zu anderen, zu den Flächenländern muß es so sein. Weil es aber so ist, können wir nicht zu schwarz malen. Ich wiederhole: Ich sehe nicht schwarz, ich sehe nicht rosarot, ich versuche — jedenfalls versuche ich es — die Dinge so zu betrachten, wie sie sind.

(Abg. S o n n t a g [SPD]: Wie der weiße Riese!)

Ich habe dieser Tage Berichte gelesen von unserem bayrischen Repräsentanten München, ich meine die bremische Hafenvertretung, die ja immer die Porzellanindustrie in der Oberpfalz besucht. Wollen Sie mir glauben, daß seit der Aufwertung der DM der Porzellanexport in die Vereinigten Staaten allein um 50 Prozent zurückgegangen ist?

(Abg. D r . F r a n k e [SPD]: Rosenthal ist bei uns, wir wissen es!)

65 Millionen DM macht der Wert des Glas- und Porzellanexports über die bremischen Häfen aus. Wenn 50 Prozent davon betroffen sind, ist das auch kein Pappenstiel.

Ich erzähle Ihnen das alles, damit Sie mit sich zu Rate gehen und nicht die Dinge zu einseitig betrachten. Wahltaktisch, pessimistisch, in dunkle Tinten getaucht, in demagogischen Tinten schwimmend, wie Herr Klein es ja immer tut, und er, Herr Franke, zu rot angehaucht, manchmal brandrot, das ist auch von Übel. Halten Sie sich an mich, meine Herrschaften, einen Mann der Mitte, Freier Demokrat!

(Unruhe und Heiterkeit — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Dr. Borttscheller, die letzten Ausführungen waren, glaube ich, kein Sachbeitrag mehr zum Tagesordnungspunkt!

Abg. **Dr. Borttscheller** (FDP): Es war ein reiner Beitrag zur Wahl!

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort die Abgeordnete Frau Förster.

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es tut mir so furchtbar leid, daß ich diese Karnevalssitzung hier beenden muß,

(Beifall bei der CDU)

aber ich möchte gern noch einige Tatsachen bringen, die sich auf das Thema beziehen.

Wir danken Herrn Brouwer für seine ausführlichen Darstellungen, die auch im Laufe der vergangenen Jahre hier häufig getroffen wurden. Wir können dem Antrag Herrn Brouwers aus folgenden Gründen nicht zustimmen:

Herr Klein hat einen unserer Gründe genannt und der zweite, mit dem ich Herrn Dr. Franke zustimme, ist, daß wir inmitten der noch andauernden Krise uns nicht dazu entschließen können, den Senat zu bitten, einen Bericht vorzulegen. Wir wissen ganz genau, wie dieser Bericht aussehen würde. Alle, die wir uns mit dem Thema beschäftigen, kennen die Tatsachen. Wenn wir auch das kleinste Land in der Bundesrepublik sind, so sind wir sicherlich nicht das unwichtigste. Ich möchte vor allem unseren Senat bitten, im Bund Einfluß zu nehmen, um das, was wir hier befürchten müssen, zu verhindern.

Herr Minister Schiller kündigte im August indirekt eine Hilfe für anfällige Exportindustrien an. Er sagte, man würde von seiten der Bundesregierung Lösungen finden, um Gefährdungen der Exportwirtschaft zu vermeiden. Wir warten jetzt auf diese — und da zitiere ich Herrn Schiller — „deutsche Strategie", die Herr Schiller als Antwort auf die amerikanischen Maßnahmen entwickeln will.

Der Gesamtexport Bremens betrug 1970 1,4 Milliarden DM. Davon gingen zirka 80 Prozent, gleich 114 Millionen DM, an Waren in die USA. Rund 14 Millionen DM entfallen auf den Schiffsexport. Da die Schiffe nicht zollpflichtig sind, werden sie infolgedessen auch nicht durch die Importsteuer Amerikas betroffen. So bleiben vor allem unsere Maschinenexporte mit 15 Millionen DM, die Kraftfahrzeuge mit 12 Millionen DM, die Eisenwaren mit 8 Millionen DM und elektrotechnische Artikel mit 6,5 Millionen DM, die von der Importsteuer betroffen werden.

(Abg. F i c h t n e r [NPD]: Na also!)

Ich brauche nicht zu betonen, daß zu dieser Importsteuer von 10 Prozent noch die bislang achtprozentige indirekte Aufwertung durch das sogenannte Floating kommt. Besonders problematisch scheint es in diesem Zusammenhang zu sein, daß neben der Erschwerung der künftigen Geschäfte auch bereits abgeschlossene Kontrakte von der Importabgabe betroffen werden. Man weiß darüber noch nicht Genaueres, aber man befürchtet es.

Ich komme kurz zum Hafenumschlag in Bremen. Dieser wird mit Sicherheit Rückschläge hinehmen müssen. Rund 1,2 Millionen Tonnen, das sind 15

Prozent der Gesamtverladungen — die Gesamtverladungen betragen 7,4 Millionen Tonnen —, gingen im Jahr 1970 in die USA. Diese Verladungen setzen sich wie folgt zusammen: Fahrzeuge mit 365 000 Tonnen, Stahlerzeugnisse 118 000 Tonnen und Maschinen mit 83 000 Tonnen. Dazu kommen noch kleinere Exportartikel.

Vorhin wurde der Export der Autoindustrie bereits angeschnitten, und zwar ist es da folgendermaßen: Im Laufe der vergangenen Jahre hatte man in Amerika die Zölle gesenkt. Soweit die Zölle um 10 Prozent gesenkt wurden, werden diese jetzt um 10 Prozent angehoben. Nun haben wir zuletzt für unsere Automobile eine Steuer von 3,5 Prozent bezahlt, so daß man annimmt, daß die Automobile nicht mit 10 Prozent besteuert werden, sondern „nur" mit 6,5 Prozent.

Jetzt ein Blick auf die Lage des Maschinenbaus, der für uns in Bremen eine wesentliche Rolle spielt. Wir liegen in Bremen, was den Maschinenbau anbetrifft, etwas über dem Durchschnitt des Bundes. Diese Branche fürchtet die direkten Folgen ebensosehr wie die indirekten. Wenn zum Beispiel jetzt nicht mehr so viele Automobile in die USA exportiert werden könnten, so würde auch der Maschinenbau zurückgehen, da die Maschinenbauer Zulieferer für die Automobilindustrie sind. Ähnliche Sorgen hören wir aus der Elektroindustrie.

(Abg. Dr. Franke [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich möchte das eben noch zu Ende ausführen, Herr Dr. Franke!

Präsident Dr. Klink: Sie sind aber nachher bereit?

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Ja, selbstverständlich!

Wir sehen jetzt noch kein Ende dieses ganzen Dillemas ab, und infolgedessen ist es auch kaum möglich, einen genauen Bericht zu bekommen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die protektionistischen Einflüsse, die heute schon stärker spürbar sind als in den dreißiger Jahren, nicht noch mehr Schule machen.

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Bitte sehr, Herr Abgeordneter Dr. Franke, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage!

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Frau Förster, nur um Mißverständnisse zu vermeiden, stelle ich folgende Frage: Ist Ihnen bekannt, daß über die bremischen Häfen die beiden Automarken Mercedes und BMW allein verschifft werden, und daß beide Firmenleitungen keine Befürchtungen hinsichtlich ihres Exports geäußert haben?

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Das habe ich gehört! Nur von VW ist es noch nicht bekannt. VW fürchtet, daß die Verladungen in die USA abnehmen.

Abg. Dr. Franke [SPD]: Die verschiffen meistens über Emden!)

Ein Teil geht über Emden, allerdings!

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Ausschließlich! — Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Klink: Als nächster hat das Wort Herr Senator Schulz.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für die Finanzen Schulz: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe eigentlich nicht erwartet, daß der schlichte Antrag, wie er in dieser Drucksache vorliegt, zu einer mehr oder weniger tiefschürfenden, manche Randerscheinungen berührenden wirtschaftspoltischen Debatte hochgepumpt würde.

(Abg. Klein [CDU]: Aber sachlich!)

Um gleich auf Ihre Argumente einzugehen, Herr Klein, ich vermeide die Diktion des früheren Kollegen Dr. Borttscheller, aber im Ergebnis hat er nicht unrecht, wenn Sie beispielsweise den angeblich geringen Anteil des warenproduzierenden Gewerbes in der bremischen Wirtschaft als besonderes Kriterium der Anfälligkeit der bremischen Wirtschaft für die US-Maßnahmen deklarieren. Das Gegenteil ist der Fall! Wenn nämlich dieser Anteil höher wäre und die Exportquote auch in die USA höher wäre, würden die Auswirkungen der US-Maßnahmen logischerweise auf die bremische Wirtschaft stärker sein, als sie jetzt zu befürchten sind. Ich sage nicht, sie seien nicht da!

(Abg. Fichtner [NPD]: Schon da!)

So sollte man nicht argumentieren, sondern mit richtigen Zahlen.

Aber ich möchte vorab sagen, es wäre töricht für jeden, der an dem wirtschaftlichen Geschehen interessiert ist, anzunehmen, daß die Auswirkungen der US-Maßnahmen nicht ernstzunehmen seien. Sie sind ernstzunehmen nicht primär wegen der Auswirkungen beispielsweise auf Bremen, sondern sie sind deshalb ernst, weil sie einen Rückfall in einen Protektionismus im Rahmen des Welthandels und der Weltwirtschaft, zumindest im ersten Ansatz darstellen. Und derjenige, der nun nach nationalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und handelspolitischen Maßnahmen ruft, begeht den schwersten Fehler, den man in dieser Situation machen kann, er macht sich mitschuldig an der Zerstörung des Welthandels, wie er in den letzten zwanzig Jahren mühselig aufgebaut worden ist.

(Abg. Fichtner [NPD]: Sie meinen Herrn Nixon?)

Ich spreche nicht von Herrn Nixon, sondern von denjenigen, die nach Protektionismus jetzt auf europäischer Seite rufen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Vorsatz [NPD]: Aber was ist denn das da drüben?)

Herr Vorsatz, wir dürfen nicht vergessen, daß die europäische Wirtschaft nur gesund sein kann, wenn auch die amerikanische gesund ist. Und wir müssen darauf Rücksicht nehmen, daß zunächst die doch ziemlich gestörte amerikanische Wirtschaft im Verhältnis und im Vergleich zur europäischen in Ordnung gebracht wird. Und wir müssen das hinnehmen, weil wir davon ausgehen, daß diese Maßnahmen nur temporär sind und nicht solange aufrechterhalten bleiben, daß wir gewissermaßen in den Sog des Gefälles kommen, in dem sich die amerikanische Wirtschaft in den letzten Jahren befunden hat. So sollte man die Situation sehen. Protektionismus nicht als Prinzip, sondern hier als Medikament, das vorübergehend eingenommen wird, um sich selbst wieder gesundzumachen. Bezogen auf die amerikanische Wirtschaft.

Wir sollten uns davor hüten, meine Damen und Herren, daß unsere Wirtschaft zunächst zum Gegenstand des Krankredens gemacht wird, um sie dann wieder mit mehr oder weniger obskuren Mitteln gesundzubeten. Unsere Wirtschaft ist zur Zeit gesund.

(Beifall bei der SPD)

Und es wäre bestürzend, jetzt in Panik zu verfallen deswegen, weil einer unserer großen Handelspartner, nämlich die USA, diese Maßnahmen getroffen hat. Eine gesunde Wirtschaft wird das überstehen, auch wenn hier und da gewisse Beschränkungen oder gewisse Schäden auftreten sollten. Aber dazu bedarf es dann regionaler oder sektoraler Maßnahmen, die, wie Frau Förster richtig zitiert hat, vom Bundeswirtschaftsminister für notwendig gehalten werden, wenn sich auf Dauer schädliche Auswirkungen in diesen Bereichen ergeben sollten.

Es geht also nicht darum, und das ist nicht unser Problem, an Schädigungssymptomen herumzulaborieren, die zur Zeit noch gar nicht sicher erkennbar sind, sondern wir haben alles zu tun, um im europäischen Bereich und zusammen mit unseren europäischen Partnern die amerikanische Wirtschaft mit gesundzumachen. Nur dann haben wir die Chance, in den nächsten Jahrzehnten wiederum oder wie bisher einen freien Welthandel mit dem erforderlichen Exportanteil der Bundesrepublik zu erhalten.

Wir sehen, meine Damen und Herren, aufgrund der Maßnahmen und der jetzt in Gang befindlichen Diskussion über mögliche Auswirkungen und notwendige Maßnahmen die Welthandelsabhängigkeit der Bundesrepublik. Wir sollten uns deswegen auch nicht — und das sage ich mit aller Deutlichkeit, auch wenn es uns manchmal weh tut — zum Richter aufspielen über Maßnahmen, die unsere großen Handelspartner, auf die wir angewiesen sind, notwendigerweise ergreifen müssen.

Daß wir sie mit Recht kritisieren, ist notwendig, weil in den amerikanischen Maßnahmen ganz eindeutig ein Verstoß gegen das Abkommen von Bretton Woods zu sehen ist. Aber, wem das Wasser bis zum Halse steht, meine Damen und Herren, der muß zu besonderen Maßnahmen greifen, auch unter dem Risiko eines möglichen Vertragsbruchs. Dazu ist er vielleicht gegenüber seinen Partnern sogar verpflichtet, wenn ich das mal juristisch ausdrücken darf, aus einem wirtschaftlichen, übervertraglichen Notstand. Das sollte man sehen.

(Abg. Vorsatz [NPD]: Herr Senator, wie lange wissen wir schon, daß die Dollarparität nicht mehr stimmt? — Glocke — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Abgeordneter Vorsatz, Sie wissen doch, wenn Sie Fragen stellen wollen, dann haben wir das Fragemikrophon. So geht es nicht!

Senator Schulz: Meine Damen und Herren, ich habe nicht die Absicht, ein vorbereitetes zehnseitiges Manuskript zu verlesen mit alle dem, was zur Währungskrise gesagt werden müßte, aber vielleicht sollte man einmal eine Minute darüber nachdenken, daß alles das, was jetzt geschieht, das Floating, die Aufwertung, der Übergang zum Floating durch Japan, ja doch nur das einzige geeignete Mittel ist, zu einem Währungsverhältnis zu kommen, das die wahren wirtschaftlichen Kräfteverhältnisse verdeutlicht und objektiviert.

(Abg. Fichtner [NPD]: UdSSR!)

Die UdSSR gehört nicht zum freien Welthandelsbereich. Das ist etwas anderes! Ich bin nicht bereit, mich über die Währungspolitik der UdSSR hier zu unterhalten!

(Abg. Fichtner [NPD]: Hat aber damit zu tun!)

Natürlich hat das etwas damit zu tun, soweit es sich um den Osthandel handelt, sicher!

(Abg. Fichtner [NPD]: Na also!)

Meine Damen und Herren, die Wiederherstellung der echten wirtschaftlich fundierten Währungen ist eine Notwendigkeit, um den Welthandel aufrechtzuerhalten. Das Spielen mit fiktiven Währungen, auch wenn es eine nationale Frage ist für manche Länder auch in Europa, das Spielen mit fiktiven Währungen führt uns nur an Gefahrenpunkte heran, die sich eines Tages schädlicher auswirken werden als das, was jetzt durch vorübergehendes Floating der industriellen Leitwährungen eintreten kann.

Auch sage ich das in Kenntnis des Umstands, daß es verschiedenen Wirtschaftszweigen, insonderheit der Schiffahrt, hart angeht. Und das sieht man! Und wenn man's sieht, wird man den Zeitpunkt erkennen können, an dem Maßnahmen staatlicherseits temporär beschränkt ergriffen werden müssen.

Meine Damen und Herren, ich habe dem eigentlich, was ich der Presse, ich gebe zu, widerstrebend mitgeteilt habe, nichts hinzuzufügen. Ich habe mich vierzehn Tage geweigert, sofort nachdem der US-Präsident seine Maßnahmen verkündet hatte, zu den Auswirkungen auf die bremische Wirtschaft

etwas zu erklären. Es gibt zur Zeit gar keine. Es können zur Zeit auch keine sein. Es können nur prognostische sein. Dazu bedarf es aber des Sammelns objektivbaren Materials. Niemand tut der Wirtschaft, und niemand tut unseren Bürgern einen Gefallen, indem er so tut, als ob er nun derjenige sei, der schon einen Tag, nachdem diese Maßnahmen verkündet wurden, die Gefahren sehe und nun bereits die Regierung darauf anspricht, Mittel zu entwickeln, eine Therapie zu entwickeln, um solchen möglichen Gefahren zu begegnen.

Meine Damen und Herren, wer so etwas fordert, weiß nicht, was in der Wirtschaft passiert. Wer so etwas fordert, kennt die Gesetze der Marktwirtschaft nicht. Und da wir von der Marktwirtschaft ausgehen, müssen wir diese Methoden und Mittel marktwirtschaftlich anwenden und nicht dirigistisch.

(Abg. Dr. Borttscheller [FDP]: Das schließt doch keinen Bericht des Senats aus, wie es vom Antragsteller gefordert ist!)

Das sage ich auch nicht! Ich spreche nicht zu dem Antrag, sondern ich spreche zu dem, was hier zuvor von Abgeordneten gesagt worden ist. Denn wenn man etwas sagt, muß man davon ausgehen oder muß man erwarten können, daß dazu die Antwort erteilt wird.

Ich muß ganz ehrlich sagen, daß aus intimen wirtschaftlichen Kenntnissen, nur aus intimen wirtschaftlichen Kenntnissen und deutlichen Erscheinungen in der Wirtschaft Folgerungen gezogen werden, und aus diesen Folgerungen dann Maßnahmen entwikkelt werden können. Das kann aber nur im Zusammenwirken mit der Bundesregierung geschehen und mit den Bundesländern. Es hat also gar keinen Sinn, sich in Bremen beispielsweise den Kopf darüber zu zerbrechen, ob man dem einen oder dem anderen Exporteur für Einkommensausfälle, das heißt also Exportausfälle, eine Leistung, einen Schadenersatz, geben möchte.

Diese Zeit, meine Damen und Herren, sollten wir überwunden haben. Wir sind dabei, die Grenzen der Bundesrepublik in bezug auf die Wirtschaft zu überspringen und sollten nicht zurückfallen in regionale oder örtliche Maßnahmen zur Verhütung oder zur Wiedergutmachung oder Salvierung eingetretener Schäden im Rahmen des wirtschaftlichen Ablaufs.

Herr Klein, eines muß ich Ihnen sagen: Ihre Schlußfolgerung und Begründung, den Antrag abzulehnen im Hinblick darauf, daß der Senat sonst in die Lage versetzt würde, einen gefärbten Bericht vorzulegen, ist nicht zutreffend. Ich kann heute, morgen und übermorgen Berichte bringen ohne Aufforderung durch das Parlament. Darüber sind wir uns einig. Aber der Senat, Herr Klein, jedenfalls so lange ich das Ressort habe, wird das nicht tun, sondern er wird das berichten, was objektiv richtig ist, was nachweisbar und vertretbar ist. Diese Sorge war also überflüssig!

(Glocke)

Präsident Dr. Klink: Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vorsatz anzunehmen?

Senator Schulz: Ja!

Präsident Dr. Klink: Bitte, Herr Vorsatz!

Abg. **Vorsatz** (NPD): Herr Senator, halten Sie es für möglich, daß die Dollar-Krise Auswirkungen auf die Beschäftigtenlage in den Betrieben Bremens Nord-Mende, Lagerhaus und VFW hat?

Senator Schulz: Ich halte in der Wirtschaft nichts für unmöglich, sofern es ökonomischen Hintergrund haben kann. Die Frage muß ich natürlich bejahen, ich halte das für möglich. Jetzt müßten Sie mich fragen: Entfernt oder näher?

(Abg. Fichtner [NPD]: Näher!)

Und da würde ich sagen: entfernt! Denn, meine Damen und Herren, ich glaube, Sie unterschätzen die unternehmerischen Fähigkeiten unserer Wirtschaft.

(Beifall bei der SPD)

Wenn zum heutigen Zeitpunkt gewisse Maßnahmen eines Außenhandelspartners sich sichtbar in sechs oder acht oder zehn Monaten auswirken werden, dann werde ich als Unternehmer sofort schalten und sagen: Was muß ich tun, um diesen möglichen Exportausfall zu ersetzen? Gut! Dann wird er zu dem Ergebnis kommen: Entweder ich kann es oder ich kann es nicht! Aber unter Anwendung aller notwendigen Mittel und unter Einsatz seiner höchstmöglichen Fähigkeiten. Erst wenn er das getan hat und gleichwohl unter Gefährdung der Arbeitskräfte in seinem Unternehmen einen Ausfall hinnehmen muß, dann, meine Damen und Herren, da haben Sie recht, wird die Sache gefährlich, vorher nicht! Und zur Zeit ist so etwas nicht absehbar.

Ich kann, meine Damen und Herren, deshalb auf die Zahlen, die in der Presse veröffentlicht worden sind, zurückgehen. Sie sind insofern natürlich nicht authentisch, weil sie auf das Jahr 1970 abgestellt sind. Es ist aber davon auszugehen, daß die Situation in 1971 vergleichbar sein wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte eigentlich schließen. — Ja, ich sollte schließen. Es ist besser! Für uns, für mich und den Senat, gilt das Prinzip: Ruhige Wachsamkeit ist erste Bürgerpflicht. — Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, der vom Abgeordneten Brouwer und NPD-Fraktion vorgelegt wurde, den bitte ich, sich zu erheben.

(Dafür NPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. Jackisch [CDU])

Eine Stimmenthaltung.

Ich stelle fest: Der Antrag ist abgelehnt!

Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen

Aus dem Senat des Rechnungshofs ist Herr Leitender Regierungsdirektor Netzel wegen Erreichens der Altersgrenze ausgeschieden.

Mit Schreiben vom 6. August 1971 hat der Präsident des Rechnungshofs für die erforderliche Ersatzwahl Herrn Oberregierungsrat Herbert Elias vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir die Wahl gemäß Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung per Akklamation vornehmen. Ich höre keinen Widerspruch und stelle fest, daß die Bürgerschaft (Landtag) mit dieser Regelung einverstanden ist.

Wer Herrn Oberregierungsrat Herbert Elias anstelle von Herrn Leitenden Regierungsdirektor Netzel zum Mitglied des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen wählen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) wählt Herr Oberregierungsrat Herbert Elias.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, Sie wissen, daß wir in der Bürgerschaft (Landtag) heute zum letzten Mal zusammengekommen sind. Die 7. Legislaturperiode ist zu Ende. Ich meine, es war eine sehr bewegte und aufregende Zeit, unbestritten die diskussionsfreudigste Legislaturperiode seit 1946. Wenn man als Maßstab den Umfang der Niederschriften nimmt, dann haben wir doppelt solange getagt, wie es in anderen Legislaturperioden der Fall war. Berücksichtigt man hierbei, daß wir in dieser Periode den zweijährigen Haushaltsplan eingeführt haben, daß also die sonst üblichen Haushaltsberatungen diesmal insgesamt gar nicht so lang waren, dann wird deutlich, daß die Verstärkung der parlamentarischen Debatte auf eine Intensivierung der Sachfragen zurückzuführen ist. Die bislang übliche Nachmittagssitzung wurde in dieser Legislaturperiode abgelöst durch die Ganztagssitzung und in letzter Zeit sogar häufig durch zweitägige Sitzungen.

Ich meine jedoch, die Bürgerschaft hat sich in dieser Legislaturperiode nicht nur profiliert als „Redeparlament", sondern auch als „Arbeitsparlament". Wir hatten die größte Anzahl von Deputationssitzungen, nichtständiger, aber auch ständiger Parlamentsausschüsse.

Diese Legislaturperiode ist schließlich auch die erste, die wir im eigenen Haus vollständig, also von Anfang an, durchgeführt haben. Uns erfüllt Stolz und Genugtuung darüber, daß das Haus der Bürgerschaft im Bewußtsein unserer Bevölkerung fest verankert ist. In den vergangenen vier Jahren besuchten unser Haus 20 000 interessierte Bürger. Ich schätze, daß diese Zahl nicht unerheblich größer ist als die Besucherzahl des Rathauses. Hierin spiegelt sich, so meine ich, das Interesse am Leben im Haus der Bürgerschaft, aber auch die Verbundenheit der Bevölkerung mit der parlamentarischen Arbeit wider. Daß zu den Besuchern in großer Zahl auch Jugendliche gehören, erfüllt uns mit besonderer Freude.

Meine Damen und Herren, wie in anderen Perioden kennzeichnet das vor uns liegende Legislaturende auch den Abschluß der parlamentarischen Arbeit für eine Reihe von Abgeordneten. Sicherlich wird die politische Arbeit für die ausscheidenden weitergehen, denn wer jahrelang im Parlament im Interesse des Landes Bremen tätig gewesen ist, bleibt der politischen Arbeit auch später verbunden.

Wenn ich von ausscheidenden Abgeordneten spreche, dann meine ich die, die sich nicht mehr um eine Kandidatur bewerben werden. Bei den Kandidaten, die sich um einen erneuten Sitz in der nächsten Bürgerschaft bemühen, wird erst das Wahlergebnis darüber entscheiden, ob sie wiederkehren oder schließlich auch ausscheiden.

Wenden wir uns also heute einen Augenblick den Abgeordneten zu, von denen wir bereits wissen, daß sie mit Sicherheit nicht mehr in diesen Kreis zurückkehren werden. Es handelt sich zum Teil um langjährige und parlamentarisch sehr erfahrene Abgeordnete, die über mehrere Legislaturperioden an verantwortlicher Stelle die Arbeit und den Stil dieses Parlaments mitgeprägt haben.

Die parlamentarische Arbeit des Parlaments nach 1946 befaßte sich naturgemäß mit dem Wiederaufbau der staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung in Bremen. Hierbei wurden große Leistungen vollbracht. Diese Leistungen stellen die Grundlage der parlamentarischen Arbeit für uns heute dar.

Es wird Ihnen, lieber Herr Boljahn, sicherlich Genugtuung beim Ausscheiden aus dem Parlament vermitteln, an diesen unbestrittenen Wiederaufbauleistungen an besonders hervorgehobener Stelle, nämlich als jahrzehntelanger Fraktionsvorsitzender der stärksten Fraktion und als Mitglied der Finanzdeputation, mitgewirkt zu haben. Dabei haben Sie in Form und Inhalt Ihres politischen Engagements niemals ein Hehl daraus gemacht, daß Sie sich in der parlamentarischen Arbeit der Arbeitnehmerschaft besonders verbunden fühlen. Sie haben bis heute gleich drei parlamentarische

Rekorde aufgestellt, wenn ich es einmal so sagen kann: Sie sind der dienstälteste Abgeordnete, der ununterbrochen 25 Jahre sein Mandat in der Bremischen Bürgerschaft wahrnahm. Sie sind am häufigsten in diesem Hause in die Funktion eines Fraktionsvorsitzenden gewählt worden und haben dieses Amt dementsprechend auch am längsten ausgeübt. Und Sie sind ferner das dienstälteste Mitglied der Finanzdeputation, eines einflußreichen parlamentarischen Gremiums.

Auf einen ähnlich langen Weg können Sie, lieber Herr Düßmann, zurückblicken. Auch Sie haben Ihre Impulse für Ihre politische Arbeit aus Ihrer fast lebenslangen gewerkschaftlichen Bindung erhalten. Sie sind sogar einige Monate früher als Kollege Boljahn in die Bürgerschaft eingetreten, nämlich als Mitglied der ernannten Bürgerschaft, deren einziges Mitglied in unserem Kreise Sie heute noch sind. Sie haben auch am längsten, nämlich 13 Jahre, ein Amt im Vorstand der Bremischen Bürgerschaft innegehabt.

Ebenfalls in der gewählten Bürgerschaft von 1946 waren bereits Sie, Herr Borchers, und auch Sie, Herr Mahlstedt vertreten. Sie haben mit Unterbrechungen — genauso wie Herr Düßmann — Ihre parlamentarische Arbeit ausgeführt und sind beide stets im Parlament als allseits geschätzte langjährige Experten tätig gewesen. Sie, Herr Borchers, für Landwirtschaftsfragen, und Sie, Herr Mahlstedt, für Fragen Häfen, Schiffahrt und Verkehr, kurz — wie es bei uns hieß — HSV.

Seit der 2. Legislaturperiode sind Sie, verehrte Frau Landwehr, und Sie, Herr Johann Meyer, Mitglieder dieses Hauses. Die Fülle Ihrer parlamentarischen Erfahrungen und Kenntnisse wird darin sichtbar, daß Sie ununterbrochen, das heißt 20 Jahre, Mitglieder ein und derselben Fachdeputation gewesen sind, Sie, Frau Landwehr, in der Deputation für die allgemeinbildenden Schulen, und Sie, Herr Meyer, in der Deputation für das Wohlfahrtswesen, um nur einige Ihrer vielen parlamentarischen Aufgaben zu nennen.

Auch mehrere Abgeordnete, die seit der 4. Legislaturperiode, das heißt seit 1959, Mitglied der Bürgerschaft sind, werden nunmehr ausscheiden.

Sie, Herr Erbel, 4 Jahre Mitglied des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft, haben von Beginn Ihrer parlamentarischen Tätigkeit an Ihre vielfältigen beruflichen Kenntnisse für die Arbeit der Deputation für die Berufs- und Fachschulen nutzbar gemacht.

Und Ihnen, Herr Götze, ist dank Ihrer umfassenden Kenntnisse als Sprecher der Finanzdeputation und Vorsitzender des Haushaltsausschusses eine parlamentarische Stellung und damit auch ein politischer Einfluß zugewachsen, der nur einem kleinen Kreis von Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft zufallen kann.

Herr Schriever und Herr Ströh haben sich durch ihre parlamentarische Arbeit zu anerkannten und allseits geschätzten Experten profiliert. Sie, Kollege Schriever, für Wiedergutmachungsfragen, und Sie, Kollege Ströh, für das Berufs- und Fachschulwesen, um auch nur hier einige Schwerpunkte Ihrer parlamentarischen Arbeit zu nennen.

Herr Kollege Dr. Zander, Sie haben jahrelang, nachdem Sie aus dem Senat ausgeschieden waren, das Amt des Vizepräsidenten wahrgenommen. Ich weiß, daß Sie in Ihrer Amtsführung stets das Vertrauen des ganzen Hauses besaßen, was sehr deutlich gerade dieser Tage anläßlich Ihres 65. Geburtstages zum Ausdruck gekommen ist.

Und Sie, Frau Zießler, haben sich als Abgeordnete der Verbraucherfragen besonders angenommen. Das beweist Ihre Tätigkeit in der Deputation für Ernährung und Landwirtschaft, aber auch in der Verbraucherzentrale.

Auch den weiteren Abgeordneten, die aus der Bürgerschaft ausscheiden werden, möchte ich heute für ihre Arbeit im Interesse unseres Parlaments, das heißt also im Interesse der Bevölkerung von Bremen und Bremerhaven, danken. Es sind dies die Abgeordneten:

Wilhelm Blase, Christel Böttcher, Karl Eggers, Wolfgang Grantz, Walter Groß, Johann Hustedt, Karl-Heinz Jordan, Heinz Klemmer, dem gestern das gesamte Haus für seine Arbeit und Tätigkeit als Vorsitzender des Petitionsausschusses schon gedankt hat, Dr. Friedrich Lienhoop, Gottfried Pönitz, Paul-Heinz Schubert und Reinhard Uhde.

Meine Damen und Herren, das Erlebnis einer funktionierenden Demokratie, die uns nach 1945 Wohlstand und Vollbeschäftigung gebracht hat, hat den parlamentarischen Gedanken bei uns fest verwurzelt. Die Verwurzelung der Demokratie beweist sich freilich nicht allein durch wirtschaftliche Erfolge, wir wissen, geistige Werte gehören mit Sicherheit dazu. In 4 Wochen wählen wir im Land Bremen ein neues Parlament. Bei dieser Wahl hat der Wähler Gelegenheit, seine Verbundenheit mit den demokratischen Parteien darzulegen und durch seine Wahlbeteiligung zu beweisen, daß der demokratisch-parlamentarische Gedanke in unserer Bevölkerung fest verwurzelt ist.

(Starker Beifall)

Das Wort hat der Abgeordnete Boljahn.

Abg. **Boljahn** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß ich in dieser Stunde als dienstältestes Mitglied dieses Hohen Hauses auch im Namen aller ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen Dank sagen sollte. Dank sagen sollte an die Mitarbeiter der Verwaltung der Bürgerschaft, Dank sagen sollte an das Präsidium dieses Hohen Hauses, Dank sagen sollte an alle Mitglieder des Senats.

Wir Abgeordnete der Regierungsparteien und der Opposition wissen, daß wir im Rathaus wie auch in diesem Hause Stunden der Auseinandersetzungen zwischen Legislative und Exekutive ge-

habt haben, wir wissen aber auch, daß wir große gemeinsame Aufgaben zwischen Legislative und Exekutive durch unsere Beschlüsse gedeckt haben. Und wenn heute am Ende dieser Legislaturperiode für viele die Stunde des Abschieds schlägt, dann möchte ich mich selbst dankbar erinnern an viele Begegnungen mit Mitgliedern des Senats. Und ich kann heute sagen, daß mein politisches Gesicht und meine Arbeit entscheidend geprägt worden sind von Altbürgermeister Wilhelm Kaisen. Ich kann sagen, daß die Zusammenarbeit mit Bürgermeister Dehnkamp und Bürgermeister Koschnick die Grundlage der politischen Arbeit gewesen ist.

Die Abgeordneten der Regierungsparteien und der Opposition haben, glaube ich, gemeinsam an der Aufgabe mitgearbeitet, Bremen als Stadt und Land das Gesicht eines modernen, sozialen Landes zu geben. Die Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen dieses Hohen Hauses über Weg und Ziel der Politik waren mitunter hart und leidenschaftlich. Wer sich der politischen und parlamentarischen Arbeit unseres Stadt- und Landesparlaments zur Verfügung stellt, muß erkennen, daß der Politiker nicht immer auf Dankbarkeit für seine getätigte politische Arbeit und Leistungen rechnen kann. Ich meine aber, daß alle gemeinsam geleistete Arbeit einem Ziel gewidmet war, dem Wohl der Bürger unseres Landes zu dienen.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie, an dieser Stelle noch ein persönliches Wort! Ausübung von politischer Macht ist ein legitimes Recht in unserer demokratischen Gesellschaft. Macht kann man sich aber nicht selbst geben. Anständigkeit und Fairneß gehören auch zu den Auseinandersetzungen über Weg und Ziel der demokratischen Gesellschaft, zu den Mitteln unserer Politik.

Möge das Staatsschiff Bremen immer genügend Wasser unter dem Kiel haben, um alle gestellten Aufgaben für die Bürger unseres Landes zu lösen. — Ich danke Ihnen!

(Langanhaltender Beifall)

Präsident Dr. Klink: Ich glaube, wir sollten noch einmal ausdrücklich den ausscheidenden Kollegen für ihre Arbeit in diesem Hause danken und ihnen alles Gute für die Zukunft wünschen.

(Starker Beifall)

Damit sind wir am Ende unserer heutigen Beratung.

Ich danke den Vertretern des Senats und schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 14.53 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen